



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

67. Sitzung

3. Wahlperiode

Freitag, 21. September 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten	4325	Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)	
		– Drucksache 3/2271 –	4327
		Thomas Nitz, CDU	4327
		Annegrit Koburger, PDS.....	4328
Fragestunde		B e s c h l u s s	4328
– Drucksache 3/2279 –	4325		
Torsten Koplin, PDS.....	4325		
Minister Erwin Sellering.....	4325		
		Antrag der Fraktion der CDU: Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock	
		– Drucksache 3/2126 –	4328
Unterrichtung durch den Landesrechnungshof: Jahresbericht 2001 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1999 sowie der Vermögensübersicht 1999 des Landes Mecklenburg-Vorpommern		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
– Drucksache 3/2110 –	4325	– Drucksache 3/2208 –	4328
Wolfgang Riemann, CDU	4325	Eckhardt Rehberg, CDU	4328
Dr. Gerhard Bartels, PDS.....	4326	Dr. Gerhard Bartels, PDS	4330
B e s c h l u s s	4327	Minister Dr. Peter Kauffold	4330
		B e s c h l u s s	4331

Antrag der Landesregierung:

**Zustimmung des Landtages zum Beitritt
des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum
Verwaltungsabkommen über die Zentralstelle
für die Vorbereitung der Einführung eines
bundesweit einheitlichen digitalen Sprech-
und Datenfunksystems – Digitalfunk – (ZED)**

– Drucksache 3/2245 –	4332
Minister Dr. Gottfried Timm.....	4332
Dr. Armin Jäger, CDU	4333
Gerd Böttger, PDS	4333
Siegfried Friese, SPD	4334
B e s c h l u s s.....	4334

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Änderung der Bezeichnung des Ausschusses

– Drucksache 3/2266 –	4334
Dr. Margret Seemann, SPD.....	4334
Harry Glawe, CDU.....	4335
B e s c h l u s s.....	4335

Antrag der Fraktion der CDU:

**Folgen der EU-Kapazitätsbeschränkungen
für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/2268 –	4335
Dr. Ulrich Born, CDU.....	4335
Minister Dr. Otto Ebnet	4337
Karsten Neumann, PDS	4341
Wolfgang Riemann, CDU	4342
Ute Schildt, SPD	4344
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	4345

Eckhardt Rehberg, CDU

B e s c h l u s s.....

Antrag der Fraktion der CDU:

**Gleichberechtigte Sicherheit für alle Regionen
des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/2267 –	4348
Reinhardt Thomas, CDU	4348
Minister Dr. Gottfried Timm.....	4350
Gerd Böttger, PDS	4353
Dr. Armin Jäger, CDU	4356
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	4358
B e s c h l u s s.....	4360

Antrag der Landesregierung:

**Zustimmung des Landtages zum Eingehen
einer Beteiligung an der BioCon Valley GmbH
gemäß § 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsord-
nung Mecklenburg-Vorpommern sowie Zustim-
mung zum Gründungswirtschaftsplan 2001**

– Drucksache 3/2260 –	4360
Minister Dr. Otto Ebnet	4360
Wolfgang Riemann, CDU	4361, 4363
Hannelore Monegel, SPD.....	4363
Torsten Koplin, PDS.....	4363
Ute Schildt, SPD	4364
B e s c h l u s s.....	4365

Nächste Sitzung

Montag, 24. September 2001

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 67. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Bevor wir in die Beratungen eintreten, möchte ich Ihnen noch etwas bekannt geben: Wir haben im Präsidium vorpommersche Unterstützung. Das ist eine neue Glocke der Schule für Grafik und Design Anklam.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich denke, sie ist hinten gut zu hören

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Sie darf aber nicht kaputtgehen.)

und hat auch einen persönlichen Klang. Sie ist sehr hart gebrannt, sie wird nicht kaputtgehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie trägt die Inschrift: „Pommernland war abgebrannt. Das ist den Landtagsleuten zu läuten.“

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh! –
Heinz Müller, SPD: Hart, aber herzlich.)

Damit kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 13:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/2279 vor.

Fragestunde – Drucksache 3/2279 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Justizministeriums, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Torsten Koplin. Herr Koplin und Herr Minister, bitte sehr.

Torsten Koplin, PDS: Herr Präsident! Herr Minister! Ich hatte für die heutige Landtagssitzung zwei Fragen vorbereitet.

1. Wie hoch ist die Anzahl der kontinuierlich in psychotherapeutischer Behandlung befindlicher Strafgefangener und wie hoch schätzt die Landesregierung den Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung für Strafgefangene ein?

Minister Erwin Sellering: Ich habe hier von der Abteilung eine ausführliche Antwort. Wir haben zurzeit 42 Strafgefangene, die in Behandlung sind. Die Behandlung wird grundsätzlich in Einzel- und Gruppensitzungen angeboten, und zwar sowohl von internen Psychologen und Psychotherapeuten als auch von externen. 35 werden intern betreut und 7 außerhalb. Nach unserer Einschätzung rechnen wir damit, dass wir eigentlich 70 bis 80 Strafgefangene behandeln müssten, was im Moment wegen der Kapazität nicht so leicht möglich ist. Es ist zurzeit geplant, in Neustrelitz eine neue Gruppenmaßnahme von 5 weiteren Therapieplätzen einzurichten und extern weiteren 8. Aber auch das wird insgesamt nicht reichen. Anfang 2003 wird gesetzlich vorgeschrieben eine neue sozialtherapeutische Einrichtung in Betrieb genommen werden. Dann haben wir 50 zusätzliche Plätze. Das zur Frage 1.

Frage 2 ...

Präsident Hinrich Kuessner: Die muss er erst noch stellen.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Torsten Koplin, PDS: Die würde ich gern stellen.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, PDS: Danke erst einmal für die Beantwortung der ersten Frage.

Minister Erwin Sellering: Ich weiß sie schon!

(Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Zuruf aus dem Plenum: Woher?)

Torsten Koplin, PDS: Ich stelle sie jetzt trotzdem, ja?!

2. Gibt es bei der psychotherapeutischen Behandlung von Strafgefangenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, und wenn ja, worin bestehen diese?

Minister Erwin Sellering: Ja, die gibt es natürlich, und zwar das, was in diesem Bereich insgesamt üblich ist. Wir machen Supervisionen, dass diejenigen, die die Therapie durchführen, ihrerseits sich bei einem Therapeuten aussprechen können, genauso wie die Leute, die für uns intern arbeiten, sich untereinander austauschen können, was zur Qualitätssicherung dient. Und wir bieten regelmäßig fachspezifische Fortbildungsmaßnahmen an. Diese drei Maßnahmen insgesamt, denke ich, sind ausreichend.

Torsten Koplin, PDS: Danke schön, für die Beantwortung.

Präsident Hinrich Kuessner: Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof – Jahresbericht 2001 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1999 sowie der Vermögensübersicht 1999 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2110.

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof: Jahresbericht 2001 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1999 sowie der Vermögensübersicht 1999 des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/2110 –

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert. Der nicht anwesend ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Er ist im Moment
nicht da, dann kann er auch nicht sprechen.)

Dann redet Herr Riemann von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Präsident des Landesrechnungshofs! Zunächst mal ist es mir ein persönliches Bedürfnis, aber auch ein Bedürfnis meiner Fraktion, dass wir uns bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die verantwortungsvolle, kluge und zielführende Arbeit für dieses Land bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Schön,
Herr Riemann! Schön!)

Sie sehen am Beifall dieses Hauses, dass diese Meinung ungeteilt ist.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das war aber nicht immer so.)

Das war zumindest bei mir immer so.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Dazu sage ich gleich noch was! Dazu sage
ich gleich noch was, Herr Riemann! –
Heinz Müller, SPD: Na, na, na, na!)

Das, denke ich, kann ich hier für mich feststellen. Also noch einmal herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter.

Ihr Bericht weist mehrere Kritikpunkte auf, die wir auch in den Beratungen, wenn wir diesen Bericht im Finanzausschuss auswerten, zu überdenken haben für unsere Arbeit, aber wo wir auch die Landesregierung auffordern, diese Kritikpunkte zu überdenken. Ich nenne als Erstes nur eine unzureichende Analyse und Auswertung der Modellversuche, die dieses Haus ungeteilt, glaube ich, auch will, im Bereich der alternativen Verfahren bei der Veranschlagung und Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln. Wie ein roter Faden, meine Damen und Herren, ziehen sich auch in der Arbeit des Finanzausschusses zu den jeweiligen Haushalten, aber auch in den Berichten des Landesrechnungshofes die Mängel an der ressortübergreifenden Koordination des IT-Einsatzes durch das Innenministerium. Hier stellt der Landesrechnungshof fest – und das ist auch unser Eindruck –, dass der IT-Ausschuss seiner Unterstützungs- und Beratungsaufgabe vielfach unzureichend oder überhaupt nicht nachkommt. Und wer sich die Haushaltsansätze in diesem Bereich anguckt, der wird des Öfteren den Kopf schütteln und fragen müssen: Wie kommen sie zustande? Auch das hat der Finanzausschuss des Öfteren – Herr Bartels, sicher werden Sie mir da zustimmen – festgestellt.

(Götz Kreuzer, PDS: Na, na, na, na! Nicht immer!)

Ich denke, hier ist es notwendig, diesen Ausschuss zu stärken, diesen Ausschuss zu ermuntern, in seiner Arbeit konsequenter zu werden und ergebnisorientierter zu arbeiten.

Der Bericht des Landesrechnungshofes hat sich auch mit der Steuerverwaltung und mit den Finanzämtern beschäftigt. Auch hier werden wir diese Punkte auswerten müssen. Hier hat der Bericht des Landesrechnungshofes festgestellt für die Steuerverwaltung, dass Verstöße gegen das Haushalts- und Vergaberecht passiert sind, dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nicht oder erst nachträglich durchgeführt wurden, dass unvollständig gearbeitet wurde, dass entgegen den Ausschreibungsrichtlinien keine europaweite Ausschreibung stattfand, dass Begründungen für freihändige Vergabe nicht nachvollziehbar waren – alles im Bereich der IT-Technik, alles eigentlich auch ein Fall, den der IT-Ausschuss im Innenministerium begleiten und kontrollieren sollte.

Bei den Hochbaumaßnahmen des Landes ist ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand bei der Ausgabe für Leistungen von freiberuflich Tätigen festgestellt worden. Das werden wir auch auswerten im Haushalt und das wer-

den wir auch auswerten müssen bei der Auswertung des Berichtes, dass dort Verstöße gegen das Bruttonprinzip vermutet werden. Befindet sich, meine Damen und Herren, hier eine der berühmten Keler'schen Sparsbüchsen? Und das, denke ich, wird näher und deutlicher zu beleuchten sein.

(Angelika Gramkow, PDS:
Herr Riemann, haben Sie uns eigentlich
gesagt, welche Haushaltsjahre das betrifft? –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Sag mal noch was dazu!)

Sie wissen, von wann der Bericht ist. Das ist eine Kritik an der Arbeit der Landesverwaltung. So, genau, basta!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Peter Ritter, PDS: Das ist gut so.)

Im Bereich der Krankenhausfinanzierung hat das Sozialministerium haushaltsrechtlich unzulässige Umbuchungen zwischen Landeshaushalt und Sondervermögen vorgenommen. Ich denke, das bezieht sich auf eine Zeit, die vor 1999 lag, also in der zweiten Legislaturperiode. Wir werden zu beleuchten haben, ob dieses weiter fortgesetzt wurde oder ob die Anregungen und Kontrolle des Landesrechnungshofes aufgegriffen wurden, ob weiterhin Zinsen auf das Sondervermögen in unzulässiger Höhe ausgewiesen werden. Das werden wir also begleiten und wir werden zu kontrollieren haben, ob – und das betrifft alle Ministerien, die der Bericht des Landesrechnungshofes erwähnt – aus den Kontrollen auch Schlussfolgerungen gezogen werden.

Ein letzter Punkt, den ich hier noch nennen will, der sich eigentlich auch durch meine kleine Einführung wie ein roter Faden zieht, ist wiederum die IT-Ressortplanung, die Haushaltsplanung im Bereich der Maßnahmegruppe 59. Hier wurden im Sozialministerium und Arbeitsministerium bei bisherigen Ausgaben in Höhe von mindestens 2 Millionen Euro grundlegende IT-Planungsgrundsätze nicht beachtet. Die Landeskonsolidierungsstelle hat nicht beachtet, dass für dieses IT-Vorhaben keine Kosten für die Programmierung ausgewiesen wurden. Und das Finanzministerium hat bei der Aufstellung des Haushaltsplanes auch Ausgaben für diese Vorhaben zugelassen, die im IT-Ressortplan nicht vorgesehen waren. Deshalb ist das zu kritisieren. Wir werden den Bericht sehr deutlich, sehr diszipliniert abarbeiten. Ich wünsche uns allen dabei viel Erfolg. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt ja immer wieder mal Entwicklungen. Wenn ich mich recht erinnere, ist es jetzt das zweite Mal in der Geschichte dieses Landtages seit 1990, dass bei der Ersten Lesung des Landesrechnungshofberichtes eine Debatte erfolgt. In der Vergangenheit haben wir es eigentlich so gehalten – Herr Riemann wird sagen, das war schlechte Oppositionsarbeit durch die PDS –, dass wir angesichts der Vielfalt der Probleme keine Auflistung von Schwerpunkten versucht haben, weil immer der Eindruck entsteht, das andere sei nicht so wichtig. Herr Riemann, Sie haben es auch gesagt, es waren Beispiele. Und dieser Bericht enthält natürlich sehr viel mehr wichtige Punkte, die diskutiert werden müssen. Insofern stellt

sich die Frage: Wie kommt die CDU dazu, von den bisherigen Verfahrensweisen abzuweichen?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Einmal ist es schon passiert.)

Ich sagte ja, wenn ich mich richtig erinnere, ist es das zweite Mal.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Es gibt immer ein erstes Mal.)

Ja, ja, das habe ich gesagt, Herr Riemann.

(Peter Ritter, PDS: Beim ersten Mal,
da tut's noch weh, Herr Riemann!)

Manchmal müssen Sie einfach zuhören, dann erübrigen sich Rückfragen.

Aber ich glaube schon, dass ich zwei Gründe sehe. Bei aller persönlichen Wertschätzung, die Sie nach Ihrer Aussage immer hatten, Herr Riemann, erinnere ich mich sehr wohl an Debatten und an Redebeiträge in der letzten Legislaturperiode, wo sich doch die stärkste Regierungspartei CDU schwer tat mit dem Rechnungshof, seinem Präsidenten und den Berichten des Rechnungshofs. Das heißt, die Oppositionsfraktion CDU hat hier einen aus meiner Sicht sehr wichtigen und sehr guten Lernprozess vollzogen. Das begrüße ich ausdrücklich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Im Gegensatz
zu Ihnen sind wir lernfähig.)

Und es gibt natürlich einen zweiten Grund, warum diese Debatten jetzt erfolgen. Seit dem letzten Bericht und besonders mit diesem Bericht stehen Jahre zur Debatte, die die jetzige Regierung und die Koalitionsfraktionen zu verantworten haben. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt, was das Interesse der CDU an dem Bericht betrifft!

Einen weiteren Punkt will ich noch nennen. Die Wertschätzung dieses Berichtes drückt sich auch in der Intensität der Auseinandersetzung damit aus. Ich finde es sehr gut, und das sage ich auch namens meiner Fraktion, dass der Ältestenrat diesmal vorgeschlagen hat, dass dieser Bericht in alle Ausschüsse mit Ausnahme des Tourismus- und des Petitionsausschusses überwiesen wird, weil ich schon glaube – und das sage ich, nachdem ich sieben solcher Berichte in der Diskussion ausschließlich im Finanzausschuss mitgemacht habe –, dass es für alle Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen sehr wichtig ist, sich mit den fachspezifischen Ergebnissen der Untersuchungen des Rechnungshofes zu befassen. Ich glaube, dass wir damit zum einen die Wertschätzung diesem Bericht gegenüber ausdrücken können und zum anderen auch dazu beitragen können, dass vielleicht die Folgen dieser Berichte etwas größer sind,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

als sie es in der Vergangenheit waren. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/2110 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Landwirtschaftsausschuss, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft

und Kultur, an den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Empfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2271.

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2
des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen,
Bitten und Beschwerden der Bürger sowie
über den Bürgerbeauftragten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und
Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)
– Drucksache 3/2271 –**

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nitz von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Thomas Nitz, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bringen heute 50 Petitionen zum Abschluss und – ich sage es vorher – wir haben gut und auch relativ ideologiefrei zusammengearbeitet. Demzufolge kann sich meine Fraktion bei dieser Beschlussempfehlung auch ruhigen Gewissens der Stimme enthalten.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Arbeit des Petitionsausschusses insgesamt, vielleicht als einen kleinen Blick über die Schulter und auch zu aktuellen Problemen, die uns im Augenblick beschäftigen.

Da waren junge Leute, die nahmen ihr Erspartes, borgten sich Geld und halsten sich sozusagen eine dieser vielen Ruinen, die noch im Lande stehen, auf und erwarteten eigentlich Unterstützung, Unterstützung der Behörden, insbesondere der Denkmalbehörden, sowohl der unteren Denkmalbehörde als auch der Landesbehörde. Was sie erfuhren, das war ein bürokratischer Aufwand, der fast nicht mehr zu überbieten ist. Was dabei zutage kam, war auch ein unheimlich schlechtes Zusammenspiel der Behörden. Aber ich sage das nur aus einem Grunde: Wir hätten nichts darüber erfahren und wir wären nicht näher ins Problem eingestiegen, hätten wir die Petenten dazu nicht eingeladen.

Unser Vorschlag dazu ist: Wir sollten das grundsätzlich tun. Wer nicht dabei ist, wenn über ihn geredet wird, der hat auch nicht die Möglichkeit, Dinge richtig zu stellen. Auch wir erfahren regelmäßig nur die Hälfte. Ich halte es auch für falsch, diese Dinge im Einzelfall jeweils erst beschließen zu müssen. Im Gegenteil, wir sollten beschließen, wenn wir es nicht tun, und grundsätzlich den Petenten auch die Möglichkeit geben, wenn über ihre Angelegenheiten verhandelt wird, dabei zu sein. Der Landtag und der Petitionsausschuss müssen ein offenes Haus sein.

Das war mein Anliegen, was ich Ihnen noch vortragen wollte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Koburger.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren, ich möchte es ganz kurz machen.

Ich weiß, wir arbeiten wirklich heftig und fleißig zusammen, und ich halte es auch für wichtig, dass wir ab und zu Petentinnen und Petenten zu uns in den Ausschuss einladen. Aber auch der Petitionsausschuss unterliegt der Geschäftsordnung dieses Landtages, das heißt, die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich. Wir haben wie in der letzten Legislaturperiode natürlich auch öffentliche Sitzungen abgehalten, vor Ort meistens, und haben dort Petentinnen und Petenten angehört, so dass ich eine generelle Regelung, so, wie sie hier von der CDU vorgeschlagen wurde, nicht befürworten würde, auch namens meiner Fraktion nicht. Und ich denke, so, wie wir bisher verfahren sind, dass wir uns bei ziemlich schwierigen Konfliktlagen alle Seiten angehört haben, dadurch auch mitunter mehrere Sitzungen zu einer Thematik durchgeführt haben, ist völlig korrekt und ausreichend und hat auch, wie zum Beispiel beim Michaelishof, zu einem Erfolg geführt. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2271, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Weiß die CDU, was sie im Augenblick abstimmt?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, keine Angst.)

Gut.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Das war hier eben ein bisschen unklar. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2271 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2271 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock, auf Drucksache 3/2126, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 3/2208.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Wiedereinrichtung des Studienganges
Zahnmedizin an der Universität Rostock
– Drucksache 3/2126 –**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 3/2208 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Um das Positive vorwegzunehmen: Nach allen vorherigen Aussagen wollte ich es kaum glauben, aber der Bildungsminister hat es getan. Ziemlich unbürokratisch hat er der Universität Rostock die Immatrikulationsgenehmigung für zwei Studiengänge zu jeweils 25 Studenten für das Wintersemester 2001/2002 erteilt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Für zwei Studienjahre, Herr Kollege.)

Damit wurde ein wesentlicher Punkt des CDU-Antrages ohne formelle Abstimmung im Landtag erfüllt. Dafür Dank und Anerkennung.

Die Immatrikulation bietet die Gewähr für die Fortführung des Klinikvertrages mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung und damit die Sicherung von Einnahmen für das Klinikum in Höhe von mehr als 2 Millionen Mark. Nachdem Bildungsminister und Finanzministerium eine Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin unisono ablehnten, muss man diese Maßnahme in der Konsequenz als Überraschung begrüßen und entsprechend würdigen. Professor Kauffold machte seine Ablehnung gegenüber der Wiedereinrichtung der Zahnmedizin in der Ausschusssitzung am 11. Juli 2001 für die Landesregierung noch einmal deutlich, indem er ausführte – ich zitiere –, „dass die Landesregierung ‚kein ursächliches Interesse an der Wiederzulassung des Studienganges Zahnmedizin‘ habe.“

Aber ein erster Schritt wurde getan. Die Universität erhielt die Chance, im Vorgriff auf die Hochschulautonomie unter Beweis zu stellen, dass sie in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen. An dieser Stelle hat die CDU mit ihrem Antrag im Juni keine Luftschlösser produziert, hat mit ihrem Antrag nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an die Universität die Aufforderung herangetragen, die Weiterführung des Studienganges Zahnmedizin nur unter der Bedingung der Kostenneutralität vorzunehmen. Diese Intention hat der Ausschuss übernommen. Gewiss, die Reihenfolge wurde verändert, der Vertrag steht nunmehr vor der Immatrikulation der Erstsemester. Damit können wir leben, solange sich das Bildungsministerium ernsthaft um die Aushandlung eines Vertrages bemüht. Bis heute liegt der Universität Rostock kein Vertragsentwurf zur Umsetzung der Kostenneutralität gemäß der vorliegenden Beschlussempfehlung vor. Stattdessen bombardiert das Bildungsministerium die Universität mit wiederholten Fragenkatalogen.

Offenbar wird, dass es in der Frage der Definition der Kostenneutralität unterschiedliche Auffassungen gibt. Im Vorgriff auf die Hochschulautonomie, auf die Globalhaushalte ist dies eine entscheidende Frage, die auch im Rahmen des Haushalts noch diskutiert werden muss. In

einem hat Wolfgang Riemann Recht: Es gibt keine kostenneutrale Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern. Und ich ergänze: Und dies schon gar nicht im Hochschulbereich, auch wenn die Landesregierung uns dies immer unterjubeln möchte. Auch das hat die CDU in den Ausschussberatungen deutlich gemacht: Wir werden nicht akzeptieren, dass der Universität der schwarze Peter zugeschoben wird, nur weil Bildungs- und Finanzministerium unannehmbare Vertragsbedingungen diktieren.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Meine Damen und Herren! Wir verzichten heute auf einen Änderungsantrag zur Vorverlegung des Vertragstermins. Die Erfahrungen mit dem Beschluss des Landtages aus dem Jahr 1999 sollten uns da zwar eines Besseren belehren. Hätten die Fraktionen von SPD und PDS 1999 den Änderungsantrag der CDU angenommen, dann hätten wir uns heute die eine oder andere Debatte ersparen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und es sind, das werden Sie zugeben müssen, berechnete Zweifel angebracht, dass die Koalition in knapp vier Monaten mehr erreicht als in zwei Jahren. Wir lassen uns überraschen. Und Sie können sicher sein, dass der Landtag beim kleinsten Anzeichen des Stockens der Verhandlungen zum Vertrag die Sache wieder an sich zieht, denn, um eine Lenin'sche Anleihe bei der PDS zu nehmen: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oi, joi, joi!)

Meine Damen und Herren, so viel zur Zahnmedizin selbst. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines zur Kostenneutralität sagen. Es gibt zwei Varianten im Augenblick, die diskutiert werden:

Die eine – die Auffassung von Bildungs- und Finanzministerium – ist, Kostenneutralität heißt, der Status quo einschließlich der Abschaffung der Zahnmedizin. Ich verweise auch, Herr Bartels, auf die Einlassungen der PDS-Fraktion in den Ausschusssitzungen. Das ist ja auch in der Beschlussempfehlung drin in einem Absatz.

Und die zweite, und das ist die faire Variante, das ist der Status quo heute. Eine andere faire Variante kann es gar nicht geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht Kostenneutralität sein, wenn ich definiere, ich nehme euch den ganzen Studiengang mit kw-Stellen weg und das ist für mich die Kostenneutralität.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Da kann keiner, niemand, auch nicht mit der besten Hochschulautonomie, diesen ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Rehberg, Sie hätten die Beschlussempfehlung lesen sollen!)

Ja, sehr geehrter Herr Bartels, die Beschlussempfehlung ist das eine und das Handeln der Landesregierung seit den Ausschusssitzungen Anfang Juli ist das andere.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn hier fair mit der Universität Rostock umgegangen worden wäre, und das müssen Sie auch akzeptieren, dann hätte der Vertragsentwurf schon heute auf dem

Tisch gelegen, und zwar zu dem Zeitpunkt, wo wir die Beschlussempfehlung verabschieden. Dann brauchen wir nicht darüber zu debattieren, wer hat welche Auffassung zur Kostenneutralität.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Lutz Brauer, CDU)

Und ich hoffe, Herr Bartels, dass wir hier die gleiche Auffassung zu diesem Punkt haben. Ich halte den für substantiell, ich halte ihn auch deswegen für substantiell, weil wir hoch gespannt sind, wie das Landeshochschulgesetz aussehen wird und wie die Ausgangspunkte für Hochschulautonomie, für Globalhaushalte für die Universitäten und Fachhochschulen definiert werden. Auch das ist ganz entscheidend und hier am Beispiel Zahnmedizin exemplarisch. Und ich bin hoch gespannt, Herr Bartels, ob Sie sich durchsetzen werden oder ob sich die Finanzministerin in diesem Punkt durchsetzen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da bin ich hoch gespannt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hauptsache,
wir halten die Hochspannung aus.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Ach, wissen Sie, Herr Bartels, bei mir ist zu dem Punkt die Hochspannung dann weg, wenn der Vertrag unterschrieben ist und wenn der Vertrag dann in diesem Punkt so ausgeformt ist, wie ich es eben beschrieben habe. Und ich hoffe, da haben Sie – ich sage noch einmal – die gleiche Auffassung wie wir. Und ich muss Ihnen sagen, Herr Bartels, Sie haben vor zwei Jahren hier schöne Worte gefunden und Sie haben in zwei Jahren nichts, aber auch gar nichts an diesem Punkt erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um Hochschulautonomie und es geht um Selbstverantwortung der Hochschulen. Ich will und kann dieses Thema heute nicht in der ganzen Breite diskutieren. Das werden wir, hoffe ich, alsbald – denn Sie sind ja schon mehr als ein dreiviertel Jahr im Verzug mit dem Landeshochschulgesetz – hier an dieser Stelle diskutieren. Nur so viel: Das, was der Bildungsminister in beiden Ausschusssitzungen zur Hochschulautonomie sagte und wirkungsvoll vom Finanzstaatssekretär Dr. Mediger untersetzt wurde, bestätigt einmal mehr ein deutschlandweit gehegtes und gepflegtes Vorurteil über Mecklenburg-Vorpommern, und zwar dass hier alles 50 oder 100 Jahre später passiert. Mit dieser Grundeinstellung gegenüber den Hochschulen in diesem Land, sehr geehrter Herr Bildungsminister, werden Sie es nicht schaffen, die Hochschulen zum Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes zu machen. Mit Pseudoautonomie, schönen Worten und Augen werden Sie die Hochschulen nicht für Ihre Art Hochschulautonomie gewinnen können, wenn das Beispiel Zahnmedizin Maßstab für Zielvereinbarungen und Hochschulautonomie ist. Sie hätten bei der Zahnmedizin Vertrauen aufbauen können, wenn Ihre Grundeinstellung gestimmt hätte. Sie haben Misstrauen geerntet, zumal die Konsensgespräche von Schloss Basthorst sich wieder im Nichts aufgelöst haben. Dies ist bedauerlich – für die Hochschulen ohnehin –, aber, meine Damen und Herren, vor allem für die Zukunft dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich auf die bevorstehenden Rededuelle zwischen dem neuen hochschulpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Herrn Rehberg und mir, wenn es um das Landeshochschulgesetz geht.

Ich werde mich heute auf die Frage der Zahnmedizin konzentrieren und will ganz kurz zu drei Punkten etwas sagen:

Erstens. Die Koalitionsfraktionen haben im Ergebnis der Diskussion in den beiden Sondersitzungen im Sommer einen Änderungsantrag eingebracht, der mehrheitlich durch die Koalitionsfraktionen so bestätigt worden ist und Ihnen in der Beschlussempfehlung vorliegt. Im Unterschied zur CDU, zumindest bei den Debatten in den Ausschüssen, handelt es sich nicht um eine substantielle Veränderung des Antrages. Der Grundtenor, das Anliegen, das Richtige und Notwendige des Antrages der CDU – ich habe das schon in der Ersten Lesung gesagt, ich sage das heute wieder – ist nicht verändert worden. Aber in den Anhörungen wurde auch eins deutlich, besonders durch die Äußerung des Verwaltungschefs des Klinikums der Universität Rostock, und zwar dass in der Arbeit des Klinikums und der Universität vieles in Bewegung und noch nicht abgeschlossen ist. Herr Kalkhof hat in erfreulicher Deutlichkeit und Offenheit gesagt, dass sie auf einem Weg sind, wo bestimmte Zwischenziele noch nicht fixiert sind, aber fixiert werden. Von daher denke ich, dass es richtig ist, hier einen gewissen Zeitraum einzuräumen. Und die Voraussetzung dafür – selbst Herr Rehberg hat das ja eben zugestanden – war die Entscheidung des Ministers, zu der ihn der Landtag nicht hätte zwingen können, nämlich die Zulassung nicht für zwei Studiengänge, sondern für zwei Studienjahre Zahnmedizin, viertes und fünftes Studienjahr.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und wenn meine Informationen stimmen, zeigt das auch Erfolge. Es gibt durchaus Hoffnung, das heißt, es ist heute schon sicher, dass die beiden Studienjahre soweit mit Studierenden besetzt sein werden, dass sie stattfinden. Und es ist außerdem noch Hoffnung, dass auch die Zahl 25 erreicht werden könnte. Angesichts der Zeitschneide zeigt das ebenfalls, wie groß der Bedarf ist und dass diese Entscheidungen richtig sind.

Einen zweiten Punkt will ich nennen, der klang eben auch bei Herrn Rehberg an, ob seiner Verwunderung über die Ergebnisse. Die CDU tut so, als ob es eine mittlere oder größere Katastrophe sei, wenn es einen Dissens zwischen der Regierung und dem Landtag im Allgemeinen und den Koalitionsfraktionen im Besonderen gibt. Gestatten Sie mir, darauf hinzuweisen: Die Entscheidung zur Schließung des Studienganges wurde durch eine Regierung gefällt, in der die CDU den Ministerpräsidenten stellte und die Mehrheit hatte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und einen Koalitionspartner. Das müssen Sie auch erwähnen!)

Die Diskussionen waren schwierig.

Es gibt so etwas wie eine Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten, Herr Riemann,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

darauf reiten Sie doch in Bezug auf Herrn Ringstorff so gerne herum. Aber für Ihren Ministerpräsidenten galt das offensichtlich nicht.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Angelika Gramkow, PDS – Reinhard Dankert, SPD: Da werden Sie munter, was?!)

Das gibt natürlich eine qualitative Aussage Ihrer Haltung zu Ihrem damaligen Ministerpräsidenten, entschuldigen Sie schon, also das ist so.

Und wenn es denn einen Dissens gibt, dann muss er ausgetragen werden. Es heißt noch lange nicht, wenn ein Minister eine Meinung vertritt und die Fachleute aus den Koalitionsfraktionen vertreten eine andere Meinung, dass er deshalb ein schlechter Minister ist. Und dass er das akzeptiert, hat er durch seine Entscheidungen bewiesen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, Angelika Gramkow, PDS, und Kerstin Kassner, PDS)

Von daher bricht wegen eines solchen Dissenses weder die Welt noch diese Koalition zusammen, auch wenn es die CDU vielleicht hofft.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir schon mal gehabt.)

Ich will einen dritten Punkt nennen. Die Beschlusslage, die Ihnen heute zur Abstimmung vorliegt, ist eindeutig. Es geht nicht um die Frage, ob, sondern es geht um die Frage, dass am 15. November ein Vertrag zwischen der Regierung und der Universität Rostock zur Weiterführung beziehungsweise zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin vorliegt. Es ist sicher richtig, dass alles getan werden muss, und ich gehe davon aus, dass das Ministerium alles tut, um diese Arbeit bis zu diesem Zeitpunkt durchzuführen. Das ist dann keine Frage von möglichst vielen Gutachten, sondern eine Frage praktischen Handelns.

Und, Herr Rehberg, in unseren zukünftigen hochschulpolitischen Duellen – Sie können sich darauf verlassen – werden wir auch genau hingucken, was am 15. November vorliegt. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Sehr gut. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Bildungsminister Herr Kauffold. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Stellungnahme hierzu wird sehr kurz ausfallen. Ich habe bei den Debattenrednern den Anflug von Zweifeln bemerkt, ob sich der Bildungsminister diesem Auftrag des Landtages stellt und ob er ihn abarbeitet. Natürlich wird der Bildungsminister diesen Auftrag abarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist doch wirklich klar. Aber es ist auch ganz klar, dass bei der Abarbeitung dieses Auftrages geklärt werden muss, wie weit die Bestandteile eines Vertrages so belastbar sind, dass ein Studiengang Zahnmedizin an der Universität Rostock eine dauerhafte Perspektive hat. Das muss doch geklärt werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dazu hatten Sie zwei Jahre Zeit, Herr Kauffold. Zwei Jahre hatten Sie Zeit dazu! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das haben wir auch – ich erinnere an verschiedene Debattenreden, die wir hatten – im Rahmen unserer Möglichkeiten abgearbeitet. Dazu gibt es also ganz konkrete Aussagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, Sie haben seit 1999 den Auftrag des Landtages, nicht erst seit gestern.)

Dazu gibt es ganz konkrete Aussagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Und zu dem, was ich für eine Meinung habe,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das habe ich Ihnen vorgetragen, was Sie für eine Meinung haben.)

muss ich Ihnen sagen: Zu Entwicklungszielen, Möglichkeiten und Schwerpunktsetzungen unter der Maßgabe der Möglichkeiten, die wir haben im Lande, und der strategischen Bedeutung, welche die Hochschulen haben, müssen Sie mir durchaus gestatten, dass ich andere Auffassungen habe als Sie, Herr Rehberg, und dass ich die auch artikuliere.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da habe ich ja nichts dagegen.)

Ich gehöre zu den Leuten, die ihre Auffassungen artikulieren, auch wenn sie unbequem sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber das hat nichts damit zu tun,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Zwei Jahre Zeit gehabt.)

dass ein Auftrag, auch wenn er nicht meinen Grundüberzeugungen im konkreten Sachverhalt entspricht, abgearbeitet wird. Das ist ganz klar. Das möchte ich Ihnen hier deutlich sagen.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen wir Ihnen noch eine Zielrichtung ins Stammbuch schreiben.)

Sie werden hier im konkreten Fall die Verantwortung übernehmen und in einem – auf die gesamte Hochschullandschaft bezogen – relativen Detail auch die Verantwortung übernehmen für die Zukunftsfähigkeit. Ganz spezifisch der Landtag wird die Verantwortung übernehmen.

Ich möchte Ihnen der Vollständigkeit halber eine Einlassung des Wissenschaftsrates zitieren. Das müssen Sie auch wissen, weil wir das bei der Abarbeitung dieses Auftrages berücksichtigen müssen. Wir hatten den Wissenschaftsrat um externe Gutachter gebeten, die sich zur Verfügung stellen, auch im Hinblick auf die Belastbarkeit dieses Vertrages. Dazu hat das Sekretariat des Wissenschaftsrates uns ein Votum abgegeben, eine Einlassung gemacht, die sich überhaupt nicht unterscheidet von dem, was früher geschah.

Ich möchte Ihnen das zitieren: Mit Schreiben vom soundsovielten haben Sie mitgeteilt, „dass sich das Bildungsministerium entgegen der Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Hochschulmedizin in Mecklenburg-Vorpommern und der bisherigen Strategie des Landes nun doch für den Erhalt des Studienganges Zahnmedizin

sowie der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock einsetzt. Wie Sie wissen, hat sich der Wissenschaftsrat in Mecklenburg-Vorpommern in ungewöhnlicher Weise engagiert. Er fühlt sich dem Aufbau leistungs- und wettbewerbsfähiger Strukturen in diesem Lande besonders verpflichtet. Auch im Namen des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates und des Vorsitzenden des Medizinausschusses darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass der Wissenschaftsrat nach wie vor den konzentrierten Ausbau der universitären Zahnmedizin in Mecklenburg-Vorpommern an nur einem Standort für die richtige und der begrenzten finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes angemessene Lösung hält. Der Wissenschaftsrat und sein Medizinausschuss werden auch in Zukunft daran festhalten, keine Vorhaben zur Zahnmedizin in Rostock zur Aufnahme in den Rahmenplan zu empfehlen. Es ist daher zu erwarten, dass die für den Erhalt der Zahnmedizin in Rostock benötigten Eigenmittel des Landes nicht für andere dringend notwendige Projekte zur Verfügung stehen werden und Mecklenburg-Vorpommern auf diese Weise wichtige Bundesmittel entgehen.“ So, dann folgt noch einiges und weiter heißt es: „Auch Gründe außerhalb der Finanzierungsproblematik sprechen nach wie vor gegen zwei Standorte. Ebenfalls beispielhaft spreche ich die studentische Nachfrage und die Arbeitsmarktlage der Zahnmedizin in Deutschland an. Auf Grund der geschilderten Umstände möchte ich Ihrem Anliegen um Benennung von zwei Zahnmedizinern als externe Gutachter für eine Stellungnahme nicht entsprechen. Hierfür bitte ich um Verständnis.“

Ich will Ihnen nur sagen, das Votum des Wissenschaftsrates ist unverändert und wenn wir diesen Vertrag abschließen, müssen wir das berücksichtigen. Auch Sie müssen das berücksichtigen! Ich erinnere mich im Zusammenhang mit früheren Diskussionen um andere Studiengänge, die ich auch für notwendig halte, an einen anderen Studiengang. Hier wurde ganz nachdrücklich in der ersten Legislaturperiode auf die Voten des Wissenschaftsrates verwiesen.

Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, dass der Wissenschaftsrat zeitgleich – nahezu zeitgleich – zu diesem Schreiben an das Bildungsministerium eine generelle Bestandsaufnahme der Zahnmedizin in Deutschland beginnt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann hätten wir die Agrar fakultät auch zumachen müssen.)

mit einer Auflage bis Ende November ...

Ich habe nicht zugehört, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja.)

... einen umfangreichen Fragenkatalog zu beantworten. Sie müssen also wissen, dass wir diese Voten zur Kenntnis zu nehmen haben. Im Übrigen noch einmal: Wir werden diesen Auftrag abarbeiten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2126 in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2208 anzunehmen. Wer dem zustimmt,

men wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Verwaltungsabkommen über die Zentralstelle für die Vorbereitung der Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems – Digitalfunk, auf Drucksache 3/2245.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zum Beitritt
des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum
Verwaltungsabkommen über die Zentralstelle
für die Vorbereitung der Einführung eines
bundesweit einheitlichen digitalen Sprech-
und Datenfunksystems – Digitalfunk – (ZED)
– Drucksache 3/2245 –**

Das Wort zur Begründung hat der Innenminister Herr Timm. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Polizei braucht modernste Technik. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie technisch der organisierten Kriminalität hinterherhinkt, oder mit anderen Worten: Polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung ist polizeiliche Informationsverarbeitung. Deshalb haben die Innenminister der Länder und des Bundes vor, bis zum Jahre 2006 – in jenem Jahr richtet die Bundesrepublik Deutschland die Fußballweltmeisterschaft aus – ein digitales Funksystem zu errichten. Wer den veralteten Polizeifunk kennt, der weiß, wovon ich spreche.

Die Vorteile des Digitalfunks liegen auf der Hand: Abhörsicherheit, grenzüberschreitende Kommunikation, Durchwahlmöglichkeiten in andere Netze und Übertragung von Wort, Text und Bild. Die Digitalfunktechnik wird dazu führen, dass die Vorgangsbearbeitung computergestützt verläuft, beispielsweise bei der Fahndung. Der zukünftige Polizeibeamte wird neben dem digitalen Funkgerät regelmäßig dann auch mit Laptop anzutreffen sein. Dass diese neue Technik, meine Damen und Herren, ...

(Gerd Böttger, PDS: Auf der Straße? –
Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

Frau Kollegin Gramkow, ja, über die Mobilität der Polizeibeamten werden wir noch reden.

Dass diese Technik die Mobilität erhöht, liegt auf der Hand, und auch deswegen muss sich die Polizeiorganisation auf diese zukünftige Herausforderung einstellen. Aber ich weiß, wir haben heute noch einen Tagesordnungspunkt, bei dem wir diese Fragen miteinander erörtern werden.

In Europa gibt es neben den digitalen Handstandards UMTS und GSM, die auf einem telefonorientierten System mit End-to-End-Verbindung ausgelegt sind, zwei technisch ausgereifte Standards von Digitalfunksystemen für den professionellen Einsatz, nämlich das System TETRA 25 – dahinter stehen die Firmengruppen Motorola, Rohde & Schwarz und Dolphin – sowie das System Tetrapol – dahinter stehen die Firmengruppen MATRA, AEG Mobile Communication und Siemens.

(Gerd Böttger, PDS: Schleichwerbung
hier! – Dr. Armin Jäger, CDU:
Steht aber in der Drucksache.)

Ich gehe davon aus, dass jeder die Unterlagen gelesen hat. Ich rufe nur noch mal in Erinnerung, was an sich jedem bekannt sein dürfte.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und ich will auch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass Sie in den nächsten Wochen viel Besuch bekommen werden von den Anbietern, die sozusagen versuchen, jeden auf ihre Weise von ihrem System zu überzeugen.

(Angelika Gramkow, PDS: Die schicken
wir alle zu Ihnen, Herr Dr. Timm! –
Peter Ritter, PDS: Bei der nächsten Land-
tagssitzung gibt es dann ein Laufband.)

Meine Damen und Herren! Zur Erprobung eines digitalen Bündelfunksystems auf der Basis einer europäischen Norm wurde im Raum Berlin/Brandenburg ein Vorversuch durchgeführt, der die grundsätzliche Eignung des TETRA-25-Systems für die deutschen Behörden und Organisationen festgestellt hat.

Um weitergehende Aussagen zum System in der Fläche mit mehr Funkgeräten und mehr Basisstationen und vor allem zum grenzüberschreitenden Verkehr zu erhalten, haben wir beschlossen, einen Feldversuch im Dreiländereck Raum Aachen durchzuführen. In diesem Feldversuch sollen auch noch weitere Leistungsmerkmale getestet werden, die im Vorversuch nicht zur Verfügung standen.

Am 2. Juli dieses Jahres wurde dieser Versuch gestartet. Die Ergebnisse werden uns etwa Mitte 2003 vorliegen. Durch die Projektgruppe Digitalfunk wurde die Hochschule Aachen mit der Berechnung eines Netzmodells für die Bundesrepublik beauftragt, welches Kosten für ein digitales Funknetz auf der Basis TETRA 25 ermitteln soll. Die Kosten allerdings, meine Damen und Herren, sind abhängig von der Betreibergesellschaft, von den verschiedenen Kostenberechnungsmodellen und alternativen Lösungen, die ja auch noch im Rahmen der technischen Entwicklung erörtert werden sollen, und können deswegen heute noch nicht exakt genannt werden.

Zur Umsetzung dieses anspruchsvollen Vorhabens der bundesweit einheitlichen Einführung von Behörden und Organisationen in den Digitalfunk sind umfangreiche Untersuchungen zu den Kosten, zur Technik sowie zu den Infrastrukturinvestitionen erforderlich. Damit nun nicht alle Länder selbst diese Untersuchungen durchführen müssen, wurde durch die Innenministerkonferenz die Einrichtung einer Zentralstelle für die Vorbereitung der Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems, ZED, beschlossen. Die Aufgaben und Befugnisse dieser ZED sind Ihnen in dem Verwaltungsabkommen, das sozusagen jetzt in Rede steht, vorgelegt worden.

Mit dem Beitritt zur ZED wird also nicht die Einführung des Digitalfunks beschlossen, sondern es werden lediglich seriöse Untersuchungen zur Entscheidungsfindung über die Einführung herbeigeführt. Zur Umsetzung dieser Aufgaben werden der ZED zur Deckung der Sach- und Personalausgaben je Haushaltsjahr 1 Million Euro bereitgestellt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt nach dem modifizierten Königsteiner Schlüssel, das heißt für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern pro Jahr circa 36.000 Euro. Diese Kosten sollen aus dem Polizeihausalt getragen werden. Die Mittel sind eingestellt.

Nach dem aktuellen Stand sind dem Verwaltungsabkommen über die ZED bereits zwölf Länder beigetreten und der Bund. Deswegen will ich zusammenfassend feststellen, dass die Beteiligung an der ZED unserem Bundesland die Möglichkeit gibt, unsere eigenen Interessen in der Vorbereitung der Einführung geltend zu machen. Wir sind das am dünnsten besiedelte Bundesland und es könnte sein, wenn man das Verfahren sozusagen nicht mit unseren Interessen versieht, dass man schlicht und ergreifend einwohnerbezogen vorgeht, und das würde für unser Land sehr teuer werden. Berlin braucht eigentlich nur eine Station auf dem Fernsehturm, während wir eine Vielzahl von Stationen errichten müssen.

Meine Damen und Herren! Für die alternativ denkbaren eigenen Untersuchungen fehlen unserem Land die Ressourcen und deswegen bitte ich Sie, diesem Vertrag die Zustimmung zu geben. Ich bitte Sie auch, zügig zu beraten. Um so eher können wir dann in diese ZED-Arbeitsgremien eintreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die gute Nachricht vorweg sagen: Das, was der Innenminister hier vorgetragen hat, ist absolut richtig

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist ja nett, dass
der Herr Oberlehrer das festgestellt hat. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

und wir werden sicher als CDU-Fraktion der Verweigerung in die Ausschüsse zustimmen. Ich hoffe auch, dass wir zügig beraten. Ich gucke da unseren Ausschussvorsitzenden an, dass wir das hinkriegen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wir werden auch im Endergebnis einem Beitritt zustimmen.

Aber, meine Damen und Herren – und das hat der Innenminister ja auch zumindest gestreift –, die Zustimmung zum Verwaltungsabkommen und der Größenordnung der finanziellen Belastung dazu ist das eine, das andere ist das, was dann tatsächlich erfolgen wird. Und es ist nicht nur die Polizei, sondern es sind auch die übrigen im Sicherheitsbereich Tätigen, nämlich die Feuerwehr und der Rettungsdienst, die von dem bisherigen BOS-System, das wirklich ausgedient hat und dessen Frequenzen ja zwingend auslaufen, auf digitale Funknetze umgestellt werden.

Hier wird es einen immensen Finanzbedarf geben. Es ist richtig, den kann man heute noch nicht rechnen, aber man weiß, dass das Größenordnungen sind, die schon sehr groß sind. Das trifft unser Land insofern besonders hart, weil wir ja ein relativ modernes System im 4- und 2-Meter-Band haben, einfach deswegen, weil wir uns vor etwas mehr als zehn Jahren neu ausgerüstet haben. Ja, das wird problematisch, aber die Umstellung ist unver-

zichtbar. Das sehen wir auch. Gerade im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse ist es ein Anachronismus, dass wir im analogen System praktisch nicht verschlüsseln können und mit Verlaub gesagt noch mit albernem Tarntafeln arbeiten. Und es ist sicher gut, dass der Innenminister auch hier gesagt hat, das kann ein Organisationsinstrument sein, ein digitaler Funkverkehr.

Aber ich sage auch, die Randbedingungen müssen dann stimmen. Wir werden schon darauf achten, dass durch die weitere Finanzierung des Vorhabens insgesamt nicht andere Anschaffungen der Polizei für die Polizei, die nötig sind, auf der Strecke bleiben. Und wir werden auf einen zweiten Punkt achten. Ich sagte schon, die Feuerwehr ist ebenfalls von der BOS-Umstellung auf digital betroffen. Wir werden nicht dulden, dass das eine Verlagerung der Kosten auf die Kommunen wird ohne Ausgleich. Ich glaube, die Kommunalpolitiker unter uns werden das sofort verstehen. Und das Gleiche gilt für den Rettungsdienst. Aber zunächst haben wir hier zu entscheiden, ob wir dem Abkommen zustimmen. Und ich sage hier schon zu, wir werden uns an einer zügigen und positiven Beratung beteiligen. Ich hoffe, wir beschließen dies einstimmig. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Siegfried Frieze, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Böttger von der PDS-Fraktion, Sie haben das Wort.

Gerd Böttger, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Peter Ritter, PDS: Für wen
machst du jetzt Werbung, Gerd?!)

Ich schließe mich erst einmal der Werbung von Herrn Jäger für den Innenminister an.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Ich finde es ganz gut, dass Sie den Innenminister auch mal loben.

Ich sage, wir sind für diesen Antrag. Die Technik schreit voran und macht auch vor Mecklenburg-Vorpommern nicht Halt. Der Minister hat hier inhaltlich begründet, warum wir dem Antrag zustimmen sollten. Ich möchte drei Punkte nennen, weshalb wir dafür sind:

Erstens. Es gibt fachliche Sachzwänge. Die Nichteinführung des Digitalfunks in Mecklenburg-Vorpommern bei gleichzeitigem Aufbau dieses Systems in den anderen Bundesländern könnte für uns Funkstille bedeuten und das wollen wir nicht.

Zweitens. Auch finanzielle Berechnungen und Schätzungen sprechen gegen einen Alleingang unseres Landes, denn das wäre ja die Alternative. Wobei auch ich sage, wir müssen in den Ausschüssen – ich bin für eine sehr zügige Beratung – natürlich auch über die Kosten und vor allen Dingen auch über die Folgekosten reden, denn wir müssen genau wissen: Wer A sagt, muss auch B sagen, und jeder muss dann auch wissen, was das B bedeutet.

(Heinz Müller, SPD: B wie bezahlen. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

B wie bezahlen, richtig!

Drittens. Dafür sprechen auch Zweckmäßigkeitserwägungen, das heißt, im Interesse der rechtlich abgesicherten, wirtschaftlichen, technischen, einheitlichen und termingerechten Vorbereitung des Gesamtvorhabens scheint die Bündelung der Bundes- und Länderaufgaben an einer zentralen Stelle sinnvoll und notwendig.

Was mich schon ein bisschen wundert bei diesem Antrag, Herr Minister – und nun muss ich doch noch ein ganz klein bisschen kritisieren –, bei den Strukturen, die dem Bund und den Ländern zur Verfügung stehen, scheint mir die Frage zu sein, warum es so einen langen Zeitraum gebraucht hat, um diesen Gesetzentwurf hier in den Landtag zu bringen. Denn eines ist klar: Sie schreiben – wenn wir schon über Kosten kommen –, mit der ersten Teilrechnung ist für 2001 zu rechnen, also diese erste Teilrechnung kommt sechs Monate nach In-Kraft-Treten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das heißt, das kriegen Sie eh schon nicht mehr hin. Ich weiß nicht, Sie müssten uns das erklären.

Und zweitens sage ich, die Zeit ist schnell. Sie gehen davon aus, dass für Berlin der Innensenator Werthebach die Zustimmung gibt. Wenn ich richtig informiert bin, ist der Herr Werthebach in Berlin nicht mehr Innensenator. Das hätten Sie mitkriegen müssen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: In Hamburg gibt's einen neuen, in Bremen gibt's einen neuen. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Dann entscheiden wir, wer der nächste Senator wird.)

Gut. Da merken Sie mal, wie schnell sozusagen die Dinge sind. Aber darüber können wir ja in den Ausschüssen reden. Das ist das kleinste dieser Probleme. Also wir stimmen zu und sichern eine zügige Bearbeitung zu. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Friese.

Siegfried Friese, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Digitalisierung der Datenwege ist die Innovation unserer Zeit. Warum sollten hierbei die Sicherheitsbehörden ausgenommen werden? Es ist somit nur eine logische Folge der technischen Entwicklungen, wenn die Behörden, die so genannten BOS-Behörden – diesen Weg mitgehen. Die SPD-Fraktion steht deshalb voll hinter dem uns vom Innenminister vorgelegten Vertrag. Wir begrüßen den Beschluss der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 1994, der genau diese Digitalisierung vorgesehen hat.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Innenausschuss diese Behandlung zügig vornehmen wird.

Die SPD-Fraktion wird, das kann ich jetzt schon sagen, dem Abschluss des Verwaltungsabkommens vorbehaltlich der Beratung der Ergebnisse im Innenausschuss natürlich zustimmen. Wir bitten um Überweisung des vorgelegten Antrages. – Schönen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/2245 zur federführenden Bera-

tung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Änderung der Bezeichnung des Ausschusses, auf Drucksache 3/2266.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Änderung der Bezeichnung des Ausschusses – Drucksache 3/2266 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit der vorliegenden Drucksache 3/2266 beantragen die Fraktionen der SPD, CDU und PDS, die Bezeichnung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Familie, Frauen, Jugend und Sport zu ändern in Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Familie, Frauen, Senioren, Jugend und Sport. Mit der Namensänderung wollen alle drei im Landtag vertretenen Fraktionen dem vom 2. Landesaltenparlament im Mai 2001 herangetragenen Wunsch nach Ergänzung des Namens Rechnung tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Antrag mag ja, das habe ich einigen Gesprächen zumindest andeutungsweise entnommen, für einige unbedeutend oder sogar lächerlich sein. Ich halte ihn angesichts der Bedeutung dieser Personengruppe und der Tatsache, dass es die ältere Generation ist, die durch ihr unermüdliches Schaffen und ihre Fürsorge der jeweils nachwachsenden Generation die Lebensperspektiven eröffnet, für gerechtfertigt.

In der Bezeichnung des Ausschusses haben wir als Querschnittsgruppen nur Jugend, Familien und Frauen aufgeführt. Senioren fehlten bislang. Bedenken sollten wir, dass Ende 1999 in Mecklenburg-Vorpommern von circa 1,8 Millionen Menschen 21,65 Prozent im Alter ab 60 Jahren und 11,2 Prozent im Alter zwischen 50 und 60 Jahren waren. Die Seniorinnen und Senioren sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Circa 20 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern sind bereits älter als 65 Jahre. Der wachsenden Zahl der Seniorinnen und Senioren stehen extrem niedrige Geburtenraten gegenüber. Die Gesellschaft wird insgesamt immer älter. Das heißt auch, die Politik muss sich auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen.

Ein Blick in die Ausschussprotokolle und die Protokolle der Plenarsitzungen zeigt, dass wir uns konsequenterweise in nicht unwesentlichem Umfang mit Fragen der Querschnittsgruppe Senioren beschäftigt haben. Erinnert sei an die Anträge zur Fortschreibung des Landesaltenplanes, zum landesweiten Pflegenottelefon, zur bundeseinheitlichen Regelung zur Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern, auf Unterrichtung zum altersgerechten und betreuten Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern, zur häuslichen Krankenpflege, zur Pflegepersonalaus- und zu den Rentenplänen der Bundesregierung. Darüber hinaus gab es kleine Anfragen wie zum Beispiel zur Ausbildung in der Altenpflege oder zur Organisationsreform der deutschen Rentenversicherung. In einer Aktuellen

Stunde haben wir uns mit dem Thema „Rentenreform – Konsequenzen für die Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns“ beschäftigt.

Höhepunkte der Seniorenpolitik in dieser Legislaturperiode waren mit Sicherheit die von unserem Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner ins Leben gerufenen Altenparlamente 1999 und 2001. Von deren engagierten Arbeit zeugen die beiden Dokumentationen. Namens der SPD-Fraktion möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich für die große Einsatzbereitschaft der Seniorinnen und Senioren, die in beiden Landesaltenparlamenten mitgewirkt haben, und des Landesseniorenbeirates bedanken.

Beeindruckend war in den Landesaltenparlamenten, dass es nicht nur um unmittelbare Belange der älteren Generation ging, sondern – mit dem Blick auch auf nachfolgende Generationen – um ihr Mitwirken bei der Entwicklung der Gesellschaft. Davon zeugen die Leitanträge zum Ehrenamt und zu Aufgaben und zur Stellung der Senioren in der Gesellschaft sowie die Erklärung des Altenparlaments zum Rechtsextremismus.

Meine Damen und Herren, im Sozialausschuss waren sich die Fraktionen einig, eine Namensänderung vorzunehmen. Dies ist auch ein Zeichen an unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass sich die Politik der eben von mir in Ansätzen beschriebenen Stellung der Seniorinnen und Senioren in unserer Gesellschaft als gleichberechtigt neben anderen Querschnittsgruppen bewusst ist. Dabei möchte ich betonen, dass Seniorenpolitik ebenso wie Frauenpolitik, Familienpolitik und Jugendpolitik ressortübergreifend begriffen werden muss. Diese Querschnittsaufgaben können nicht alleinige Angelegenheit des Sozialministeriums oder des Sozialausschusses sein.

Der Antrag dient einer zwar formalen, aber sinnvollen und von den Vertretern des Altenparlaments geforderten Änderung. Zum Austausch der inhaltlichen und fachlichen Argumente bis ins letzte Details ist dieser Antrag nicht geeignet. Dies können und sollten wir uns im Rahmen des fortgeschriebenen Landesaltenplanes vornehmen. Dass im Bereich der Seniorenpolitik noch einiges zu tun bleibt, ist uns bewusst. Erkennbar ist dieses auch an den Forderungen des Altenparlaments 2001.

Ich bitte aus vorher genannten Gründen um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

(Angelika Gramkow, PDS: Also, Herr Glawe, jetzt sind wir aber gespannt. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na, keine Bauchschmerzen angesichts eines gemeinsamen Antrages, Herr Glawe?!)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen!

Also, die CDU hat keine Bauchschmerzen, verehrter Kollege,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist schön.)

und wir stimmen diesem Antrag auf Änderung des Namens des Sozialausschusses unter Hinzufügung der Senioren zu. Die CDU-Landtagsfraktion kann und will nicht auf die reichhaltigen Erfahrungen der älteren Generation verzichten. Das ist eine der entscheidenden Triebfedern, von denen wir uns leiten lassen. Die ältere Generation hat eine reiche Lebenserfahrung, die wir schätzen und die vor allen Dingen auch dazu führt, dass ältere Bürgerinnen und Bürger auch den Kontakt zur jungen Generation halten. Es geht darum, verschiedene Dinge auf den Weg zu bringen. Dazu gehören einmal das Ehrenamt, die Frage der Pflege, die Frage der Krankenhäuser, die Frage der offenen Altenarbeit, die ambulante Pflege – ich will nur einige Dinge hier nennen –, dazu gehört aber auch Sport. Die ältere Generation leistet sehr viel in unserer Gesellschaft und deswegen, denke ich, ist es richtig und auch wichtig, dass sich die Senioren direkt in einem Ausschuss wiederfinden, der dann auch heißt Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Familie, Frauen, Senioren, Jugend und Sport.

Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Volker Schlotmann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/2266. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Harry Glawe, CDU: Sehen Sie, Herr Dr. Bartels, kein Problem. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Beratung des Tagesordnungspunktes 19 entfällt, da der Antrag vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Folgen der EU-Kapazitätsbeschränkungen für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2268.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Folgen der EU-Kapazitätsbeschränkungen
für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2268 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Mittleres Erdbeben für Wismars Werft“, so titelte die „Ostsee-Zeitung“ am 14. Juni diesen Jahres. Gemeint war die damals drohende Kurzarbeit und Entlassung von 600 der rund 1.500 Beschäftigten, bedingt durch die strengen EU-Kapazitätsbegrenzungen im Schiffbau. Inzwischen ist die Kurzarbeit auf der Wismarer Werft, der MTW, leider Wirklichkeit geworden.

Wir haben auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile eine Situation, die nur noch als dramatisch und geradezu aberwitzig bezeichnet werden kann. Auf der einen Seite hochmoderne Produktionsanlagen, volle Auftragsbücher und motivierte Mitarbeiter – in einem von Strukturschwäche und Arbeitslosigkeit gebeutelten

Land klingt das ja fast paradiesisch, wäre da nicht eine künstliche Kapazitätsregulierung, die mit Marktwirtschaft und Wettbewerb in der heutigen Situation schlicht nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Noch einmal zur Verdeutlichung: Schiffbauaufträge können im Land nur bis zu einer festgelegten Obergrenze von 327.000 cgt produziert werden. Aufträge, die dieses Kontingent überschreiten, müssen abgelehnt werden. Kurzarbeit und Entlassungen sind die direkte Folge. Wer will, kann das alles noch mal nachlesen in einer Mitteilung der Europäischen Kommission vom 05.08.1999, wo darauf hingewiesen wurde, dass die Kapazitätsbegrenzungen nach wie vor unverändert in Kraft sind.

Starre und inflexible Strukturen führen dazu, dass eine Werft bei Unterschreiten des Kontingentes in einem Jahr keinerlei Reserven für das kommende Jahr vorhalten kann und so etwa beispielsweise konjunkturelle Schwankungen ausgleichen könnte. Und was mindestens genauso dramatisch ist, leider haben sich Bundesregierung und Landesregierung nicht mit ihrem Standpunkt durchsetzen können, dass die Kapazitätsbegrenzungen für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern pauschal gelten, so dass dann zwischen den einzelnen Standorten ausgeglichen werden könnte. Dies wäre immerhin auch schon ein wesentlicher Schritt nach vorne.

Vielmehr sind drakonische Strafen fällig, wenn sich die Werft nicht strikt an die Begrenzungen hält. Ich erinnere an die Rostocker Kvaerner Warnow Werft, die im Februar 2000 zur Rückzahlung von 12,6 Millionen DM an Beihilfen verurteilt worden ist, weil sie 1997 mehr Tonnage als von der EU erlaubt produziert hatte. Wenn es nach dem Willen der EU geht, bleibt diese Kapazitätsobergrenze noch bis 2005 erhalten, und dies, meine Damen und Herren, darf und kann nicht hingenommen werden, weil es sich nachgerade verheerend für die Werften, die Werftstandorte und das Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt auswirken müsste.

Der Ministerpräsident ist jetzt nicht da. Ich möchte ihn nur dringend auffordern, nicht auf das schlechte Gedächtnis von Menschen zu spekulieren, wenn er gelegentlich darauf hinweist, die Kapazitätsbeschränkungen seien 1992 festgelegt worden und er hätte mit der heutigen Situation nichts zu tun gehabt. Das Gegenteil ist der Fall. Ganz abgesehen davon, dass Herr Dr. Ringstorff 1992 sehr lautstark vor der Staatskanzlei – und ich sage aus heutiger Sicht, ein Glück, dass er damals nicht schon da drin war – für die Privatisierung zugunsten des Bremer Vulkan unter eben jenen vertraglichen Bedingungen der EU, die die Kapazitätsbeschränkungen festgeschrieben haben, eingetreten ist. Und es war niemand anderes als der Ministerpräsident höchstpersönlich, der im Januar 1999 hier im Landtag, aber auch in Presseerklärungen vollmundig erklärt hat, er erwarte eine Lösung des Problems der Kapazitätsbeschränkungen bereits für März 1999.

Meine Damen und Herren, wir sind mehr als zwei Jahre weiter, zweieinhalb Jahre weiter. Getan hat sich überhaupt nichts.

(Angelika Gramkow, PDS: Und Sie haben natürlich auch nie eine Verantwortung gehabt, Herr Dr. Born, als CDU-Fraktion in diesem Land.)

Im Gegenteil, ganz im Gegenteil, es ist so gewesen, dass weder die Landesregierung noch die Bundesregierung dieses drängende Problem zur Chefsache gemacht haben, sondern wir eine Situation haben, die so drama-

tisch ist, dass es fast schon zu spät ist, jetzt zu handeln. Die ursprüngliche Intention dieser Obergrenzen lässt sich ja durchaus, angesichts der erheblichen öffentlichen Investitionsbeihilfen, die zum Entstehen der weltweit modernsten und besten Werften in Form von Kompaktwerften geführt haben, nachvollziehen. Es ging damals darum, um überhaupt diese Investitionshilfen – in Wirklichkeit sind ja diese Werften fast ausschließlich mit öffentlichen Mitteln damals gebaut worden –, um das überhaupt zu ermöglichen, ging es denjenigen, die auf den Obergrenzen bestanden, darum zu verhindern, dass ostdeutschen Werften mit Hilfe europäischer Gelder ein Wettbewerbsvorteil beschert wird, der zu Lasten anderer Schiffbauer in Deutschland, Europa und der Welt geht. Genauso deutlich muss aber auch festgehalten werden, dass die heutige Situation Lichtjahre von der Ausgangslage im Jahr 1992 entfernt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich habe damals auch niemanden feststellen können, das wäre ja auch gerade zu irrsinnig gewesen, der sich gegen diese Möglichkeiten ausgesprochen hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dass unsere Werften überhaupt weiterexistieren konnten und diese gewaltigen Beihilfen bekamen. Aber die koreanische Dumpingpolitik im Schiffbau hat den Schiffbaubeschränkungen die Grundlage entzogen. Mit Dumpingpreisen weit unter den Herstellungskosten hat Südkorea auf dem Weltmarkt für Schiffbau eine Vormachtstellung eingenommen und ist damit Hauptgewinner der cgt-Begrenzungen auf ostdeutschen Werften. Das ist die ungeschminkte Wahrheit und das bezeichne ich als geradezu aberwitzig.

Alle Fachleute sind sich einig, dass alle politischen Kräfte mobilisiert werden müssen, um entsprechend der Öffnungsklausel, die ab 2001 eine Veränderung ermöglicht, die Beseitigung der sich mittlerweile als Produktivitätsknebelung auswirkenden Kapazitätsbeschränkungen durchzusetzen. Die Landesregierung lässt aber leider ein nachhaltiges Engagement zur vorzeitigen Aufhebung dieser Kapazitätsbegrenzungen vermissen. Ich gebe aber auch zu, dass sie hier von der Bundesregierung im Stich gelassen wird und alleine kann die Landesregierung das Problem mit Sicherheit nicht lösen.

Welche Bedeutung unser damals noch sehr neuer Wirtschaftsminister Herr Ebnet der Problematik beimisst, war am 14. Juni 2001 dem „Nordkurier“ zu entnehmen. Da stand geschrieben: „Minister sieht die Werften in Mecklenburg-Vorpommern nicht in ihrer Existenz bedroht“. Nun, Sie sind nicht so ganz neu mit der Problematik vertraut gewesen, Herr Minister Ebnet, sonst hätte ich gesagt, das war noch ein auf das Amt bezogen jugendlicher Leichtsinn. Sie hätten es damals schon besser wissen müssen. Ich hoffe, dass Sie das heute mit aller Deutlichkeit erkennen, dass diese Aussage schlicht falsch ist, sondern das Gegenteil richtig ist. Und ich will Ihnen wohl zugestehen, Herr Minister, dass Sie das eine und das andere Gespräch zu diesem Thema geführt haben, aber unter nachhaltigem Engagement verstehe ich etwas anderes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die Landesregierung muss endlich ihren Kampf zur Aufhebung dieser Arbeitsplatzkillerquoten deutlich ver-

stärken, um den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern als eine der wenigen tragenden wirtschaftlichen Säulen, dem einzigen industriellen Kern in unserem Land, nicht seinem ansonsten vorbestimmten Schicksal zu überlassen. Absichtsbekundungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, reichen hier nicht aus.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die haben wir schon genug gehört.)

Ich kann Ihnen da leider nicht widersprechen, Kollege Riemann.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Und was die vollmundige Ankündigung des Ministerpräsidenten den Werften gebracht hat, die sich auf ihn verlassen haben, kann heute jeder selbst beantworten. Denn das muss man nämlich auch wissen, die müssen die Aufträge ja schließlich rechtzeitig akquirieren, die können nicht im Jahr 2001 anfangen und die Aufträge für dieses Jahr akquirieren. Wenn sie 1999 im Januar vom Ministerpräsidenten hören, das Problem wird in zwei Monaten behoben sein, dann ist es selbstverständlich, die haben Verantwortung für mehrere Hundert Mitarbeiter, dass sie sich im Jahre 1999 um die Akquise für die Jahre 2000 und 2001 bemühen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Also, sie verlassen sich auf den Ministerpräsidenten und stehen heute mit ihren Problemen verlassen und alleine da.

Wenn ich mir die Antworten des Wirtschaftsministeriums oder der Landesregierung auf eine kleine Anfrage, Drucksache 3/2252, die ich im August gestellt habe, anschau, muss ich mich wirklich fragen, ob die Landesregierung überhaupt umfassend zur Thematik informiert ist. So war es offensichtlich weder möglich, die Anzahl der Arbeitskräfte im Schiffbau und der Zulieferindustrie zu differenzieren, Angaben zum Lohnniveau zu machen, geschweige denn Umsatzzahlen für die Neuproduktion im Schiffbau zu nennen. Das ist angesichts der Bedeutung des Themas ...

(Karsten Neumann, PDS:
Ist doch kein Staatsbetrieb mehr.)

Bitte?

(Karsten Neumann, PDS: Das ist
doch kein Staatsbetrieb mehr. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Also, verehrter Herr Neumann, Sie haben offensichtlich noch nicht begriffen, wofür ein Wirtschaftsministerium dieses Landes da ist.

(Karsten Neumann, PDS: Aha!)

Sie sollten sich wenigstens mal mit den Strukturen des Wirtschaftsministeriums vertraut machen, dann sehen Sie, dass es da Gott sei Dank immerhin noch ein Referat gibt, das sich ausschließlich mit dieser Problematik zu befassen hat. Das hat mit Staatsbetrieb nun wirklich nichts zu tun.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber dazu
gehören doch keine Umsatzzahlen.)

Also das ist angesichts der Bedeutung des Themas für die Zukunft des einzigen wirklichen industriellen Kerns in

Mecklenburg-Vorpommern schlicht ein jämmerlicher Offenbarungseid der Landesregierung. Ein paar Zahlen vom Statistischen Landesamt abzuschreiben ist mehr als dürftig.

Bislang hat Bundeskanzler Schröder lediglich die Interessen der Werften in den alten Bundesländern vertreten.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und nun liegt es an Ihnen, Herr Ministerpräsident Ringstorff und Herr Wirtschaftsminister Ebnet, die Kernfrage der Überprüfung und Neuordnung der Kapazitätsobergrenzen im Schiffbau endlich zur Chefsache Ost werden zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Sie sind es den mehr als 5.500 Beschäftigten im Schiffbau und den Tausenden Arbeitnehmern in der maritimen Verbundwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern schuldig.

Und, meine Damen und Herren, vielleicht bewegen Sie sich ja dann nicht, weil die Opposition Sie dazu drängt – da sind Sie ja sowieso erst einmal taub, es geht ja weniger um die Sache als um vordergründige parteipolitische Dinge, wie wir von Ihnen immer wieder hören –, aber vielleicht bewegen Sie sich, wenn Sie feststellen, dass nächste Woche, wie wir es gestern in der „Ostsee-Zeitung“ lesen konnten, rund 1.000 Menschen aus Wismar sich mit 20 Reisebussen auf den Weg nach Berlin machen, um für den Erhalt der Aker MTW zu demonstrieren. So dramatisch ist die Situation, Herr Minister. Von „Den Werften geht es gut“ und „keine Probleme“ kann hier keine Rede sein. Sie müssen die Probleme zumindest erst mal erkennen, um handeln zu können. Aber Sie haben jetzt keine Zeit mehr, sich mit den Problemen vertraut zu machen. Es ist überfällig, dass Sie endlich mit der Bundesregierung Klartext reden, damit in Brüssel die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, und zwar schnell. Und das heißt innerhalb der nächsten Wochen und nicht irgendwann. 2005 hat sich das Problem so oder so erledigt, wenn Sie jetzt nicht endlich Ihre Aufgaben wahrnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat das Wort der Wirtschaftsminister Herr Ebnet. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, ich glaube, wir sollten das Thema auf eine Ebene bringen, die die parteipolitische Auseinandersetzung vermeidet. Dafür ist es viel zu ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!
Sehr richtig! Sehr einverstanden!)

Und wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht zündeln und dadurch unseren Werften schaden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer sagt, unsere Werften sind in ihrer Existenz bedroht – und ich weise das auch zurück, da sind wir unterschiedli-

cher Meinung, ich sage, sie sind nicht in ihrer Existenz bedroht –,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha! Jaja.)

wer dieses sagt, schadet den Werften,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch damals vom Bremer Vulkan schlecht geredet.)

weil für jeden Auftraggeber, der ein Schiff in Auftrag gibt, natürlich die Frage entscheidend wichtig ist, ob vom Auftragnehmer, von der Werft, auch das Schiff zu Ende gebaut wird und zu Ende gebaut werden kann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe nicht ich in die Zeitung gesetzt.)

Herr Born, wir müssen vorsichtig sein,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe nicht ich in die Zeitung gesetzt. Das sagen die Werften.)

wir müssen vorsichtig sein an der Stelle.

Zweitens bitte ich schon um Verständnis, dass interne Zahlen eines Unternehmens Geschäftsgeheimnisse eines Unternehmens sind, die zu schützen sind und die das Unternehmen – in der Tat, das sind ja keine Staatsbetriebe mehr – auch nicht an die Landesregierung rausgeben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und was intern in den Unternehmen ist, sollten wir auch intern dort lassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Selbstverständlich.)

Herr Born, erlauben Sie mir noch eine kleine Bemerkung. Ja, Sie haben Ihre Bewertung vorweggenommen, bevor Sie überhaupt die Darstellung der Landesregierung, um die Sie gebeten haben, bekommen haben. Ich will dies jetzt nachholen. Sie wird Ihre Bewertung nicht decken und Sie werden dann hoffentlich Ihre Bewertung nachträglich noch ändern.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Ich hoffe das.)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Was sich auf unseren Werften tut, das kann man niemandem mehr erklären. Wir haben die modernsten Werften, Aufträge sind genug da, die Preise stimmen und die Produktivität ist hoch. Und in einer solchen Situation werden Werftarbeiter in Kurzarbeit geschickt und müssen zu Hause sitzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das lässt Sie ruhig.)

Die Arbeit, die sie nicht machen dürfen, muss an Werften außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns vergeben werden. Das ist mit dem gesunden Menschenverstand nicht mehr zu begreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Und Sie haben um Unterrichtung durch die Landesregierung über die jetzige Situation gebeten. Ich will das gerne tun. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns wieder einig und wir wissen alle, die bestehenden Kapazitätsgrenzen sind für die Werften in Mecklenburg-

Vorpommern mit großen Belastungen und Nachteilen verbunden.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wohl so.)

Die Werften müssen ihre Produktion auf ein bürokratisches Verfahren abstellen, das sie zur starren Einhaltung von Jahresproduktionsmengen zwingt, unabhängig von dem, was der Markt erfordert und was der Markt hergibt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Unseren Werften ist es in den letzten Jahren gelungen, ihre Produktivität stetig zu steigern, jährlich mehr als fünf Prozent im Zeitraum von 1996 bis 2000. Die Kapazitätsbegrenzungen verhindern, dass diese Produktivitätssteigerungen genutzt werden können. Die Schiffsneubauproduktion musste pro Jahr annähernd gleich bleiben und deshalb sind, das ist die zwangsläufige Folge, die Beschäftigungszahlen gesunken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Hinzu kommt, dass den Werften auch Leistungen als Kapazität angerechnet werden, die sie nicht selbst erbracht, sondern eingekauft haben und die sie zum Teil schon seit 1992 von außen beziehen. Große Teile der Produktion werden nicht von den Werften, sondern von Zulieferern hergestellt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Im Schiffbau hat sehr viel Outsourcing stattgefunden, Bereiche der Produktion wurden ausgelagert.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Richtig. Das ist nicht neu.)

Wenn es nun – obwohl die Werft ein bestimmtes Vorprodukt nicht selbst herstellt – dennoch auf ihre Produktionsmenge angerechnet wird, kann die Beschäftigung auf der Werft nicht gehalten werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Unseren Werften, unseren vier Werften ist es gelungen, 38 Schiffsneubaufträge zu erhalten. Damit haben sie ihren Auftragsbestand bis 2003 auf 3,62 Milliarden DM ausgebaut. Das ist eigentlich erfreulich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, richtig.)

Aber die gegenwärtig geltenden Beschränkungen bringen es mit sich, dass die Aker MTW zum Beispiel nur 80 Prozent und die Peene-Werft in Wolgast nur 90 Prozent ihres Auftragsvolumens ab diesem Jahr dann auch realisieren darf. Auf der Aker MTW in Wismar zeigen sich die Konsequenzen: Derzeit sind mehr als 400 Mitarbeiter der Werft in Kurzarbeit.

Wir wollen gemeinsam mit der Bundesregierung erreichen, dass schnell etwas geschieht, damit sich die Situation für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern verbessert. Natürlich wäre uns allen die völlige Aufhebung der Kapazitätsbeschränkungen am liebsten. Aber wir können leider das Rad nicht mehr zurückdrehen, sondern müssen akzeptieren, dass die Kommission auf der Basis der Rechtslage entscheidet, die 1992 geschaffen wurde.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Zu Ihren Ausführungen von vorher, Herr Born, zur historischen Wahrheit und zur Klarheit: Damals wurde mit

Zustimmung der Bundesregierung und der Landesregierung festgelegt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Von der Partei, vom Land, von Dr. Ringstorff und von der Staatskanzlei.)

dass 40 Prozent auf die Belegschaften ...

Alle hatten damals wichtige Probleme, Herr Born. Es ging ja damals um die Existenz der Werften überhaupt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eben. Eben. – Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie mal nach vorne gucken und anpacken!)

Es ging um die Existenz der Werften überhaupt und da war das Kleingedruckte natürlich nicht so wichtig wie das Großgedruckte. Ich kann es verstehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es geht gar nicht anders.)

Also, auf jeden Fall wurde 1992 festgelegt, dass 40 Prozent der am 1. Juli 1990 auf dem Gebiet der DDR vorhandenen Schiffbaukapazitäten stillzulegen waren. Und, Herr Born, damit wir auch die Jahreszahl richtig erwischen, es ist die Richtlinie des Rates vom 20. Juli 1992 gewesen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl.)

in der steht, „daß sich die deutsche Regierung bereit erklärt, ...“ – ich lasse jetzt mal ein bisschen was weg – „eine echte irreversible Stilllegung von Schiffbaukapazitäten von 40 Prozent Netto, bezogen auf die am 1. Juli 1990 vorhandene Schiffbaukapazität von 545.000 cgt, zu veranlassen.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

„Echte irreversible Stilllegung“ steht in der Richtlinie von damals.

(Siegfried Friese, SPD: Wer war denn da an der Regierung? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und diese Richtlinie von 1992,

(Wolfgang Riemann, CDU: Lesen Sie mal die Klausel von 2001 vor!)

diese Richtlinie von 1992 ist die Rechtsgrundlage für die Europäische Kommission.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vergessen Sie die Öffnungsklausel nicht! – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Ich komme gleich darauf.

Diese Beschränkung der Kapazitäten gilt von 1995 bis 2005, für insgesamt zehn Jahre.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Eine vorzeitige, und jetzt komme ich zu Ihrem Argument, Herr Born, eine vorzeitige Aufhebung der Beschränkung der Kapazitäten nach fünf Jahren, also 2001,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

ist zwar als Möglichkeit vorgesehen, muss aber von der Kommission ausdrücklich genehmigt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das ist richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wie weit sind Sie da? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich komme noch dazu, Herr Jäger.

Von welchen Argumenten sich die Kommission dabei leiten lässt, ist nachzulesen in der Richtlinie des Europäischen Rates vom 20. Juli 1992 über Beihilfen für den Schiffbau, ich habe gerade daraus zitiert, in Verbindung mit der Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1990. Und dort heißt es: „Die Kommission trifft ihre Entscheidung nach Maßgabe“, und zwar für die Revision, „des weltweiten Verhältnisses von Angebot und Nachfrage.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ganz simpel, ganz lapidar. Im Klartext heißt das: In dieser Richtlinie ist nicht unterschieden nach einzelnen Marktsegmenten und nach einzelnen Regionen, leider nicht, kann man heute sagen. Das war aber 1990 ein anderer Zustand. Und das ist nun die rechtliche Ausgangsposition für die Kommission. Deshalb sind wir auch nicht durchgekommen als Landesregierung und als Bundesregierung mit unserem ersten Anlauf, dass es in Marktbereichen, in Marktsegmenten, in denen unsere Werften tätig sind, in Europa keine Überkapazitäten gibt. Die Kommission hat gesagt, in der Richtlinie steht, wir dürfen nicht unterscheiden nach Marktsegmenten und nach Regionen. Das ist ein Rechtsstandpunkt der Kommission und sie stützt sich dabei auf die Richtlinie von 1992 beziehungsweise auf die Richtlinie von 1992 und 1990.

Und angesichts dieser Rechtslage ist es nun so, dass wir auf das Verständnis der Kommission für die Situation der Werften in Mecklenburg-Vorpommern angewiesen sind. Wir sitzen leider nicht am längeren Hebel, Herr Born.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber wieso hat der Ministerpräsident schon 1999 angekündigt, dass er das Problem löst? 1999! – Zuruf von Peter Ritter, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Was erzählt denn unser Ministerpräsident?)

Meine Damen und Herren, in dieser ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Das ist doch unerhört! Das ist doch unerhört!)

Herr Born, wir sollten uns mal für die Werften einsetzen und uns nicht gegenseitig irgendwelche Dinge um die Ohren hauen, die vorne und hinten nicht stimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja natürlich.)

Bitte, denken Sie an die Werften!

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Lassen Sie diese Art von Auseinandersetzung!

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, in dieser schwierigen Gemengelage hat sich die Landesregierung mit ganzer Kraft eingesetzt, dass die Kapazitätsbeschränkungen in Mecklenburg-Vorpommern gelockert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie haben gefragt, was ist seit 1998 geschehen. Warum fragen Sie, seit 1998?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, von 1999 habe ich gesagt.)

Seit 1998, so steht es in Ihrem Antrag.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und ich habe zu Ihnen gesagt, von 1999.)

Ich will auf Ihren Antrag eingehen, Herr Born. 1998 hat schon der damalige Wirtschaftsminister Seidel sich bemüht, ich erkenne das an, in der Frage der Kapazitätsbeschränkungen weiterzukommen. Der damalige Bundeskanzler Kohl sollte unter anderem dazu gebracht werden, mit dem damaligen Kommissionspräsidenten Santer über das Thema zu sprechen. Ein solches Gespräch fand aber leider nicht statt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht mehr statt, fand nicht mehr statt!)

Dann nahm Wirtschaftsminister Eggert das Thema auf und setzte sich für die Flexibilisierung der Kapazitätsgrenzen ein. Im Januar 1999 führte der Ministerpräsident Ringstorff Gespräche mit Kommissionspräsident Santer, mit dem damaligen EU-Wettbewerbskommissar van Miert und Frau Wulf-Mathies, der damaligen Kommissarin für Regionalpolitik.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Er hat in diesen Gesprächen die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Schiffbaukapazitäten für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern sehr deutlich gemacht. Anfang Mai 1999 sprach der damalige Wirtschaftsminister Eggert mit dem Generaldirektor der EU-Wettbewerbskommission Schaub in Brüssel. Die Kommission zeigte sich da grundsätzlich bereit, über das Thema weiterzusprechen.

Das Land erarbeitete einen Vorschlag für eine Öffnung der Werftkapazitäten, der mit allen Beteiligten abgestimmt wurde. Dieser Vorschlag sollte die Basis sein für einen Antrag der Bundesregierung an die EU-Kommission.

Anfang April 2000 sprach Ministerpräsident Ringstorff mit Kommissar Monti – die Kommissare hatten inzwischen gewechselt – und unterstrich noch einmal die Notwendigkeit der Öffnung der Kapazitätsgrenzen. Dabei verwies er auch auf den Antrag der Bundesregierung, der in Vorbereitung war. Dieser hatte das Ziel, die Kapazitätsgrenzen der Werften in Mecklenburg-Vorpommern im Umfang des allgemeinen Produktivitätsfortschrittes zu erhöhen.

Noch im April 2000 ging der Antrag der Bundesregierung an die EU-Kommission. Im Sommer antwortete die Kommission. Sie stimmte dem Antrag nicht zu und verwies auf die bestehenden Überkapazitäten im Schiffbau auf dem Weltmarkt. Die Landesregierung erinnerte daran, dass die Überlebensfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Werften gewährleistet werden müsse. Weitere Gespräche folgten dann auf unterschiedlichen Ebenen. Die Arbeitsebene war immer im Gespräch: Bund, Land, Brüssel.

Im November des Jahres 2000 gab es ein Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Müller und EU-Kommissar Monti. Monti lehnte damals eine Lockerung der Kapazitäten durch Aufstockung der 327.000 cgt weiter ab. Die Kommission machte deutlich, dass sie sich eine Lockerung, wenn überhaupt, nur durch eine Flexibilisierung vorstellen kann. Dazu sollte die Bundesregierung Vorschläge machen. Ebenfalls noch im November 2000 sprach Bundeskanzler Schröder mit Präsident Prodi und Kommissar Monti.

Das scheint Ihnen alles nicht bekannt zu sein, aber ich informiere Sie ja auch deshalb, Herr Born,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

damit Sie Ihre Meinung und Ihre Bewertung ändern können.

Die EU-Kommission erläuterte in diesem Gespräch ihre Position und forderte die Bundesregierung auf, Vorschläge zu unterbreiten. Ein neuer Vorschlag zur Entlastung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern wurde erarbeitet, maßgeblich durch die Landesregierung abgestimmt mit allen Beteiligten.

Nach gründlicher Abstimmung des Vorschlages ging im Februar 2001 dann die entsprechende Mitteilung der Bundesregierung an die EU-Kommission. Sie enthielt zwei wesentliche Elemente: Einmal sollten die Werften entlastet werden, indem Fremdleistungen aus der Kapazitätsberechnung herausgenommen werden, und zum anderen sollte den Werften in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre jährlichen Schiffbaukapazitäten flexibler zu nutzen.

Ende März wandte sich der vom Bundeskanzler persönlich beauftragte – und deshalb ist es ja auch Chefsache in Berlin, anders als Sie das dargestellt haben – maritime Koordinator der Bundesregierung Staatssekretär Dr. Gerlach an die EU-Kommission, an die Herren Monti und Verheugen sowie an Frau Schreyer, und bat um nochmalige Unterstützung bei der weiteren Behandlung des Themas innerhalb der Kommission.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also, wenn es Chefsache ist, dann muss der Chef dazu selber sprechen.)

Im April dieses Jahres ...

Nicht immer so voreilig mit den Bewertungen!

Im April dieses Jahres schrieb Staatssekretär Dr. Gerlach an EU-Kommissar Monti und forderte eine schnelle positive Entscheidung in der Sache ein.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In der Folgezeit habe ich dann – da war ich schon im Amt – in mehreren Gesprächen intensiv die gemeinsame Position von Landes- und Bundesregierung abgestimmt. Das war in Berlin, das war am Telefon, das war auch an anderen Orten.

Anfang Juli 2001 wandte sich Dr. Gerlach erneut an EU-Kommissar Monti. Im Gespräch zeigte sich die Kommission aufgeschlossen hinsichtlich einer Flexibilisierung der Schiffbaukapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern.

Mitte Juli des Jahres sprach mein Staatssekretär Herr Burke mit Herrn Schaub, dem Generaldirektor der EU-Wettbewerbskommission. Herr Schaub teilte mit, dass eine Entscheidung getroffen werde. Auf Arbeitsebene solle weiter an einer Präzisierung der Regelung gearbeitet werden. Anfang September des Jahres kamen Vertreter der Bundesregierung und der EU-Kommission zusammen, um Details des Vorschlages abzustimmen. Letzten Freitag fand noch eine Besprechung auf Arbeitsebene in Brüssel statt, wo letzte Details geklärt wurden. Nächste Woche findet ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Kommissionspräsidenten Prodi statt, in dem Kanzler Schröder unser Anliegen unterstützen wird. Anschließend wird die Bundesregierung die Angelegenheit noch einmal mit Kommissar Monti vertieft erörtern.

Meine Damen und Herren! Ich rechne mit einem positiven Ergebnis in den nächsten Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das haben
wir schon seit 1999 gehört.)

Wir haben jetzt einen aussichtsreichen Vorschlag erarbeitet, einen Vorschlag für eine Flexibilisierung der Schiffbaukapazitäten und eine wirksame Entlastung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Der Vorschlag hat zwei wesentliche Elemente, nämlich erstens eine Anpassung der cgt-Berechnung an die veränderten Produktionsverfahren auf unseren Werften und zweitens die Übertragung nicht ausgenutzter Produktionsmöglichkeiten ins Folgejahr oder von einer Werft auf die andere.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das wäre
schon mal ein ganz wichtiger Schritt.)

Zur solidarischen und kooperativen Nutzung freier Kapazitäten hat es vor zwei Wochen auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums eine Verständigung zwischen unseren Werften gegeben. Damit nimmt jetzt eine pragmatische Lösung Gestalt an, die unsere Werften ein ganzes Stück weiterbringen könnte. Damit sind wir zwar weit entfernt von dem, was wir alle am liebsten hätten, nämlich die völlige Beseitigung der Kapazitätsbeschränkungen, aber wir haben damit auch das Maximum dessen herausgeholt, was unter den gegebenen Umständen für unsere Werften zu erreichen ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn es
funktioniert, ist es schon in Ordnung.)

Voraussetzung ist aber, dass sich die Kommission jetzt positiv entscheidet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl.)

Wir bemühen uns, dass diese Entscheidung schnell kommt, damit unsere Werften möglichst schnell die klare Perspektive haben, die sie brauchen. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Neumann.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung soll berichten, welche konkreten Auswirkungen durch die EU-Kapazitätsbeschränkungen befürchtet werden, und die Regierung soll ausführlich darstellen, welche Maßnahmen beim Bund und der EU für eine Aufhebung der Kapazitätsbegrenzungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 unternommen wurden. Nun, dies hat der Minister gerade getan und ich danke ihm und der Landesregierung für alle Aktivitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Die im Antrag der CDU genannten Ansätze für konkrete Aktivitäten der Regierung, die im zweiten Teil des Punktes 2 des Antrages genannt sind, hinken den Ereignissen und Aktivitäten der Landesregierung meistens hinterher und sind deshalb genauso wenig hilfreich. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch völlig
unerheblich, ob Sie den Antrag ablehnen.)

Ja, bei Ihnen ist das ja auch nicht Chefsache, sonst wäre Ihr Chef ja da. Wenn es wirklich Chefsache wäre, wäre Ihr Chef ja da.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Ja, natürlich. –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Wenn wir Ihre Maßstäbe aufstellen, dann haben wir die Erklärung.

In der Forderung sind wir uns allerdings einig: Die Kapazitätsbeschränkungen sollten so bald wie möglich fallen!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber toll.)

Festzustellen ist aber auch, dass die CDU mit ihrem Antrag offensichtlich zugeben will, 1992 über die Folgen ihrer eigenen Aktivitäten nicht nachgedacht zu haben.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Das ist nicht so.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich frage
Sie ja nicht, wo Sie gelebt haben.)

Bitte tun wir doch nicht so, als hätte sich niemand die Folgen schon 1992 ausgerechnet. Und tun wir bitte nicht so, als wären auch diese Kapazitätsbeschränkungen nicht politisch gewollt gewesen, und zwar von allen Fraktionen in diesem Landtag.

Sie wissen, ich war damals noch nicht da,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

ich muss also ab und zu mal nachlesen in Protokollen, zum Beispiel der 64. Sitzung am 12. November 1992.

(Peter Ritter, PDS: 1992, hatte da Herr Born schon
Verantwortung im Land? Aber da war er schon.)

Ich möchte ganz bewusst auch in dieser Diskussion an den Ablauf der Ereignisse erinnern, um nicht länger den Eindruck im öffentlichen Raum stehen zu lassen, die Kapazitätsbeschränkungen seien ein übergeschnappter Willkürakt Brüsseler Bürokratie. Nein, sie waren politischer Wille der Mitgliedsstaaten, nicht einer anonymen Masse, und wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Während der Werftenkrise 1990 bis 1992 wurde unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Werften durch den damaligen Wirtschaftsminister Möllemann mit der EU über Investitionsbeihilfen in beträchtlicher Höhe verhandelt. 1992 wurden diese Beihilfen in Höhe von 4 Milliarden Mark unter einer Bedingung gewährt. Diese Bedingung lautete: Abbau der Produktionskapazitäten um 40 Prozent. Dieser Abbau sollte bis zum Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit – geschätzt wurde damals 1995 – erreicht werden und für zehn Jahre gelten. 1992 wurden also Vereinbarungen getroffen, die bis zum Jahr 2005 verbindlich sind. Die Folgen aus diesen Vereinbarungen sind seit 1992 in vielen Punkten ausrechenbar gewesen.

In Übereinstimmung mit der siebenten EU-Richtlinie von Schiffbauhilfen war es der Bundesrepublik möglich, nach fünf Jahren der Kapazitätsbegrenzungen einen Antrag auf Aufhebung der Lockerung der Kapazitätsbegrenzungen zu stellen. Diesen Antrag hat die Bundesregierung in Abstimmung mit der Regierung unseres Landes gestellt. Das sollte die CDU eigentlich noch wissen, denn im Frühjahr 1998 wurden die ersten Gespräche über die Formulierung eines solchen Antrages geführt. Damals

stellte die CDU mit Herrn Seidel den Wirtschaftsminister und mit Herrn Dr. Seite den Ministerpräsidenten.

Im Oktober 2000 konnte dieser Antrag dann eingereicht werden, aber unter Beachtung der Weltmarktsituation im Schiffbau, der benötigten Schiffsbaukapazität und unter dem Eindruck der Fördermittelpraxis in den neuen Bundesländern. Ich sage nur die Stichpunkte, die in der Diskussion eine Rolle spielen. Die zweite, dritte, vierte Privatisierung mit wiederholter Fördermittelvergabe, das Verschwinden von Fördermitteln im Cash-Management des Bremer Vulkan und auch die Schmiergeldaffäre um ELF-Aquitain spielten in der Diskussion eine wichtige Rolle.

Der Eindruck der Handhabung der Förderpraxis unter den CDU-Regierungen im Bund und im Land hat also in den anderen EU-Mitgliedsstaaten zur Ablehnung eines Antrages auf Aufhebung der Lockerung der Kapazitätsbegrenzungen geführt. Richtig ist, dass diese Kapazitätsbegrenzungen Hemmnisse in der weiteren Entwicklung unserer Werften aufbauen.

Die unmittelbare Auswirkung auf einen Abbau der Beschäftigtenzahlen ist aber nicht zwingend, sondern Folge der Verlagerung eines wirtschaftlichen Risikos auf die Beschäftigten. Die cgt-Begrenzung erstreckt sich nicht auf alle Tätigkeitsbereiche der Werften, sondern auf ein bestimmtes Sortiment. Wer sich rechtzeitig in der Produktion umgestellt hat, kann seine Werft auch auslasten.

Der Wettbewerbskommissar hat auf eine entsprechende Anfrage des Europaabgeordneten Dr. André Brie deutlich gesagt, dass aus seiner Sicht die Probleme des ostdeutschen Schiffbaus nicht ausschließlich in den cgt-Begrenzungen liegen, sondern in der fehlenden Anpassung an die weltwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen. Einer solchen Kritik sollten wir uns und auch die Werften ernsthaft stellen. Die Ursachen dafür wurden, wie gesagt, bereits 1992 geschaffen. Mit diesem Erbe müssen wir bei allem Blick in die Zukunft und auf die heutigen Probleme aber ehrlich umgehen und uns auch trauen, dies den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Werft in Wismar zu sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Gehen Sie mal hin da!)

Dazu komme ich noch.

Gleich nach der Regierungsübernahme 1998 hat die SPD-geführte Bundesregierung einen Koordinator für die maritime Wirtschaft eingesetzt, der die Prozesse um Häfen, Schiffbau und Seewirtschaft koordiniert und die Verhandlungen mit der EU intensiv unterstützt. Nach der Ablehnung des Antrages wurden die Verhandlungen weitergeführt. Das wurde hier umfänglich durch den Wirtschaftsminister deutlich gemacht. Ich sage ganz deutlich, dass wir die Vorschläge, die hier ausgearbeitet wurden, auch als PDS in diesem Landtag unterstützen,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

denn es sind Vorschläge erarbeitet worden, die zur Stabilität im gesamten Schiffbaubereich führen können. Die im Land zu schaffenden Voraussetzungen für die Verbesserung der Situation der Werften unter Einhaltung der durch die Verhandlungsergebnisse erzielten Kapazitätsbegrenzungen wurden mit der Vereinbarung der Werften zur Übertragung zeitweilig nicht genutzter Kapazitäten geschaffen. Wir hoffen, dass die EU-Kommission diesem Verfahren zustimmt, und wir nutzen auch als PDS unsere Möglichkeiten, dies zu unterstützen.

In der kommenden Woche wird die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken in Schwerin tagen. Wir haben es geschafft, dass die Abgeordneten aus zehn europäischen Ländern die Möglichkeit haben werden, direkt auf der Werft in Wismar mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung der Werft in Wismar in Gesprächen über die Situation zu diskutieren, um auch den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus anderen europäischen Ländern mal deutlich zu zeigen, wo unsere Probleme hier liegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn wir alle unsere Möglichkeiten nutzen und unser Mögliches tun, werden wir auch gemeinsam Lösungen für den wichtigsten Industriezweig in Mecklenburg-Vorpommern finden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Analyse der Vorredner angucke,

(Andreas Bluhm, PDS: Der Reden oder der Redner? – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

so habe ich wenig Hoffnung für unsere Werften. Da ist kein Feuer,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Oh, Herr Riemann! – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

da ist keine Leidenschaft, da ist keine Durchsetzungsfähigkeit im Interesse unserer Werften. Da werden die Probleme mit Telefonen und Briefen behandelt, anstatt direkt vor Ort auch mal auf den Tisch zu hauen in Brüssel und Berlin.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Herr Riemann, wir haben erst gestern über Hörschäden debattiert! – Karsten Neumann, PDS: Show löst es auch nicht.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurzarbeit in Wismar. Und wenn Sie sagen, ich habe keine Ahnung – ich habe die Peene-Werft in Wolgast seit 1992 begleitet.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, ja, der Erfolg ist Ihr Verdienst, ja, ja!)

Wir waren in Berlin bei der Treuhand, wir waren beim Ministerpräsidenten – Betriebsrat und Werftleitung gemeinsam –, damit wir diese Werft erhalten, denn niemand hat die Peene-Werft in diesem Land beim Bund und in der EU gebraucht,

(Gerd Böttger, PDS: Aber Sie!)

außer wir in Wolgast. Und das will ich so deutlich sagen, wenn Sie mir vorwerfen, ich hätte keine Ahnung. Da standen Ihre Genossen vor dem Werfttor. Da war ich in der Werft und habe mit der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat geredet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Wir waren genauso in der Werft wie Sie, Herr Riemann!)

Kurzarbeit in Wismar, die Alarmglocken läuten wieder einmal über den Werften des Landes. Der Landeswirtschaftsminister Ebnet begrüßt die schon lange bestehende Kooperation der Werften. Beim Besuch vor dreieinhalb Wochen auf der Peene-Werft gemeinsam mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Rehberg wurde deutlich, die Werften im Land erwarten von der Politik Hilfe und Unterstützung statt vollmundiger Versprechungen seit Jahren aus Berlin und Schwerin. Statt vollmundiger Versprechungen, meine Damen und Herren!

(Gerd Böttger, PDS: Erst seit drei Jahren?)

Es ist doch nicht normal, und das sage ich hier so deutlich, es ist kostentreibend, wenn 60 Mitarbeiter der Werft in Wolgast Woche für Woche in Bremen Schiffbauaufträge abarbeiten, die Wolgast akquiriert hat. Und ich habe mir einmal die Mühe gemacht, meine Damen und Herren, alle Presseerklärungen, alle öffentlichen Versprechungen dieser Landesregierung seit 1999 zu den Lockerungen der Kapazitätsbeschränkungen anhand der „Pressespiegel“ und Pressemitteilungen durchzusehen. Und, meine Damen und Herren, es sind mehr als 130 Mitteilungen über die letzten drei Jahre, Mitteilungen, wenn man sie heute einmal an dem tatsächlich Erreichten misst, die vom Versagen der Bundes- und Landesregierung künden

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und die sich in dem Zitat des Rostocker IG-Metallvertreters Rüdiger Klein zusammenfassen lassen: „Wenn Südkorea die deutschen Autohersteller ebenso schocken würde wie die Schiffbauer, dann würde sich der Bundeskanzler Schröder die Hacken ablaufen.“ – OZ vom 06.11.1999.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so.)

Und gerade deshalb, Herr Sellering, danken wir nicht Herrn Schröder für die Sommerreise, wo er einen großen Bogen um die Werften und die Probleme der Werften gemacht hat. Gerade deshalb danken wir ihm nicht für diese Sommerreise

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh, auf das Thema habe ich gewartet! Das musste ja kommen!)

und haben ihm auch nicht zu danken.

(Gerd Böttger, PDS: Aber Frau Merkel war dort. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich darf Ihnen vielleicht noch einige Zitate, die schlaglichthaft von den Bemühungen künden und von den Ankündigungen vor allem künden, hier zum Anhören geben.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Januar 1999: „Ringstorff erwartet Lösung der Werftenkapazitäten bis Ende März“. Zitat: „Nach seinen Gesprächen mit EU-Wettbewerbskommissar Karel van Miert erwartet der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Dr. Harald Ringstorff eine Lösung im Streit über die Kapazitätsprobleme der ostdeutschen Werften bis Ende März.“ Bis Ende März 1999, meine Damen und Herren!

Und der Kollege Born hat hier ja schon ausgeführt, dass die Werften sich auf diese Zusage verlassen haben. Sie haben Aufträge akquiriert und nun stehen sie mit den Aufträgen da und dürfen sie nicht abarbeiten, ansonsten gibt

es Sanktionen. Ich kann das nicht verstehen, dass man solche leichtfertigen Äußerungen in der Öffentlichkeit macht, wenn man nichts in der Hand hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Minister Eggert – es war ja Wahlzeit, am 6. Mai 1999, Kommunalwahl, erinnern Sie sich bitte dran – auf einer entsprechenden Versammlung auf der Kvaerner Warnow-Werft, ich zitiere aus der „Schweriner Volkszeitung“ vom 6. Mai: „Einen entsprechenden Beschluss der EU hoffe man noch in diesem Jahr zu erreichen, sagte Wirtschaftsminister Rolf Eggert auf einer Betriebsversammlung der Kvaerner Warnow-Werft in Warnemünde. Bereits am heutigen Donnerstag werde mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung Rolf Schwanitz erneut an einer entsprechenden Begründung gearbeitet. Und wir werden uns von Ihnen daran messen lassen, ob wir dieses Ziel erreichen.“, versprach Minister Eggert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört! –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Jawohl, Herr Ministerpräsident Ringstorff, Sie müssen sich daran messen lassen, wie Sie dieses Ziel erreicht haben. Und Sie haben dieses Ziel nicht erreicht, dann sollten Sie dieses auch deutlich eingestehen.

Am 21. Mai 1999 verhandeln Eggert und Schwanitz in Brüssel über die Schiffbaukapazitäten. Mit welchem Ergebnis? Bonn und Schwerin sprechen da mit einer Stimme. Ich habe nur Schweigen gehört.

(Andreas Bluhm, PDS:
Na, Sie hören ja sowieso nie zu.)

Es hat keine Initiative des Bundeskanzlers gegeben, mit der er deutlich gemacht hat, er steht zu diesen Werften

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

und er fordert von der EU eine Lockerung der Kapazitätsbeschränkungen. Bei Holzmann, da war er sich nicht zu schade, medienwirksam einzugreifen, aber die Ostwerften interessieren ihn nicht. Hier sind zu wenig Wähler. Und das müssen wir den Menschen draußen im Land auch sagen.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS)

Juni 1999: „Rolf Schwanitz kündigt Bonner Vorstoß gegen die Schiffsbauquoten an“

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das bezweifle ich. – Ute Schildt, SPD:
Das haben wir doch alles selbst gelesen!)

„Rolf Schwanitz hat einen Vorstoß der Bundesregierung in Brüssel zur Aufhebung der Schiffsbauquoten für die ostdeutschen Werften angekündigt. Bonn werde unmittelbar nach der Besetzung der neuen EU-Kommission nach der Europawahl den Ausstieg aus den Neubaubegrenzungen zum Jahr 2001 beantragen, sagte Schwanitz am Donnerstag bei einem Besuch auf der Peene-Werft in Wolgast.“

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wahlzeit, meine Damen und Herren, Wahlversprechen! So schnell, wie Sie sie versprochen haben, haben Sie Ihre Versprechungen gebrochen.

(Reinhard Dankert, SPD: Geht es Ihnen um Wahlen oder geht es Ihnen um die Werften, Herr Riemann?)

05.11.1999: ...

Ja, es geht um die Werften,

(Reinhard Dankert, SPD: Dann reden Sie auch von den Werften und nicht von den Wahlen! Machen Sie Ihren Wahlkampf in Klein-Koserow!)

es geht um die Arbeit dieser Landesregierung, die Arbeit dieser Bundesregierung im Interesse des Landes und der Werftarbeiter, und das müssen wir heute hier auch beleuchten, was Sie hier erreicht haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja!)

Das ist die Aufgabe der Opposition, das auch mal deutlich darzustellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

November ...

(Ute Schildt, SPD: Nein, Sie verstehen die Aufgaben falsch.)

Wir haben ...

(Andreas Bluhm, PDS: Was haben Sie denn getan?! – Karsten Neumann, PDS: Hören Sie auf, die Koalition schlechtzureden!)

Ich gebe Ihnen den Stapel Pressemitteilungen,

(Karsten Neumann, PDS: Die Pressemitteilungen sind doch nicht der Maßstab. – Kerstin Kassner, PDS: Wir wollen wissen, was Sie erreicht haben konkret, und keine Versprechungen.)

was wir unternommen haben, sowohl über den Fraktionsvorsitzenden, sowohl über unsere Bundestagsfraktion, sowohl über die Europaabgeordneten, die im Parlament sitzen. Aber wir sind nicht in der Regierung. Und eine Regierung hat mehr Möglichkeiten in den Verhandlungen. Das wissen Sie ganz genau, Herr Bluhm, dass eine Regierung auch innerhalb der Kommission Angebote machen kann, die zu einer Lockerung führen.

(Zurufe von Eckhardt Rehberg, CDU, und Andreas Bluhm, PDS)

Im November 1999 hat Herr Eggert angekündigt, ein entsprechendes Papier für die Lockerung der Kapazitätsgrenzen wäre gegenwärtig vorbereitet. Wie viele Papiere haben Sie denn überhaupt ausgearbeitet oder haben Sie so lange an dem Papier gearbeitet? Das war ja schon Anfang Januar 1999, wo Papiere erarbeitet werden sollten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: So macht man keine Politik in dieser diffizilen Frage.)

Im Februar 2000 hat Herr Ringstorff sich wiederholt für die Lockerung der Kapazitätsobergrenzen beim Schiffbau im Nordosten ausgesprochen. „Die Werften brauchen eine Chance. Ab 2001 besteht die Chance.“, so Herr Ministerpräsident Ringstorff. Sie haben die Chance nicht genutzt.

Am 16. Februar 2001: „Ringstorff setzt auf Norwegen“. Und was hat Norwegen uns geholfen, Herr Ministerpräsident? Können Sie das dem Parlament erläutern? Herr Eggert hat es heute nicht getan.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, Ebnet. Herr Eggert ist aus dem Spiel. – Karsten Neumann, PDS: Er ist auch nicht mehr da.)

Entschuldigung, Herr Ebnet.

Am 13. Juni 2000 – „Ringstorff: Schiffbauquote lockern“. Auf einer Konferenz der nationalen maritimen Wirtschaft hat das der Ministerpräsident gefordert und er sagte dort, Brüssel müsse für die Lockerung der Kapazitätsobergrenzen sorgen, damit die Ostwerften auf Dauer wettbewerbsfähig blieben. Wir hören heute aus den Reihen der PDS, die Werften sind selber schuld. Das ist das erste Mal, dass ich das so vernommen habe, dass sie hier nicht ordentlich arbeiten.

(Karsten Neumann, PDS: Er hat jetzt nicht richtig zugehört.)

Und dann Herr Eggert am 17. Juni in der „Schweriner Volkszeitung“: „Das wird unweigerlich zur wirtschaftlichen Existenzbedrohung der Werften und ihrer Zulieferbetriebe im Land führen.“ Und wenn man sich heute Herrn Ebnet anhört, es ist alles paletti.

(Angelika Gramkow, PDS: Hat er doch gar nicht gesagt. – Karsten Neumann, PDS: Sie haben wieder nicht zugehört.)

Wir kriegen das schon hin und wir kriegen das in zwei, drei Wochen hin. Die Werften sind nicht bedroht

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und wir reden das Land schlecht.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie hören nur das, was Sie hören wollen.)

Am 14. Juni, da war Herr Ebnet schon Wirtschaftsminister: „Das Land kämpft gegen die Schiffsbaugrenzen und wir werden die Flexibilisierung dort erreichen.“ Bis heute noch nicht! Ich bin gespannt, Herr Minister Ebnet, und auch die Werften sind gespannt, davon konnten wir uns in Wolgast überzeugen, wie Sie hier Regierungshandeln im Interesse der Menschen, im Interesse der Werften ausüben. Und ich sage Ihnen deutlich: Viel Hoffnung haben die Werften und ihre Werftarbeiter auf diese Landesregierung und auf diese Bundesregierung nicht.

(Reinhard Dankert, SPD: Außerdem glauben sie Ihnen nicht.)

Das ist beim Besuch in der Peene-Werft herausgekommen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Das ist ja unverantwortlich, was Herr Riemann hier macht! – Karsten Neumann, PDS: Das ist das Ziel Ihrer Arbeit!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat uns hier einen Antrag vorgelegt, der einen Bericht fordert über die Auswirkungen der EU-Kapazitätsbegrenzungen auf die wirtschaftliche Situation der Werften im Land. So weit, so gut. Ich glaube, alle Abgeordneten hier im Raum sind an einem

Bericht über diese Lösungen interessiert und auch an einer Lösung des Problems,

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

soweit wir als Abgeordnete Einfluss auf diese Problematik haben.

Minister Ebnet hat einen sehr umfangreichen Bericht geliefert, hat uns sehr detailgetreu, chronologisch und in den Inhalten einzelne Verhandlungspunkte dargestellt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Er hat die Pressemitteilungen noch mal wiederholt.)

Herr Riemann, Sie haben von Leidenschaft gesprochen. Das waren alles Strohfeuer. Wenn es Ihnen als Opposition wirklich um die Sache ginge,

(Wolfgang Riemann, CDU: Mir geht es um die Sache.)

hier etwas für die Werften zu bewegen, hätten Sie zugehört,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ich habe zugehört.)

hätten Sie gewertet, das, was wirklich passiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Er hat nur das noch mal wiederholt, was vor Jahren gesagt wurde.)

Aber es geht Ihnen nicht um die Sache, Herr Riemann!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es geht Ihnen nicht um die Sache, es geht Ihnen darum, eine Schwarze-Peter-Karte zu ziehen!

(Siegfried Friese, SPD: Richtig. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und das ist nicht angebracht, denn die Situation für die Beschäftigten in den Werften ist viel zu ernsthaft, viel zu schwierig. Wir sind verantwortlich dafür, alles zu tun, was es zu tun gibt und was möglich ist.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein schöner Satz gewesen eben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Minister hat dargelegt, welche weiteren Schritte zu gehen sind, welche Schritte möglich sind.

(Harry Glawe, CDU: Eine richtige Sprechblase eben.)

Und das wird auf den Weg gebracht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Der Inhalt ist gleich null.)

Sie sollten zuhören,

(Harry Glawe, CDU: Wir hören zu.)

Sie sollten es im Protokoll noch einmal nachlesen und Sie sollten auch in dieser Richtung mit den Werftarbeitern sprechen, so, wie wir es tun!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Jaja, jaja. Wir sind begeistert von Ihnen. – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Aus diesem Grunde betrachten wir das Anliegen dieses Antrages mit dem Bericht des Ministers für erledigt.

(Siegfried Friese, SPD: Schreien ist leichter. – Harry Glawe, CDU: Wir haben solange mit ihnen gesprochen, bis sie auf die Straße gehen.)

Verfahrenstechnisch werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich muss eher sagen, meine Herren von der CDU,

(Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

was Sie hier aufführen, finde ich unwürdig und schäbig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Was hilft dieser Klamauk, den Sie veranstalten, den Werftarbeitern in Mecklenburg-Vorpommern? Sie wollen nicht zuhören.

(Harry Glawe, CDU: Wir lassen uns nicht beschimpfen!)

Sie sind zu einer ernsthaften Debatte nicht fähig. Und, Herr Dr. Born, wir haben schon öfter über den Schiffbau in diesem Land gesprochen. Ich habe Ihnen mehrfach gesagt:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich rede den Bremer Vulkan schlecht, haben Sie mir damals vorgeworfen.)

Ich lasse mich in meinem Engagement für die Werften in diesem Land von keinem – auch nicht von Ihnen – übertreffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS –

Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das merken wir!)

Meine Damen und Herren, wie war denn die Ausgangssituation?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Reinhardt Thomas, CDU: Die Ausgangssituation war, dass die SPD ...)

Wie war die Sprachregelung im alten Bundesgebiet? Wir brauchen die ostdeutschen Kapazitäten nicht. Sie sind überflüssig. Der Weltmarkt braucht sie nicht und wir brauchen sie vor allen Dingen in der Bundesrepublik nicht. Wir haben dafür gekämpft. Und es sind viele gewesen, an der Spitze vor allem die Werftarbeiter, die dafür gesorgt haben, dass dieser für das Land wichtige Industriezweig erhalten werden konnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Voraussetzung war für die Gewährung der Sanierungsbeihilfen – ohne die wären die Werften nicht wettbewerbsfähig gewesen – die bittere, bittere Zustimmung zu den Kapazitätsobergrenzen. Der Wirtschaftsminister hat dazu etwas gesagt. Und ich unterstelle hier keinem in diesem Raum, dass er nicht im Interesse der Werften diese Anhebung der Kapazitätsobergrenzen will. Es haben sich mehrere Wirtschaftsminister bemüht. Ich habe oft auf die Ungerechtigkeiten hingewiesen, die es gibt. Wir verlieren ja sogar relativ Anteile am Weltschiffbaumarkt, weil der seit der Festlegung dieser Kapazitätsobergrenzen um jährlich circa fünf Prozent zugenommen hat. Wir stagnieren mit unserer Kapazität, verlieren da also relativ Anteile.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Aber, meine Damen und Herren, wir sind nicht allein in der Europäischen Union und wir sind auch nicht allein in Deutschland. Was glauben Sie, wie oft ich mir habe anhören müssen, die Industrie in Deutschland möge sich erst einmal einig werden? Es sind auch andere aus der Bundesrepublik bei der Kommission gewesen, die kein Interesse daran hatten, dass die Obergrenzen bei uns angehoben werden. Ich bin froh, dass seit einiger Zeit der Verband für Schiffbau und Meerestechnik sich endlich eindeutig hinter unsere Forderungen stellt, denn ich denke, angesichts der Entwicklung, über die hier viel gesagt worden ist, ist das, was wir zu verkraften haben, ungerecht.

Aber eines sage ich Ihnen auch, Herr Riemann: Mit Ihrem Auftreten, so, wie Sie sich gebärden, Sie würden nicht einen einzigen kleinen Schritt erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Karsten Neumann, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Zumindest war ich
dabei, als die Peene-Werft gesichert worden ist.)

Mit Erpressungspolitik gegenüber anderen europäischen Staaten erreichen Sie nichts! Sie müssen überzeugen, Sie müssen die Dinge darstellen und dann darauf hoffen, dass es eine vernünftige Entscheidung im Interesse der ostdeutschen Werften gibt! Aber mit der Brechstange, mit dem Auf-den-Tisch-Hauen dort schaffen Sie nichts!

(Harry Glawe, CDU: Sie haben das
doch früher immer selbst gefordert.)

Ja, ich fordere es immer!

(Harry Glawe, CDU: Sie
haben das immer gefordert.)

Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Und dann
müssen Sie es auch mal umsetzen.)

ich habe Ihnen gesagt, ich lasse mich nicht von einem Ihrer Krakeeler im Einsatz für die Werften übertreffen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

auch nicht von Herrn Riemann.

(Zurufe von Abgeordneten der CDU)

Auch nicht von Herrn Riemann!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Dr. Ringstorff, machen Sie sich das mal bewusst!)

Und,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Jeglichen politischen Anstand vergessen Sie hier!)

und es ist tatsächlich so, ...

Sie sind doch nicht einmal fähig zuzuhören,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Harry Glawe, CDU: Nein!)

weil Sie Wahrheiten nicht hören mögen!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wir lassen
uns von Ihnen nicht anschreien.)

Und es ist tatsächlich so,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist unter
aller Würde, was Sie hier veranstalten!)

dass es schien, dass die Kommission schon früher entscheiden wollte,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So benimmt
man sich nicht als Ministerpräsident!)

aber es hat immer wieder Interventionen auch anderer Staaten gegeben, die nicht damit einverstanden sind, weil es nicht in ihrem Interesse liegt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine Schande!)

dass unsere leistungsfähigen und hoch produktiven Werften mehr bauen können. Das ist die Situation, meine Damen und Herren.

Ich kann Sie nur auffordern: Legen Sie Ihr unwürdiges Verhalten ab! Das hilft den Werftarbeitern,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Sie sind nicht
unser Erziehungsberechtigter.)

das hilft den Werftarbeitern im Land nicht.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Unterstellen Sie keinem einzigen Landespolitiker in diesem Land,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn sich
einer unwürdig benimmt, dann sind
Sie das mit solchen Äußerungen.)

dass er sich nicht mit aller Kraft für die Erhöhung der Kapazitätsobergrenzen einsetzt! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Parlament erwartet aber auch von der Landesregierung, unparlamentarische Worte nicht zu gebrauchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU –
Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Natürlich hat die Situation auf den Werften eine Vorgeschichte. Und, Herr Ministerpräsident, ich habe gestern davon gesprochen, dass man, wenn man die richtige Schamesröte hat, Fallschirm springen kann unter dem Teppich. Wenn Sie gelegentlich einmal Zeit haben sollten – ich nehme mir die Zeit gelegentlich und lese mir Reden aus den Jahren 1991/92 in diesem Landtag durch –, dann lesen Sie sich bitte auch Ihre eigenen Worte von damals durch! Sie haben damals sowohl Alfred Gomolka als auch Berndt Seite unterstellt, ebenso dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, Theo Waigel und Günther Krause, dass sie

sich eben nicht für die Werften hier in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

(Gerd Böttger, PDS: Das war richtig.)

Lesen Sie sich Ihre eigenen Worte noch einmal durch, Herr Ministerpräsident! Und wenn Sie weiter Zeit haben, denken Sie noch mal über Ihr eigenes Tun von damals nach, wie Sie vor der Staatskanzlei in der Schlossstraße agiert haben!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und akzeptieren Sie heute gerechtfertigte Kritik, denn Sie haben uns beschimpft, Sie haben mich als einen Krakeeler bezeichnet, nicht nur mich, sondern alle Kollegen der CDU-Fraktion, die hier sitzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine
Unverschämtheit! – Siegfried Friese, SPD:
Den Beweis haben wir hier heute ja erlebt.)

Herr Ministerpräsident Ringstorff, Sie sind Ministerpräsident dieses Landes. Und wenn Sie unser Verhalten als unwürdig und schäbig bezeichnen, dann fragen Sie sich doch bitte selber, wo liegt Ihre eigene Messlatte heute und in den vergangenen Jahren seit 1990!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da die Situation bei den Werften eine Vorgeschichte hat, will ich Ihnen eines sagen: Es ist sicher dem Engagement insbesondere auch der Werftarbeiter zu verdanken – ich frage mich ganz besonders, warum sind die heute nicht auf der Straße. Werden die von ihren Gewerkschaftschefs nicht losgelassen, weil es das gleiche Parteibuch ist, wie es Herr Schröder und Herr Ringstorff in der Tasche tragen? Oder warum?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und CDU – Karsten Neumann, PDS: Es kann
nicht wahr sein! Das kann nicht wahr sein!)

Aber die andere Seite 1991/92 war, dass es einen Bundeskanzler gab, der sich eben trotz vieler Widerstände – sicher in einer anderen Zeit als heute, zwei, drei Jahre nach der Deutschen Einheit – durchsetzen konnte und ein Paket geschnürt hat. Das Paket waren damals portugiesische Textilindustrie, italienischer Stahl und Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist die Wahrheit und keine andere!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Es hat noch nie in der Geschichte Europas, der Europäischen Union solch hohe Subventionstatbestände gegeben zur Erhaltung von Industrie, noch niemals! Das heißt, dass teilweise weit über 90 Prozent der Investitionen auf den Werften – und ich kritisiere das nicht, ich stelle das nur fest – durch die öffentliche Hand finanziert worden sind, leider teilweise zweimal durch die kriminellen Aktivitäten der Führungsspitze des Bremer Vulkan. Und im Gegenzug hatten wir die Kapazitätsobergrenzen schlucken müssen.

Aber, Herr Ministerpräsident Ringstorff, damals wurde diese Verhandlung hier nicht ständig auf dem Tisch ausgebreitet, sondern man hat hinter verschlossenen Türen verhandelt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So ist doch auch
das Ergebnis. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das war auch gut so.)

Und das Ergebnis war,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

dass die Werften eine Überlebenschance bekommen haben. Das ist das Entscheidende!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das war das Entscheidende, dass Milliarden, weit über 1 Million DM pro Arbeitsplatz auf den Werften durch die öffentliche Hand investiert worden sind und dass sich erst danach, beim ersten und beim zweiten Mal, Private gefunden haben, diese Werften zu übernehmen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so
ist das. – Harry Glawe, CDU:
Das hat die SPD alles vergessen.)

Und jetzt, Herr Ministerpräsident Ringstorff, hätte ich erwartet, dass Sie das, was Sie heute in aller Klarheit und Deutlichkeit gesagt haben, auch gegenüber den Geschäftsführern der Werften sagen. Es gibt natürlich unterschiedliche Interessen in Deutschland. Auf der einen Seite die Werften in den westlichen Bundesländern, insbesondere Niedersachsen, dem Heimatland von Bundeskanzler Gerhard Schröder, das ist doch eine Tatsache,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und eben die Interessen der Werften in Mecklenburg-Vorpommern – das ist die erste Hürde. Und dann gibt es eine zweite Hürde, das ist die Interessenlage in der Europäischen Union. Was Sie gemacht haben, ist, öffentlich und bei kleinen Talkrunden die Erwartung zu wecken, zum 31.12.2001 gehen die Kapazitätsobergrenzen hoch – und die Prüfklausel, die war damals, 1992, auch schwierig reinzubringen –, werden flexibilisiert oder was auch immer. Und der eine hat sich auf den Werften darauf mehr eingestellt, vielleicht in Wismar, und der andere hat sich darauf weniger eingestellt, weil er Ihren Worten nicht so geglaubt hat.

Was ich Ihnen insbesondere vorwerfe, Herr Ministerpräsident, man verhandelt hinter der Zimmertür und nicht auf dem Pressemarkt. Und die Zitate, die der Kollege Riemann gebracht hat, die haben Erwartungen geweckt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

bei den Geschäftsführern, bei den Werftarbeitern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. Genau so ist es.)

Ich kann Ihnen nur eindringlich sagen, Sie haben die verdammt Pflicht als Ministerpräsident dieses Landes, diese Erwartungen, die Sie selber öffentlich geweckt haben, auch zu erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist der entscheidende politische Fehler, den Sie gemacht haben. Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie sich nicht engagiert haben. Das ist gar nicht der zentrale Punkt.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist doch
schon mal eine gute Feststellung.)

Und wenn die Bohle eben dick ist und Sie vielleicht einen scharfen Bohrer in der Hand haben, dann hat der

Bundeskanzler aber offenbar einen sehr, sehr stumpfen Bohrer in der Hand. Und Herr Schwanitz, ich glaube, der sitzt ja in Ihren eigenen Reihen, ist auch deutlich in der Kritik.

(Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Lutz Brauer, CDU)

Ich sage Ihnen eines voraus, Herr Ministerpräsident Ringstorff: Wenn der Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht in der Lage ist, in Gesamteuropa ein politisches Paket zu packen, dann wird dieses Problem nicht gelöst werden können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Das ist die zentrale Frage!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich hoffe ganz einfach, Herr Ministerpräsident, dass Ihr Einfluss – wie unser Einfluss 1992, der dazu geführt hat, dass die Werften eine wirklich faire Chance bekommen haben – groß genug ist. 1992 haben sie die Chance bekommen zu starten, sie haben dann die zweite Chance bekommen zu überleben und ich hoffe, dass sie jetzt endgültig die Chance bekommen, auch im Jahr 2005 noch alle bestandsfähig und wettbewerbsfähig zu sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2268. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? –

(Karsten Neumann, PDS: Der
Antrag sagt nichts, Herr Rehberg. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2268 ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Gleichberechtigte Sicherheit für alle Regionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2267.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Gleichberechtigte Sicherheit für alle Regionen
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2267 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Vorlage des umstrittenen Eckpunktepapiers versucht der Innenminister, seinen Polizeibeamten klar zu machen, dass man mit der Streichung von Polizeivollzugsstellen, die einhergehen mit steigenden Belastungen bezogen auf jeden einzelnen Vollzugsbeamten, mehr Sicherheit und Bürgernähe erreichen kann. Diesen Spagat haben übrigens alle Hamburger Innensenatoren auch schon versucht. 900 Polizeivollzugsstellen sind abgebaut worden. Die katastrophalen Folgen dieser Sicherheitspolitik sind in Hamburg für jedermann sichtbar. Verzweifelt gibt die Hamburger Polizei

nunmehr den Opfern von Straftaten den Rat, Zivilgerichte einzuschalten, um den Tätern damit den Kontakt zu ihren Opfern zu verbieten. So weit sind wir Gott sei Dank in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht, weil wir mit unseren Innenministern bis 1998 Grundlagen geschaffen haben, an denen Sie so schnell nicht rütteln können.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS)

Aber wie heißt es so schön? – Wehret den Anfängen!

Mit den Weichenstellungen von Dr. Timm gibt es nicht mehr, sondern leider weniger Sicherheit in diesem Land. Das Personalentwicklungskonzept vom vorigen Jahr entpuppte sich als reines Stellenstreichkonzept für die Landespolizei. 177 Vollzugsstellen werden bis 2006 gestrichen. Für drei neue Autobahnstationen benötigten wir eigentlich 150 Vollzugsbeamte mehr. Die Polizeiorganisation orientiert sich also vor allem an dem Abbau von Polizeivollzugsbeamten. Wir haben immer davor gewarnt, dass die Konzentration der Streifenfahrzeuge in den Polizeirevieren zu Lasten der Polizeistationen und damit zu Lasten der Polizeipräsenz in der Fläche geht. Die ersten Bestätigungen dafür liegen bereits vor. Und wir haben immer gesagt, dass das Polizeiorganisationsgesetz nicht losgelöst von den Strukturveränderungen unterhalb der Direktion beschlossen werden kann.

Dr. Timm hat für seine Pläne offensichtlich auch sehr großen Erklärungsbedarf. In seiner Presseerklärung vom 13.09. ist Folgendes nachzulesen: „Wir haben ... die höchste Polizeidichte ... die höchste Kriminalitätsbelastung ... die höchste Belastung mit tödlichen Verkehrsunfällen. Deshalb führt kein Weg vorbei an Veränderungen, auch in der Organisation“, um Aufgaben besser zu erledigen. Der Vergleich höchste Polizeidichte mit höchster Belastung entstellt die Fakten. Es sei denn, er will damit kundtun: Wir haben trotz hoher Belastung die höchste Polizeidichte, also können wir Stellen abbauen.

Ihre „Nebelkerze Polizeidichte“ ist schon lange kein Maßstab mehr für die Belastung der Polizei. Vor allem die Fläche steht in direktem Zusammenhang mit der polizeilichen Reaktionszeit und damit mit dem so genannten Belastungsindex Polizei. Sie aber ziehen sich mit Ihrer Struktur – und das sehen wir jetzt – aus der Fläche zu Lasten der Sicherheit der Bürger zurück. Entscheidend ist die Anzahl der Polizeivollzugsbeamten pro 100 Quadratkilometer, 100 Kilometer Straße sowie bei Verkehrsunfällen pro 100.000 Einwohner. Hinzu kommt der Bezug auf die polizeiliche Kriminalstatistik, also Fälle pro Beamte. Und da liegen wir in Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze in Deutschland. Die Mehrbelastungen durch weit über 4 Millionen Touristen mit 18,3 Millionen Übernachtungen sowie durch den maritimen Tourismus und durch die zukünftige Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung bleiben davon noch unberührt.

(Peter Ritter, PDS: Das ist doch die blanke Unterstellung, Herr Thomas. Alle, die aus dem Osten kommen, sind Verbrecher, oder was? – Kerstin Kassner, PDS: Ooh!)

Langfristig wird sich der Tourismus auch nur positiv entwickeln können, wenn wir mit dem Markenzeichen Sicherheit für das Tourismusland M-V werben können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Laut Presseerklärung möchte der Innenminister für die Bürgerinnen und Bürger erreichen, dass die Polizei stärker

auf der Straße präsent ist. Das werden Sie aber mit Ihren Plänen und mit Ihren Streichkonzepten niemals erreichen können. Eins und eins ist nun mal nur zwei!

Als wesentliche Ziele der Organisationsveränderung nennt der Minister in seiner Presseerklärung vier Punkte:

1. Verstärkung der Polizeipräsenz in der Fläche

Mit Stellenabbau und Rückzug schwächen Sie die Präsenz in der Fläche. Die Bestätigung für unsere Argumente lieferte der Innenminister in seiner eigenen Presseerklärung gleich mit, indem er sagte, dass die Polizeistationen zwar erhalten bleiben, aber nur noch mit einem Kontaktbeamten besetzt sind, das heißt bis 16.00 Uhr. Es gibt also keinen Kontaktbeamten mehr, der auf die Bürger zugeht, sondern nur noch einen, der am Schreibtisch sitzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. –

Gerd Böttger, PDS: Das ist doch Quatsch.)

Das steht in der Presseerklärung. Können Sie mal nachlesen!

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Von so einer Polizeipräsenz wie bei der Anordnung des Ministers zur Erstürmung der CDU-Fraktionsräume zur Sicherstellung toter Vögel

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

können die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes nur träumen.

2. Intensivierung der Verkehrsüberwachung

Es bleibt das Geheimnis der Koalitionäre, wie Sie das nach der Zerschlagung der Inspektion Zentrale Dienste absichern wollen. Das für die Verkehrsüberwachung speziell ausgebildete Personal wurde dezentral verteilt. Das geht eben zu Lasten der Wirksamkeit von Verkehrskontrollen.

3. Verbesserung der polizeilichen Sachbearbeitung

In den Polizeistationen erfolgt nach eigenen Angaben also keine bürgernahe Sachbearbeitung mehr, weil das Personal fehlt. Der Weg zum Sachbearbeiter wird also länger. Die Umwandlung der Kriminalkommissariate der aufgelösten Polizeiinspektionen in Kriminalkommissariatsaußenstellen führt zu Reibungsverlusten, weil laut Innenminister vom Februar 2000 in den Revieren nur noch Kleinkriminalität behandelt werden soll, die Sachbearbeitung dazu aber parallel weiterläuft. Wie soll das gehen? Also Zuständigkeitsprobleme sind vorprogrammiert.

4. Entlastung der Polizei von vollzugsfremden Tätigkeiten

Dazu haben wir seit Jahren nichts von Ihnen gehört und dafür gibt es auch keinerlei Ansatzpunkte in den Papieren. Das Schreibpoolprojekt im Rahmen des verstärkten Einsatzes von Tarifbeschäftigten ist von diesem Innenminister auf Eis gelegt worden. Wir haben es initiiert.

Die Presseerklärung von Dr. Timm macht deutlich, dass wir die bestehenden und die absehbaren Sicherheitsdefizite aufgreifen müssen. Und hinzu kommt noch ein Punkt: Mit der Umsetzung von Änderungen in der Polizeistruktur werden jetzt auch Dienstpostenbewertungen durchgeführt. Diese Bewertung entspricht weder den Erwartungen der Beamten noch den realen Anforderungen im Polizeivollzugsdienst. Sie orientiert sich nicht an den tatsächlichen fachlichen und dienstlichen Anforderungen, sondern

nur an dem, was die Finanzministerin bis 2006 glaubt finanziell für die Polizei leisten zu können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist genau der Punkt.)

Beim Streifendienst hält sich das noch in Grenzen, auf die wichtige mittlere Führungsebene wirkt sich das aber völlig demotivierend aus. Auch das ist leider das Ergebnis von Plänen, mit denen kein Polizist mehr auf die Straße kommt, die Polizei aber weiter demotiviert wird.

Nunmehr bahnt sich ein neues Problem an. Die Polizeidienststellen sollen aus angeblichen Kostenersparnisgründen zentral verwaltet werden. Wir hörten es gestern. Mit der Verwaltung der Liegenschaften aller Polizeidienststellen werden die Arbeiter und Angestellten mit übernommen. Und hier fürchten wir den Abbau von Stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Dabei handelt es sich um spezialisierte Fachkräfte, die für die Wartung, Reparatur, Logistik und Sicherheit sowie für den Einsatz bei Großlagen unentbehrlich sind. Wenn dieser für die Einsatzbereitschaft der genannten Polizeitechnik unentbehrliche Dienst jetzt auch noch ins Visier der Finanzministerin gerät, wird das katastrophale Folgen für die Einsatzbereitschaft der gesamten Landespolizei haben. Die Pläne der Landesregierung sind eine Schwächung der rückwärtigen Dienste. Diesen neuen Plänen können wir nicht zustimmen. Doch seit der gestrigen Rede von Frau Kollegin Gramkow habe ich die Hoffnung, dass wenigstens das thematisiert wird. Und wenn die Finanzministerin Geld braucht, dann soll sie mal beim Holter-Ministerium streichen. Da wird nur für unsinnige Projekte und für Vetternwirtschaft Geld zum Fenster herausgeworfen.

(Peter Ritter, PDS: Wie zum Beispiel Jugend- und Schulsozialarbeit. Das ist ja für Sie unsinnig.)

Sicherheit muss oberste Priorität für uns haben.

(Peter Ritter, PDS: Sie sind ein Sicherheitsexperte! Mann, Mann, Mann! Und das am Freitagmittag!)

Und wir werden nicht umhinkommen, den Begriff „Sicherheit“ neu zu definieren. Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern müssen nach den Ereignissen der vorigen Woche in der Lage sein, neue Fahndungsmethoden logistisch schnell umzusetzen und große Fahndungsaktionen über einen längeren Zeitraum zu fahren. Wir müssen uns auf die Bekämpfung von Katastrophen aller Art vorbereiten.

Die Landespolizei spielt auch bei der Terrorismusbekämpfung sowie bei der Katastrophenbekämpfung zukünftig eine herausragende Rolle. Zukünftig wird die Polizei also neue Aufgaben übernehmen müssen, die Belastungen für jeden einzelnen Vollzugsbeamten werden steigen. Das ist so.

Deshalb verbietet sich:

1. jeglicher Abbau von Polizeivollzugsstellen sowie die weitere Demotivierung der Beamten durch unnötige Aktionen
2. der Rückzug der Polizei aus der Fläche und aus einzelnen Regionen durch eine – und das sehen wir heute – verfehlte Organisationsstruktur, mit der kein Polizist mehr auf die Straße kommt, es werden eher weniger Polizisten auf der Straße zu sehen sein

3. eine Neuorganisation nach den heutigen Plänen, die insgesamt auch keine Stärkung der Polizei, sondern langfristig eher zu einer Destabilisierung im Gesamtbereich der inneren Sicherheit führt

Mit unserem Antrag wollen wir zeitnah nochmals auf die schon jetzt erkennbaren Probleme hinweisen. Ich darf Sie als Koalitionäre und den Innenminister bitten, die Pläne, Ihre eigenen Pläne wirklich einmal einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Wir bieten Ihnen an, da mitzuwirken. Und ich glaube, es wären auch nochmals Gespräche mit der Gewerkschaft der Polizei sinnvoll, auf die Probleme haben wir hingewiesen. Suchen Sie mit uns und der Gewerkschaft bitte einen Weg, die vorhandenen Probleme nochmals anzusprechen und notwendige Änderungen in Ihren Plänen vorzunehmen! Ansonsten sehen wir da – wie man so schön sagt – schwarz. Die Polizei muss in diesem Lande gestärkt werden und der Innenminister ist hier zuallererst in der Pflicht. Unsere Unterstützung dabei haben Sie! Ich darf Sie aus diesem Grunde bitten, unserem Antrag zu folgen. – Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Minister Dr. Gottfried Timm: Schwacher Beifall!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal darf ich den Abgeordneten der Opposition herzlich dafür danken, dass es mir möglich ist, auch heute umfassend über die qualitative Entwicklung der Landespolizei hier in diesem Hohen Haus sprechen zu können.

Meine Damen und Herren von der CDU, eine alte Weisheit sagt: Stillstand bedeutet Rückschritt. Dass Sie das auch erkannt haben, zeigt mir der frenetische Beifall,

(Heiterkeit bei Siegfried Frieze, SPD)

der die Auffassungen des Herrn Thomas Ihrerseits begleitet hat. Offensichtlich ist nicht jeder der Ansicht, vor allem der nicht, meine Damen und Herren, der sich einmal selber mit den Beamten draußen im Lande unterhält.

Unser Ziel ist es – ich sage es gern auch noch einmal –, eine leistungsstarke, moderne und bürgernahe Polizei in diesem Lande zu entwickeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Seit ich Ihnen allen, auch den Damen und Herren der Opposition, den Kabinettsbeschluss vom 18. April 2000 persönlich übersendet habe – es handelte sich um die Eckpunkte zur qualitativen Entwicklung der Landespolizei –, haben wir bereits eine Vielzahl von Entscheidungen umgesetzt. Wir haben die Aus- und Fortbildung der Polizei am Standort Güstrow konzentriert und modernisiert, wir haben das Laufbahnrecht reformiert, wir haben die Dienstposten neu bewertet und wir haben Organisationsveränderungen beschlossen. Sie haben das Polizeiorganisationsgesetz verabschiedet, die Verabschiedung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes steht, wie ich hoffe, unmittelbar bevor. Für die Polizeiorganisation bleibt nach wie vor unser Motto: „Schlanke Führung, breite Basis“.

Diese Vorhaben, meine Damen und Herren, bleiben natürlich nicht ohne öffentliche und vor allem auch nicht ohne interne Resonanz. Mich erreichen eine Vielzahl von Briefen. Ich habe sogar festgestellt – ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so ging –, dass die Anzahl der Leserbriefe in den Zeitungen steigt. Man höre und staune! Ob das zufällig so ist, Herr Böttger?

(Gerd Böttger, PDS: Nee, das ist nicht zufällig.)

Man macht sich so seine Gedanken.

(Gerd Böttger, PDS: Ja, na sicher. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Man macht sich so seine Gedanken.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Ich will Ihnen, Herr Dr. Jäger, gern Einblick ...

(Gerd Böttger, PDS: Ich war's nicht!)

Wie bitte?

(Gerd Böttger, PDS: Ich war's nicht! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich betone an dieser Stelle noch einmal, dass ich heute auch nichts Neues sagen werde. Herr Dr. Jäger, ich freue mich, dass es mir möglich ist, noch einmal das darzulegen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

was ich seit Jahren hier und draußen im Lande zu den Zielen, die die Polizeiorganisation und die Polizeibeamten in diesem Lande insgesamt erreichen sollten, zum Ausdruck gebracht habe. Aber zuvor will ich Ihnen gerne noch Einblick in die Schreiben geben, die mich derzeit erreichen. So bedankt sich der Bürgermeister der Stadt Barth, Herr Löttge, CDU-Mitglied, bei mir und führt aus, ich zitiere: „Unserer Auffassung nach werden die neuen Strukturen maßgeblich dazu beitragen, mehr Polizei in die Fläche zu bringen und die öffentliche Sicherheit nachhaltig weiter zu erhöhen.“ Aus der Sicht der Stadt Barth ist das so dargestellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

In der Presse erscheinen zustimmende und ablehnende Artikel, wie wir gesehen haben. Die SVZ titelt am 7. September unter der Überschrift „Straffe Führung, flexibler Einsatz“, die „Ostsee-Zeitung“ einen Tag vorher „Polizei erhöht Streifendienst“. Andere sind skeptischer, meine Damen und Herren.

Ich will Ihnen auch noch einmal darlegen, worum es im Kern der Veranstaltung geht. Wie Herr Thomas schon sagte, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern die höchste Kriminalitätsbelastung aller Flächenbundesländer: mehr als 10.000 Straftaten auf 100.000 Einwohner, ein Verhältnis von 1 zu 10. Wir haben eine unterdurchschnittliche Aufklärungsquote der Straftaten von etwas über 50 Prozent. Wir haben die unsichersten Straßen im Bundesgebiet: 204 Getötete auf 1 Million Einwohner, circa 380 Getötete pro Jahr, im Durchschnitt ein Getöteter pro Tag – meine Damen und Herren, leider, leider der absolute Spitzenwert im Bundesgebiet! Im Übrigen ist das auch eine Frage des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern, die wir hier zu beachten haben.

Meine Damen und Herren, wir haben, wie Herr Thomas auch schon festgestellt hat, die meisten Polizeibeamten, nämlich die höchste Polizeidichte bezogen auf die Ein-

wohnerzahl der Flächenbundesländer. Und das wird auch in den nächsten Jahren dezidiert so bleiben.

Allerdings werden bei uns die Polizeibeamten am schlechtesten bezahlt. Zwei Drittel aller Beamten sind im mittleren Dienst. Ich habe unmittelbar nach meiner Amtsübernahme entschieden, den Direktstudiengang Polizeibeamte für den gehobenen Polizeidienst in unserem Lande einzuführen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das freut die Beamten im höheren Dienst.)

natürlich mit dem Ziel, die Qualität und damit auch die Bezahlung der Polizeibeamten zu verbessern. Aber, wie gesagt, meine vier Amtsvorgänger meinten, der mittlere Dienst sei ausreichend für den Polizisten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Daraus mussten Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Rahmenbedingungen polizeilicher Arbeit mussten insgesamt verändert werden, damit die Qualität der polizeilichen Arbeit sich spürbar besser entwickeln lässt. Wir wissen, dass der einzelne Beamte sehr fleißig und sehr emsig bei der Arbeit ist, aber unter dem Strich erlaubt es die derzeitige Organisationsstruktur nicht, dass wir uns insgesamt im Ländervergleich darstellen können. Deshalb, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung die Eckpunkte zur qualitativen Entwicklung der Landespolizei beschlossen. Diese verfolgen dezidiert das Ziel, ich sage es noch einmal, eine moderne, leistungsstarke und bürgernahe Polizei zu entwickeln. Deshalb war jetzt auch – in der Phase sind wir gerade – die Organisation der Landespolizei fortzuentwickeln. Für die anstehenden Organisationsveränderungen in den Inspektionen heißt das mehr Qualität in der polizeilichen Sachbearbeitung, Entlastung des Vollzugsdienstes von vollzugsfremden Aufgaben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Polizisten vor Ort aber anders.)

eine höhere Präsenz, Herr Thomas, eine höhere Präsenz

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da bin ich mal gespannt.)

der Polizei auf der Straße und weiterhin eine intensivere Verkehrsüberwachung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wir werden keine, ich sage es auch noch einmal an dieser Stelle, keine Polizeistationen im Rahmen dieser Organisationsentwicklung schließen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nun lautet die Frage: Wie wollen wir denn diese Ziele erreichen? Ich lege es Ihnen noch einmal dar: Wir bauen Hierarchieebenen ab

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie bauen eine neue auf.)

nach dem Motto „Schlanke Führung, breite Basis“ und ersetzen die abzubauenen Hierarchieebenen durch Führungsstrukturen, die effizienter sind als je zuvor. Polizeiinspektionen, die sich innerhalb der Grenzen eines Landkreises befinden, werden grundsätzlich zusammengelegt. So stand es auch schon im Gesetz, das ich sozusagen übernommen habe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es wurde nur nicht gehandelt, Herr Dr. Jäger, warum auch immer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aus Vernunft! Aus Vernunft!)

ich kann es nicht beantworten. Und der Landkreis Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar gehen darüber hinaus auf deren Vorschlag sogar noch einen Schritt weiter und führen die gesamte Polizei aus der Stadt heraus.

Führungsfunktionen innerhalb der Polizeistationen entfallen durch die Revierbildung. Das bedeutet für viele bisherige Stationsleiter, dass sie sich wieder einordnen müssen ins Glied. Das ist aber, wenn Sie so wollen, die Konkretion des Mottos „Schlanke Führung, breite Basis“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und – da gebe ich Ihnen Recht, Herr Thomas – die Überzeugungsarbeit, dass dieser Schritt notwendig ist, die ist noch in einzelnen Fällen zu leisten. Da haben Sie völlig Recht. Aber ich gehe davon aus, dass die Chancen auch denjenigen, die sich von der Leitung ins Glied zurückstellen müssen, deutlicher werden als je zuvor, wenn wir die Dinge, die zu entscheiden sind, umgesetzt haben.

Insgesamt verringert sich die Anzahl der Polizeibeamten, die für Führungsaufgaben erforderlich sind. Damit werden mehr Beamte für vollzugspolizeiliche Tätigkeiten im Streifendienst und in der Einsatzbewältigung gewonnen. Wir werden Verkehrsüberwachungsaufgaben mit den erforderlichen technischen Ausstattungen in die Polizeiinspektionen verlagern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das ist falsch.)

Herr Dr. Jäger, hören Sie doch erst mal zu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist falsch.)

Hören Sie doch erst mal zu! Dass Sie alles durch die schwarze Brille sehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

wie Herr Thomas es dargestellt hat, das wissen wir. Aber hören Sie erst mal zu, was ich Ihnen sage. Ich sage Ihnen aber auch nichts Neues.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wiederholen sich doch dauernd.)

Sie haben vielleicht auch noch die Möglichkeit, für Ihre Fraktion hier zu sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das werde ich tun, ja, natürlich.)

Das werde ich mir dann auch brav anhören.

Meine Damen und Herren! Wer für das Ergebnis polizeilicher Arbeit verantwortlich ist – und das ist letztlich für die Kommunalpolitik der Leiter einer Inspektion –, der muss auch die Aufgaben und die Einsatzmittel erledigen können in seinem Inspektionsbereich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na sicher.)

Deswegen sagen wir, die regelmäßige operative polizeiliche Arbeit läuft in der Inspektion und wird zu koordinieren sein im Rahmen der Sicherheits- und Ordnungsaufgaben zwischen dem Leiter der Inspektion und dem

Landrat beziehungsweise Oberbürgermeister. Durch diese Übertragung der Verkehrsüberwachung wird es die Möglichkeit für die Inspektionen geben, die Verkehrsüberwachung an erkannten Gefahrenpunkten einzusetzen und sie auch mit der Streifentätigkeit unter Einsatzbewältigung im jeweiligen Bereich zu verbinden.

Wir bilden gleichzeitig Polizeireviere innerhalb der Polizeiinspektionen, die den Streifendienst und die Einsatzbewältigung rund um die Uhr wahrnehmen und keine sachbearbeitenden Aufgaben haben. Im Durchschnitt werden dies zwei Reviere pro Inspektion sein, auf Rügen ist es nur eins, in einigen Landkreisen sind es drei. Die heutigen Stationsbeamten und weitere Polizeibeamte werden bei den Revieren angebunden sein und durch diese geführt. Dies ermöglicht entsprechend starke Schichtstärken, meine Damen und Herren, die rund um die Uhr und insbesondere auch nachts, das war ja eine große Diskussion der vergangenen Jahre, im Revierbereich ständig unterwegs sind. Es sind also hierdurch mehr Polizeibeamte als bisher im Rahmen der Streifentätigkeit unterwegs. Damit ist die Polizei im Einsatzfall schneller als je zuvor am Einsatzort. Und ich sage Ihnen eins: Der Bürger will auch bei der 110, die er zu wählen hat, wenn es drauf ankommt, einen angemessenen Polizeieinsatz vor Ort haben.

Ergebnis wird also eine höhere Präsenz und eine höhere Schlagkraft der Polizei in den nächsten Jahren sein, und das, meine Damen und Herren – ich sage es noch einmal – beim Erhalt aller Polizeistationen, die sich aber nun als unmittelbare Ansprechstelle auf den Kontaktbereichsdienst für den Bürger vor Ort konzentrieren. Wir bündeln die polizeiliche Sachbearbeitung, die insbesondere die Bereiche Kriminalität und Verkehr betrifft, im Kriminalkommissariat und dessen Außenstellen. Damit werden die Polizeistationen weitgehend von sachbearbeitenden Aufgaben entlastet.

Durch Zusammenfassung der polizeilichen Sachbearbeitung in den Kriminalkommissariaten und den Polizeiinspektionen und deren Außenstellen ergeben sich erstens Qualitätsverbesserungen und zweitens, wie ich schon dargestellt habe, Synergieeffekte.

(Hermann Bollinger, CDU:
Glauben Sie, was Sie sagen?)

Auch dadurch werden Polizeibeamte ...

Herr Bollinger, wir hatten noch nicht die Gelegenheit, nach Ihrer Annahme des Mandates miteinander zu sprechen, aber über Glaubensfragen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, na da
sind Sie auch besser als wir, ja.)

sollten wir vielleicht draußen vor der Tür miteinander ins Gespräch kommen.

Es werden also, meine Damen und Herren, durch diese Maßnahmen Polizeibeamte für den Streifendienst und die Einsatzbewältigung gewonnen. Dass das die Bürgermeister auch so sehen, zeigt sich mir daran, dass man erkannt hat, dass man weniger Fläche, also Liegenschaften, Mietfläche für die Polizeibeamten vorhalten muss. Das ist natürlich für eine Kommune auch nicht so einfach, aber die sollen ja raus auf die Straße und nicht nur in der Station sitzen, Herr Bollinger. Darüber reden wir aber, wie gesagt, noch mal genau.

Und wir schaffen, wie ich schon ausgeführt habe, eine bürgernahe Sachbearbeitung mit kriminalpolizeilicher

Fachkompetenz auch in der Fläche. Um es noch einmal andersherum zu sagen: Die Polizeistationen sind die konkreten Ansprechstationen und damit im stationären Bereich die örtlichen Polizeidienststellen und bleiben dies auch.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber die Mobilität der Polizeibeamten ist entscheidend für die Präsenz und für die Einsatzbewältigung und die werden wir mit diesem flexiblen System deutlich erhöhen, auch dann, Herr Thomas, wenn nicht jeder, der jetzt Leiter ist, Leiter bleibt. Das ist das Ergebnis der Polizeiorganisationsveränderung.

Manche Bürger fragen mich: Wird die Ansprechbarkeit der Stationsbeamten für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert? Ich sage, nein, sie wird verbessert. Bislang war es doch so, dass es eine Vielzahl von Polizeistationen gab, die nicht nur den Kontaktbereichsdienst zu verrichten hatten. Hier ging es um alle Stationen. Die Stationen waren immer auch zuständig für die Anzeigenaufnahme, sie hatten Aufgaben bei der Kriminalitäts- und Verkehrsunfallsachbearbeitung, sie waren unterwegs im Streifendienst und im Nachtstreifendienst. Und wegen der Vielfalt der Aufgaben, die in den Stationen gelagert waren, waren kleine Stationen eben gerade nicht in der Lage, alle Aufgaben gleichzeitig zu erledigen.

Wir haben über 40 Stationen, die weniger als oder in etwa fünf Beamte haben. Diese Aufgaben werden nun auf andere Dienststellen übertragen. Nur der Kontaktbereichsdienst verbleibt vor Ort. Dort wird der ständige Ansprechpartner während der Öffnungszeiten der Polizeistationen anwesend sein. Er wird für die Bürger und Gemeindevertretungen da sein und er wird alle seine Aufgaben vor Ort mit den örtlich Zuständigen koordinieren. Er wird vor allem nicht mehr durch andere Aufgaben gebunden sein und tatsächlich deswegen in besserer Art und mit freiem Rücken für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Und die Bürger müssen nun nicht mehr lagebedingt, weil der Einsatz zu fahren war, vor verschlossenen Stationstüren stehen und finden stets, auch dann, wenn die Polizei im Einsatz ist, vor Ort die Tür geöffnet. Dies, meine Damen und Herren, ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation und erhöht in Zukunft die Sicherheit in unserem Lande. Und ich sage Ihnen auch eins – und darüber werden wir dann sprechen: Sie wird sich auch statistisch messen lassen, Herr Thomas,

(Reinhardt Thomas, CDU: Na,
wir werden es vergleichen!)

auch wenn Sie sagen, das ist alles unwichtig. Das ist entscheidend. Das ist entscheidend für die objektive Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Das sage ich Ihnen hier an dieser Stelle.

Es gibt viele Signale, positive vor allem, aus der Polizeiorganisation und aus der Öffentlichkeit, von Personalvertretungen und von kommunalen Vertretern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

Wer aber glaubt, eine Organisationsveränderung, wie wir sie vor uns haben und in der wir mittendrin sind, ohne Widerstände umzusetzen, der hat keine Lebenserfahrung. Wer aber bewusst Sand ins Getriebe streut, meine Damen und Herren, der ist eine Gefahr für die innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: O Gott! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber nicht nur im Land, meine Damen und Herren, sondern auch aus anderen Bundesländern, von den Polizeien anderer Bundesländer erhalten wir positive Signale.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Man hat Interesse, meine Damen und Herren, an unseren gesamten Überlegungen zur Modernisierung der Polizei, an unserem mecklenburg-vorpommerschen Weg. Warum ist das so? Ich will Ihnen das erläutern. Weil die Entwicklung der Landespolizei, die die Landesregierung vorangetrieben hat – und da sage ich auch an dieser Stelle, auf dem Boden dessen, was in den Jahren davor, Herr Thomas,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

durch Ihre vier Minister, die Sie angesprochen haben, gemacht wurde –, Maßstäbe gesetzt hat.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

In einigen Bereichen – ich nenne hier nur erst einmal die technikunterstützte Vorgangsbearbeitung, denn bevor wir die anderen nicht abgeschlossen haben, kann ich nur dies nennen – in Mecklenburg-Vorpommern schreiben wir an bestimmten Stellen bereits heute vorne mit im Bundesgebiet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Das darf nicht unter den Teppich gekehrt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Und vor allem darf die technische Entwicklung nicht an der Organisationsentwicklung vorbeigehen. Wir haben ja vorhin gerade über TETRA 25 miteinander gesprochen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich sage Ihnen eins – und das ist auch nichts Neues: Wer glaubt, dass man die Entwicklung der polizeilichen Aufgabenerledigung dadurch gefährden kann, dass man bei der Organisationsentwicklung den Stillstand programmiert, der leistet dem Rückfall der Polizei in noch schlechtere Zeiten Vorschub, und genau das wollen wir nicht.

Die CDU, meine Damen und Herren, hat ein Motto, das kenne ich nun schon seit Jahren: 1.000 Polizisten mehr in Mecklenburg-Vorpommern.

(Siegfried Friese, SPD: Das hat
der Ministerpräsident verkündet.)

A. D.

(Siegfried Friese, SPD: Ja, a. D.)

Dr. Berndt Seite ist damit jahrelang durchs Land gefahren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Sie bauen ab. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Sie bauen ab.)

aber nicht ein einziger mehr ist gekommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Sie bauen ab.)

Ich sage Ihnen, wer in der polizeilichen Organisation stehen bleibt, der fällt zurück.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich bin mir mit allen Polizisten, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, den Personalvertretungen und den Gewerkschaften, die im Übrigen ja die Reviereinführung selbst vorgeschlagen haben gemeinsam mit den Führern der Polizei in unserem Bundesland, einig, dass die Ziele, die wir vorgegeben haben, ehrgeizig sind. Die Polizei aber will und wird, wie ich aus vielen Gesprächen weiß, diese Ziele erreichen. Sie wird in diesem Jahrzehnt zu den leistungstärksten Polizeien im Bundesgebiet aufsteigen, meine Damen und Herren, und die Ergebnisse sind messbar. Wir werden uns in einigen Jahren darüber unterhalten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und deswegen sage ich Ihnen, auf diese Polizei dürfen Sie in diesem Hohen Haus zu Recht stolz sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Herr Böttger von der Fraktion der PDS.

Gerd Böttger, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Thomas, ich habe den Eindruck, dass Ihre Fraktion noch nicht fertig wird mit der Abstimmungsniederlage zum Polizeistrukturgesetz, wo Sie die gleichen Argumente vorgetragen haben – damals etwas stärker, heute etwas schwächer –, die Sie heute hier wiederholen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Weil wir die
ersten Ergebnisse leider schon sehen.)

Und dann sage ich Ihnen: Wenn man sich Ihren Antrag ansieht, dann ist eigentlich der vierte Punkt entscheidend, die ersten drei kommen noch dazu, man kann über jeden reden. Der vierte heißt doch, die Landesregierung möge bitte sozusagen die verfehlte Organisationsstruktur wieder aufheben, sie möge davon Abstand nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, ja, da sind wir uns einig.)

Und da sage ich Ihnen, mir fällt auf, gerade auf dem Gebiet der Polizei, der inneren Sicherheit, da arbeiten Sie in der letzten Zeit so ein bisschen nach dem Motto „Nichts Genaues weiß man nicht.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee.)

Die Struktur ist ja noch nicht mal umgesetzt. Der Minister hat gerade gesagt, wir sind im Moment dabei, diese Struktur vor Ort sozusagen umzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sehen sie doch. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Aber Sie wissen natürlich schon als CDU, dass diese Struktur verfehlt ist. Das wissen Sie natürlich schon.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir reden mit den Beamten.)

Und wenn die CDU erklärt, wir wissen, was richtig ist, wir haben ein Monopol auf die Wahrheit, insofern ist es natürlich eine Glaubensfrage, Herr Bollinger. Was denn sonst?! Sie glauben, dass alles falsch ist, was der Minister

sagt. Die Koalition und ich gehen davon aus, dass es richtig ist. Also warten Sie doch mal ab mit Ihren Angriffen, bis diese Struktur umgesetzt ist!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.
Es ist doch schon passiert.)

Und da sage ich Ihnen eins: Der eine sieht es so, der andere sieht es so und Sie unterhalten sich mit einigen. Der Minister hat Beispiele gebracht, wo ihm Bürgermeister, egal ob sie nun von der CDU sind, es sind Bürgermeister, sagen, das finden wir in Ordnung. Sie können vor Ort gehen, da werden Sie andere Stimmen hören.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ich rede lieber mit den Beamten!)

Ja, bei den Beamten ist es genauso, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Nicht nur Sie reden mit Beamtinnen und Beamten. Der eine Beamte sagt so, der andere sagt so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Seien Sie doch mal ehrlich, sagen Sie doch mal, was die sagen!)

Inhaltlich sind wir uns doch fast alle einig, bei dem, was wir wollen. Wir wollen mehr Polizisten in die Fläche,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau so, genau das.)

wir wollen eine Präsenz in der Fläche, wir wollen flache Leitungsstrukturen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau
das wird jetzt kaputtgemacht.)

Na ja, das sagen Sie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

das behaupten Sie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

aber dem muss man doch nicht folgen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, natürlich nicht.)

Dem muss man doch nicht folgen. Deshalb sage ich schon, wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen. Etwas anderes haben Sie auch nicht erwartet, ist klar.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU –
Annegrit Koburger, PDS: Wir werden
Ihren Erwartungen entsprechen.)

Sie wollten dieses Thema bloß noch mal hier in den Landtag bringen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee.)

weil Sie mitbekommen haben, da gibt es in der Öffentlichkeit, auch in den regionalen Medien Interesse.

Und weil Sie gerade von Info-Leserbriefen gesprochen haben, mir fällt auf, einige sind sich so ähnlich.

(Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD)

Ich hoffe nicht, dass Sie vorher mal solche Leserbriefe sozusagen in Umlauf gegeben haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das machen
wir immer so, Herr Böttger.)

Ich hoffe das wirklich nicht, weil das wäre nicht so sehr schön.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das machen wir immer so.)

Herr Riemann, Ihnen traue ich das sogar noch zu,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na klar. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ihnen traue ich das sogar noch zu, dass Sie so was machen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist wie mit
dem Pawlow'schen Reflex.)

Ich hoffe es wirklich nicht, denn das hat die Polizei nun wirklich nicht verdient.

Nun zu den einzelnen Punkten:

Erstens. Da bin ich mir nicht ganz sicher, was Sie eigentlich meinen. Ich weiß es nicht, wer den Antrag erarbeitet hat. Herr Jäger, Ihnen traue ich das eigentlich nicht zu.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Armin, dann hast du was falsch gemacht. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Sie schreiben zum Beispiel: „Keine Region des Landes darf zu einer ‚polizeifreien Zone‘ werden.“ Was meinen Sie denn eigentlich? Den Begriff „Region“, den gibt es ja. Es gibt Planungsregionen. Diesen Begriff können Sie nicht meinen, weil diese Regionen,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

von denen wir im Lande vier haben, ja auf keinen Fall davon betroffen sind. Wir haben die Regionen Mecklenburger Seenplatte, Westmecklenburg, mittleres Mecklenburg/Rostock, Vorpommern. Das meinen Sie doch sicherlich nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö.)

Wenn ich dann so die polizeifreie Zone in Anführungsstrichen sehe, allein der Begriff „Zone“, der gefällt mir nicht so sehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, der gefiel
uns früher auch nicht, Herr Böttger.)

Wenn Sie den übernehmen wollen, dann übernehmen Sie den. Aber ich muss Ihnen mal sagen,

(Harry Glawe, CDU: Wir haben das
Potsdamer Abkommen nicht unterschrieben. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

ich kann mir schon polizeifreie Zonen vorstellen, zum Beispiel Ihre Wohnung, Herr Jäger, und meine Wohnung. Mein Schlafzimmer, das soll möglicherweise auch in Zukunft eine polizeifreie Zone sein und bleiben. Also das sage ich mal.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie
eine Zone in Ihrem Schlafzimmer?)

Das haben Sie ja wohl nicht gemeint. Aber wenn das einer liest, der kriegt ja Angst, der denkt ja, überall soll nun die Polizei tätig sein. Ich weiß nicht, was Sie mit dem ersten Punkt ausdrücken wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zweitens. Sie wollen mehr tun für die Gewährleistung der objektiven Sicherheitslage und des subjektiven Sicherheitsempfindens. Da sind wir uns alle einig. Das hat aber mit der Struktur überhaupt nichts zu tun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, aber ja.)

Das hat damit nichts zu tun. Ich habe so ein bisschen Angst, Herr Dr. Jäger, indem Sie den Bürgerinnen und Bürgern einreden, es ist weniger Polizei da, es gibt unter Rot-Rot polizeifreie Zonen – Überlegen Sie sich mal, was Sie da sagen! Das ist ja völliger Quatsch. –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja. –
Reinhardt Thomas, CDU: Hamburg hat das.)

wollen Sie sozusagen ein bisschen Stimmung machen. Und genau das, was Sie eigentlich beantragen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden erhöht wird, das wird hier durch Sie dahin geführt, dass die Bürger noch mehr Angst bekommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, man muss schon die Wahrheit sagen.)

wenn sie hören, dass die CDU sagt, es gibt polizeifreie Zonen, alles ganz schlimm, keiner mehr da.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und, Herr Thomas, na ja, bei Ihnen ist das sowieso klar.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Aber ich sage Ihnen, so geht das nicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und was die konkrete Umsetzung der Struktur unterhalb der Direktion angeht, bis zu den Direktionen hat es ja der Landtag beschlossen, unterhalb der Direktionen verantworten es der Minister und die Regierung. Meine Fraktion und ich sagen erst mal, der Ansatz, den der Minister hat, ist vernünftig.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dr. Schoenenburg ist nicht da, darum kann er das sagen.)

Die Argumente sind nachvollziehbar und wir wollen mal gucken, ob das in der Praxis alles so eintritt.

Ich habe hier schon des Öfteren zu dem Thema gesprochen und ich habe auch gesagt,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und dann ist alles kaputtgemacht.)

man muss es sehr behutsam machen, man muss es mit den Beamtinnen und Beamten machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.
Mit den Kommunen, bitte.)

Der Minister hat heute gesagt, noch nicht alle sind davon überzeugt. Und jeder von uns weiß natürlich, Strukturveränderungen bringen nie nur Freude.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

Davon sind natürlich einzelne Leiter auch persönlich betroffen. Dass die natürlich sagen, ich will das nicht, ich möchte lieber, dass es bleibt, wie es war, das ist auch verständlich, aber das kann ja nicht der Maßstab unseres Handelns oder des Handelns des Ministers sein. Und ich sage hier auch: Was unsere Fraktion angeht, wir gucken uns das mal genau an. Strukturen sind nichts Endgültiges. Wenn es sich herausstellen sollte, dass die jetzt ange-

strebten Strukturen – was ich nicht glaube – nicht das Ziel erreichen, mehr Polizei in die Fläche, mehr Präsenz vor Ort,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

mehr Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, dann muss man auch den Mut haben zu sagen, wir ändern diese Struktur und machen eine andere. Aber wer weiß das heute schon? Sie wissen es schon.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, wir haben ja schon die ersten Anzeichen. –
Reinhardt Thomas, CDU: Doch, doch.)

Sie sagen, sie ist verfehlt. Ich weiß es noch nicht. Ach, die ersten Anzeichen haben wir doch gar nicht, wir haben gar keine.

(Reinhardt Thomas, CDU: Natürlich! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben überhaupt keine Anzeichen dafür.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja das Problem.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, Ihr Antrag dient nicht dazu, die Probleme der Polizei und der persönlichen Sicherheit im Lande zu beschreiben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

schon gar nicht dazu, die Probleme in die richtige Richtung zu bringen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Jetzt bin ich richtig überrascht.)

Sie hatten nichts anderes erwartet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich!)

deshalb sind Sie natürlich überhaupt nicht überrascht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Immer schön hinterhergelaufen, Herr Böttger.)

Ich hoffe, dass sich das,

(Peter Ritter, PDS: Ja, Sie marschieren immer vorneweg.)

was die Landesregierung und was der Innenminister im Moment veranlassen, als richtig erweist.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist aber eine trügerische Hoffnung.)

Die Argumente sind nachvollziehbar und vernünftig. Auch Sie sollten etwas Geduld beweisen und abwarten

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und dann kann man immer noch, wenn es dann passiert ist, darüber reden, ob es richtig war. Aber jetzt ist es einfach noch viel zu früh und dient eigentlich nur der Schwarzmalerei. Das kann ich Ihnen nicht ersparen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Böttger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Gerd Böttger, PDS: Nun bin ich aber erst gespannt.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat hier noch einmal seine Ziele vorgetragen. Die waren uns bekannt. Und ich sage mal, Herr Innenminister, den Leerformeln schlanke Leitungsstrukturen, mehr Präsenz auf der Straße, Verbesserung des Verhältnisses mittlerer zum gehobenen Dienst oder umgekehrt, den können wir natürlich ganz leicht zustimmen. Nur, Herr Innenminister, das ist doch überhaupt in Ihren Entwicklungen gar nicht drin, was Sie uns da als Ziele vorgetragen haben. Mehr Präsenz? Herr Böttger hat angemahnt, wir sollten mal sagen, wie sich denn Strukturreformen auswirken, die ja tatsächlich mittendrin sind. Aber in einzelnen Regionen – und die liegen bei uns vor der Haustür, Herr Böttger, das wissen wir beide –, heißt das, dass statt vier Streifenwagen nur noch drei besetzt werden können in einer Region? Sie sollten sich einfach mal erkundigen, was los ist in einer nicht ganz so kleinen Stadt wie in Lübz oder was los ist in Crivitz. Und dann werden Sie doch glauben, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Oder in Zinnowitz.)

Ja, sicher, ich rede jetzt von denen, wo ich direkt war, wo ich mit den Beamten, wo ich mit den Bürgermeistern gesprochen habe, und die Beamten, die wissen ja, wie die Stärken sind.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist ja nun mal so. Und wenn das so weitergeht, dann wird das querbeet übers Land sein. Und das will eigentlich unser Antrag.

(Reinhardt Thomas, CDU: Und weniger Sprit hat er auch noch zur Verfügung. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nachdem der Landtag in dem Polizeiorganisationsgesetz mehrheitlich entschieden hat, ab der Direktionsebene gibt es keine Regelungen mehr, ist die Landespolizei, wenn man es ein bisschen flapsig sagt, gesetzgeberisch eine Dame ohne Unterleib. Der Innenminister hat damit eine Ermächtigung zu organisieren, wie er es für gut hält, was ich im Übrigen auch für richtig halte, wenn es fachlich ordentlich gemacht wird. Aber, meine Damen und Herren – und da kann ich Ihnen doch einige Vorwürfe nicht ersparen –, wir haben gewusst, was auf uns zukommt. Die Gewerkschaft der Polizei hat sehr deutlich gesagt, dass sie diese Blankettregelung nicht will. Sie will eine Regelung, die sehr viel weiter geht, damit die einzelnen Polizeibeamten auch wissen, wie ihre Funktion, wie ihre rechtliche Stellung ist. Dem ist nicht entsprochen worden mehrheitlich.

Die kommunalen Landesverbände haben etwas ganz Unschickliches gefordert, nämlich dass die Kommunen bei einer Veränderung der Struktur der Polizei auch beteiligt werden. Das haben Sie für unschicklich gehalten. Ich muss ehrlich sagen, das zeigt im Grunde, wie Ihr Verhältnis, insbesondere das unseres Innenministers, zu der kommunalen Selbstverwaltung ist.

Aber der Innenminister sagt, wir werden die Präsenz erhöhen. Nun ist das für mich immer noch so ein Geheimnis, das er da mit sich rumträgt, wie er das denn machen will, denn ich habe aus einer Pressemitteilung entnommen, es wird 33 neue Reviere geben. Und wie denn das Personal für die neuen Stäbe rekrutiert wird, die Antwort darauf bleibt er uns erst einmal schuldig.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

In der Presse hat er erklärt – es gab ja eine große Pressekonzferenz –, in den Revieren werden rund 1.500 Beamtinnen und Beamte Außendienst tun. Daraufhin hat eine nicht ganz kleine Zeitung in unserem Lande gefragt, was machen denn die übrigen von den rund 6.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das müssten Sie doch eigentlich wissen, Herr Dr. Jäger.)

Also ich hoffe nicht, Herr Innenminister, dass das wirklich Ihre Richtzahl des Außendienstes ist in diesem Land.

Und wenn Sie uns hier vollmundig erklären, die Leitungsspanne wird verkürzt, dann darf ich Ihnen ganz einfach sagen, Sie führen eine neue Leitungsebene ein. Und wenn Sie mit der Leerformel kommen, die Trennung von stationären und mobilen Aufgaben werde die Präsenz der Polizei in der Fläche erhöhen, dann müssen Sie uns erst mal erklären, was das denn bedeutet. Wir haben heute eigentlich ein bisschen wahrheitsgemäß gesagt, das bedeutet, dass die Station aus einem KOB besteht und das war's. Was da mehr Präsenz draußen heißen soll, weiß ich nicht. Denn bei all den Modellen, da wo Sie angefangen haben umzusetzen,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

gibt es im Regelfall erstens pro Einheit einen Streifenwagen weniger, der besetzt werden kann. Ich kann es nicht ändern, es ist draußen so. Und zweitens werden natürlich die Eintreffzeiten erheblich größer.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Gucken Sie sich doch mal die Entfernung an, die von Sternberg bis nach Goldenstädt zurückgelegt wird, und dann gucken Sie mal, welchen Weg die Polizei fährt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oder von Heringsdorf nach Zinnowitz.)

Ja, richtig. Jeder von uns Kollegen hat sicher in seinem Bereich dafür Beispiele.

Warum machen Sie das eigentlich? Das haben Sie heute auch noch mal gesagt. Weil Sie sagen, die Qualität der Polizei muss dringend verbessert werden. Außerdem wird es bessere Aufstiegsmöglichkeiten für den Streifenwagen geben. Also, Herr Innenminister, ich finde es nach wie vor dramatisch schlimm, dass Sie in dieser Situation der Landespolizei noch einmal bestätigen, dass Sie noch besser werden muss, und damit zugleich sagen, dass das, was bisher geleistet worden ist, Ihren Anforderungen nicht entspricht. Diese Landespolizei, das muss ich Ihnen immer wieder sagen, hat seit 1992 die Aufklärungsquote von damals 26,4 Prozent auf beachtliche 50,8 Prozent gesteigert. Und deshalb wäre ich sehr dafür, dass wir den Beamtinnen und Beamten herzlich danken

(Siegfried Friese, SPD: Genau das hat der Minister getan in seiner Rede.)

und nicht mit einer unberechtigten Kritik ihre Motivation kaputtmachen. So können wir miteinander nicht umgehen, Herr Friese.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Doch, doch, natürlich ist das eine Motivation eines Beamten, wenn sein oberster Dienstherr sagt, deine Qualität stimmt nicht.

Und wenn wir Schleswig-Holstein mittlerweile ...

(Gerd Böttger, PDS: Er sagt doch nur, wir wollen besser werden. Das ist doch immer richtig.)

Ja, natürlich kann man immer besser werden.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie fordern doch auch ständig Qualitätsverbesserungen.)

Aber, Herr Böttger, Sie geben mir doch zu, dass es eine richtig gute Leistung ist, wenn wir unser Nachbarland Schleswig-Holstein, das immerhin vergleichbare Strukturen hat, in der Aufklärungsquote überholt haben. Ich finde das respektabel. Und ich sage das an dieser Stelle noch mal, da habe ich Respekt vor unserer Landespolizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD – Siegfried Friese, SPD:
Endlich mal was Positives, was Sie sagen. –
Gerd Böttger, PDS: Na ja, na ja.)

Meine Damen und Herren! Das ist auf der Grundlage der bisherigen Organisation geschaffen worden. Das muss man ganz nüchtern sehen.

(Siegfried Friese, SPD:
Wir wollen doch besser werden.)

Ach, Herr Friese, es wird nicht durch Veränderung alles besser. Ich bin sehr für Veränderungen, wenn sie notwendig sind. Aber ich bin nicht für Veränderungen nur um der Veränderungen wegen, damit man nämlich verschleiern kann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass man zwischenzeitlich 177 Planstellen in diesem Lande bei der Landespolizei unnötig aufgegeben hat. Und ich bin auch dagegen, dass der Innenminister heute kein Wort dazu sagt, wie er denn künftig die Polizeistationen besetzen will.

(Reinhardt Thomas, CDU: Nein,
durch Beamte bis 16.00 Uhr.)

Das ist doch der Hintergrund. Das heißt, das sind doch nur Leerformeln. Sie wollen die Qualität steigern, weil Sie die Quantität nicht einhalten wollen. Sie werden keinen Polizeidienst ohne Polizeibeamte in diesem Lande leisten können. Sie dünnen derartig in der Fläche aus und das, was wir hatten, nämlich die Ortsnähe, die Ortskundigkeit der Beamten und die Kenntnisse über ihr Milieu vor Ort und das Vertrauen der Bürger zu den einzelnen für sie greifbaren Polizeibeamten, das geben Sie unnötig auf. Und bisher kann mir keiner erklären, was das für einen Sinn macht.

(Gerd Böttger, PDS: Aber durch die Struktur wird es doch kein Polizeibeamter weniger. Tun Sie doch nicht so!)

Aber, Herr Innenminister, es gibt ja ...

Aber, Entschuldigung, Herr Böttger, natürlich wird es Polizeibeamte weniger im Außendienst geben.

(Gerd Böttger, PDS: Ach!)

Sie müssen doch die neue Ebene besetzen, das wissen Sie doch.

(Gerd Böttger, PDS: Ach!)

Und Sie wissen, dass es Zeit kostet, wenn ich von einem weiter entfernten Ort zum Einsatz fahren muss, und Mannstunden gibt es in der Polizei einfach nur begrenzte.

Und wenn sie sie im Auto zurücklegen, um zu Einsätzen zu fahren, dann haben sie sie nicht für den Einsatz.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist eine einfache Rechnung.)

Das weiß doch jeder, da braucht man doch nur nachzuzählen.

Aber ich will noch etwas anderes sagen. Wir haben im SOG-Entwurf eine neue Bestimmung und da steht drin – und das finde ich sehr gut –, dass noch mal betont wird die Mitwirkung der Ordnungsbehörden im Bereich der Gefahrenabwehr.

Meine Damen und Herren, wir hatten eigentlich ganz gute Verhältnisse im Lande. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Polizeistationen vor Ort möglichst, wenn es irgend ging, in den Verwaltungsgebäuden der Städte und Gemeinden untergebracht wurden. Jeder von uns weiß, dass es einen Sinn macht, wenn diese beiden Behörden möglichst nahe zusammen sind, denn Besprechungen lassen sich dann einfach ein bisschen leichter machen, man bespricht sich dann auch eher. So, jetzt werden die Polizeistationen aufgelöst, es bleibt dann also ein Zimmer für den KOB. Und was soll denn nun eigentlich die Zusammenarbeit der Polizei mit den Ordnungsbehörden verbessern, wenn die Polizei in den kleineren Städten gar nicht mehr da ist? Haben Sie übersehen, Herr Innenminister, dass Ordnungsverwaltung nicht nur bei den Landkreisen stattfindet, also in der Kreisverwaltung? Also, ich verstehe das Ganze, was Sie da wollen, nicht. Wenn wir eine schlechte Landespolizei hätten, wenn wir schlechte Ergebnisse hätten, würde ich Ihnen Recht geben, dann müssen wir neu organisieren.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Ich bin überhaupt nicht gegen Veränderungen, aber das Modell, das Sie vorgelegt haben, bringt gar nichts.

Und schließlich und endlich, Sie sind jetzt so stolz darauf, dass ein Bürgermeister Ihnen einen Brief geschrieben hat, der dieses Modell gut findet. Sie haben ehrlicherweise gesagt, Sie haben auch andere Briefe bekommen. Sie haben aber gar nicht weitere zitiert, die Ihnen zugestimmt haben, und Sie sind auch noch sehr stolz darauf, dass der Bürgermeister der CDU angehört. Also, das ist ein Niveau! Ich bitte Sie mal! Hat das Parteibuch etwas mit der Sachkunde zu tun? Ich will die Sachkunde dieses Bürgermeisters gar nicht in Abrede stellen, aber Sie stellen damit die Sachkunde aller anderen Bürgermeister und Amtsvorsteher, die sich entschieden dagegen wenden, natürlich in ein schlechtes Licht.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Aber gut, jetzt sind Sie drei: der Minister, der Staatssekretär, der das Modell aus Nordrhein-Westfalen abgeschrieben hat, und ein Bürgermeister, und das gegen den Rest der Welt. Das ist so wie notorisches Linksfahren.

(Siegfried Friese, SPD: Na, na, Herr Jäger,
jetzt werden Sie aber sehr polemisch.)

Also ich bin ganz sicher, wir werden uns ...

Nein, ich bin gar nicht polemisch, ich finde es nur traurig, wenn ein Minister derartige praktische Hinweise von den Kommunalpolitikern vor Ort, von Polizeibeamten, mit denen er hoffentlich auch unterhalb der vier goldenen Sterne spricht, das muss man auch mal sagen, wenn er

die überhaupt nicht mehr aufnimmt, sondern da wird so ein Ding am Reißbrett abgeschrieben und ein bisschen zugespitzt auf unser Land. Und dann soll das das Modell für die Landespolizei sein. Das macht ärgerlich, Herr Friese, das macht echt ärgerlich.

(Siegfried Friese, SPD: Es wird keine Polizeistation geschlossen.)

Und wir könnten uns ...

Ach! Sie glauben das jetzt selber?! Sie laufen Ihrem eigenen Innenminister nach und sagen, es wird keine Polizeistation geschlossen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Gehen Sie doch mal nach Zinnowitz, wie dort die Präsenz ist vor Ort!)

Wissen Sie, was das da ist? Da ist ein Kontaktbereichsbeamter, der hat ein Büro, und im Gegensatz zur früheren Zeit, wo der Kontaktbereichsbeamte in seinem Beritt rumgelaufen ist, hockt er jetzt im Büro.

(Siegfried Friese, SPD: Da kennen Sie die Situation im ländlichen Raum aber schlecht.)

Das ist doch, also mit Verlaub gesagt, wenn es nicht unparlamentarisch ist, ist das eine idiotische Vorstellung, dass sich ...

(Siegfried Friese, SPD: Herr Dr. Jäger, Sie reden jetzt als Großstädter. Die Situation im ländlichen Raum ist ganz anders.)

Genau im ländlichen Raum ...

(Harry Glawe, CDU: Gucken Sie doch mal nach Zinnowitz!)

Nein, Herr Friese. Herr Friese, genau da liegt das Problem. Die Reviere dieses Modells sind in Nordrhein-Westfalen für die Ballungsräume entwickelt worden,

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

in den dicht besiedelten Räumen. Wir haben aber ein Flächenland mit einer sehr dünnen Besiedlung. Und genau dort dürfen wir uns das nicht leisten, Polizei aus der Fläche wegzunehmen. Genau das ist der fachliche Gesichtspunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie werden es sehen, ich könnte mich jetzt beruhigt zurücklegen und sagen, na lassen Sie mal, und in einem halben Jahr sehen wir das Chaos.

Aber das Gemüt dafür habe ich nicht, weil ich mir einfach nicht wünsche,

(Reinhardt Thomas, CDU: Den Fehler hat er schon in Brandenburg gemacht.)

dass der Innenminister so fehlläuft. Das wünsche ich ihm nicht und das wünsche ich vor allen Dingen nicht der Landespolizei und vor allen Dingen auch nicht unserer Bevölkerung.

Und deswegen noch mal: Herr Innenminister, Sie verlieren nicht das Gesicht, wenn Sie noch mal darüber nachdenken, ob die vielen praktischen Anregungen von den Kommunen, von den Polizeibeamten nicht vielleicht doch ein Körnchen Wahrheit enthalten, dass Sie noch einmal überlegen, ob dieses theoretische Modell vielleicht doch auf unser Land hätte genau abgestimmt werden müssen. Und genau darum bitten wir Sie. Und nur dahin geht unser

Antrag. Stellen Sie das ein, prüfen Sie es noch mal, sorgen Sie dafür, dass die Polizei mindestens die 177 Stellen, die Sie wirklich ohne Not aufgegeben haben, wiederbekommt! Sorgen Sie dafür, dass wir eine Aufstockung der Stellen für die Autobahnstationen bekommen! Und dann lassen Sie uns gemeinsam darangehen, die Organisation der Polizei behutsam zu ändern.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ohne Beratung aus Nordrhein-Westfalen.)

Sie haben mit Recht gesagt, wenn wir digitale Dienste für die Polizei bekommen, können wir ganz anders arbeiten. Da bin ich sofort an Ihrer Seite. Aber bitte nicht den dritten Schritt vor dem ersten! Machen Sie eine Struktur nicht kaputt, die bisher erfolgreich war!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und deswegen stoppen Sie diese Praxis! Gehen Sie noch einmal in die Klausur! Und ich biete das gerne an, lassen Sie uns wirklich in einer sachlichen Atmosphäre reden.

Und ich will ein Letztes sagen. Wenn Sie mir jetzt entgegenhalten, und das werden Sie irgendwann ja tun, na ja, aber die Direktionsleiter, die sagen doch draußen, es geht. Meine Damen und Herren, mir ist es ganz wichtig, hier zu sagen, natürlich sind unsere Direktionsleiter, wie sich das gehört, loyale, anständige Beamte. Und die versuchen mit aller Mühe und Not, ein Körnchen von Vorteilen aus dieser verfehlten Veränderung zu ziehen. Bewerten Sie das nicht über und denken Sie an die Motivation derjenigen, die draußen Dienst tun! Ich bitte Sie herzlich – wenn auch Herr Böttger schon gesagt hat, wir gucken uns den Antrag nicht so genau an, wir lehnen ihn ab –, überlegen Sie es noch mal.

(Gerd Böttger, PDS: Wir haben ihn ja angeguckt, aber da ist nichts drin.)

Ich würde Sie herzlich bitten, im Interesse der Landespolizei noch einmal in sich selber hineinzusehen. Sie glauben doch selber nicht, dass das die Verhältnisse verbessert. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Körner von der SPD-Fraktion.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Opposition macht mit ihrem Antrag verschiedene Feststellungen, die lediglich darauf abzielen, dass die neue Polizeistruktur untauglich sei,

(Reinhardt Thomas, CDU: Ihr redet alles schlecht.)

der erforderlichen Sicherheit im Lande zu entsprechen. Jedoch in keiner Ihrer vier Ziffern werden überhaupt nur ansatzweise konkrete Vorschläge oder Maßnahmen gemacht, ja nicht einmal gefordert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie Herrn Jäger nicht zugehört.)

Stattdessen werden in den ersten beiden Ziffern des Antrages Allerweltsweisheiten getroffen, um in Ziffer 3 und 4 zu konstatieren, dass die Organisationsreform der Polizei

diesen Zielen nicht gerecht wird. Man sollte sich fragen, wo die Entwürfe, die Vorstellungen, die Konzepte der Opposition sind. Ich traue Ihnen das durchaus zu, Kollege Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn ich eine Veränderung glaube machen zu müssen, dann würde ich sie machen.)

immerhin sitzen in Ihrer Fraktion genügend ehemalige Minister, so dass Sie das Know-how dazu hätten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber in Ihrem Antrag spiegelt sich nichts dergleichen wider.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil wir diese Veränderungen für falsch halten. Ganz einfach.)

Ein derartiger nichts sagender Antrag, wie er hier vorliegt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

ist nun aber wirklich nicht geeignet, zu einer konstruktiv sachlichen Diskussion beizutragen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sagen Sie doch nicht immer „nicht“, sagen Sie doch auch mal Ja!)

Ihr Antrag ist eine, um das Vokabular Ihres Antrages aufzugreifen, etwas ideenlose Zone. Wahrscheinlich muss man den Bürgerinnen und Bürgern im Lande Recht geben, sofern sie vermuten, dass es Ihnen manchmal weniger um die Sache geht, sondern mehr darum, eine Stimmungslage im Land herbeizuführen, von der Sie sich einiges versprechen.

(Rainer Pracht, CDU: Das werden wir bei der nächsten Wahl sehen, wer Ihnen Recht gibt.)

In Ihrem Antrag behaupten Sie, die Ankündigungen der Landesregierung, „die örtliche Nähe zum jeweiligen Landrat“ zum ‚entscheidenden Kriterium‘ der Entwicklung der Landespolizei zu machen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass flächendeckend ‚rund um die Uhr‘ Polizei präsent ist und die Betreuung der Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert wird“, werden weit verfehlt. Durch den Verlust der Polizeistationen würden sich die Menschen gerade im ländlichen Raum verunsichert fühlen. Das sei nicht hinnehmbar, sagen Sie. Und nun muss die Polizei ihr Konzept zurücknehmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, der Innenminister. Die Polizei will das nicht.)

Entschuldigung, muss die Landesregierung das Konzept zurücknehmen. Pardon!

Die Begründung des Antrages aber, wenn Sie ihn sich richtig anschauen, ist doch in sich schon unlogisch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja. – Wolfgang Riemann, CDU: Für einen Theaternmenschen ist die unlogisch, ja.)

Das Ziel dieses Antrages ist doch die Gewährleistung einer flächendeckenden rund um die Uhr präsenten Polizei, die die Betreuung der Bürger verbessert. Die Behauptung, die Menschen im Lande würden sich verunsichert fühlen, ist erst einmal als solche eine in meinen Augen unhaltbare Behauptung. Sie ist durch nichts belegt.

(Harry Glawe, CDU: Na ja.)

Dieses Ihrerseits vermeintlich subjektive Sicherheitsempfinden, wie es den Bürgern hier nachgesagt wird, ist

aus meiner Sicht überhaupt nicht geeignet, dadurch entkräftet zu werden, dass die Landespolizei eine Organisationsreform macht. Sie wissen genauso gut wie ich, Reformen sind immer wieder möglich und nötig. Schauen Sie sich doch an, Sie haben es doch selber zitiert, wie sich die Aufklärungsquote in den letzten fünf Jahren verändert hat: 33,9 Prozent 1995, 50,8 Prozent im Jahr 2000!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima, ne?)

Auch die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten auf 100.000 Einwohner, die so genannten Häufigkeitszahlen, sind von 12.000 im Jahr 1995 auf 10.000 im Jahr 2000 gesunken.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, da sind wir stolz drauf.)

Bei der Polizeidichte kann festgestellt werden, dass unser Land von den Flächenländern die höchste Polizeidichte hat, und daran wird sich auch jetzt nichts ändern. Auch und gerade durch die Neuorganisation der Polizei soll die Polizeidichte auf diesem äußerst hohen Niveau bleiben.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Es werden mehr Polizisten, und das sehen wir anders als Sie, Kollege Jäger, auf der Straße präsent sein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glaubt Ihnen keiner.)

Streife fahren, konkrete Einsätze leisten, Ansprechpartner und Helfer vor Ort sein.

(Reinhardt Thomas, CDU: Man kann sich auch was einreden.)

Dadurch wird die offizielle Sicherheitslage noch verbessert. Und es ist nicht verwunderlich, dass Ihre Kritik in der Bevölkerung gegenwärtig überhaupt nicht ankommt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja! Ich weiß doch, worüber die Polizisten reden.)

Sicherlich gibt es partielle Unzufriedenheiten. Es sei denn, Sie haben wieder eine solche Kampagne vor,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, wir haben gar keine Kampagne vor. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wie sie schon einmal fehlgeschlagen ist, dann kann es natürlich dazu führen. Sie wissen, dass es punktuelle Kritik innerhalb der Polizei gibt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich.)

aber auch hier kann ich mich dem vom Kollegen Böttger Ausgeführten anschließen, der sagt, jede Strukturveränderung bringt immer Kritiker mit sich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eine schlechte bringt viele.)

Und die Reform alleine macht die Sicherheit im Lande auch noch nicht aus. Dazu müssen die Ausstattung kommen und die Motivation.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und die Stellen.)

Uns ist neulich bescheinigt worden beim Jubiläum der Bereitschaftspolizei, dass die technische Ausstattung unserer Polizei wirklich gut ist, außergewöhnlich gut.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist ja richtig. Aber da waren Sie doch noch gar nicht dran beteiligt.)

Und die Motivation der Polizei wird sich, denke ich, dadurch, dass weniger Schreibtischarbeit anfällt, weiter erhöhen. Das ist unsere Einschätzung und unsere Voraussage.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das ist falsch an dem Modell.)

Warten wir es ab!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist aus meiner Sicht immer wieder das Gleiche mit Ihnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach ja?!)

Substantiell kommt wenig und wenn die Regierung etwas tut,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch bis jetzt noch gar nichts gesagt.)

etwas plant, von dem sie meint, dass es im Interesse unseres Landes ist, dann sagen Sie weiter nichts als „Wir lehnen es ab.“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee.)

ohne dass von Ihnen etwas dagegengesetzt wird. Sie versuchen nicht einmal, etwaige aus Ihrer Sicht verbesserungsfähige Punkte zu benennen, und sind in meinen Augen in keiner Weise konstruktiv.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie verstehen vieles nicht, Herr Kollege. –

Harry Glawe, CDU: Das sind Sie doch nicht.)

Ich bedauere das. Wir halten diese Anträge durchaus für legitim und durchaus für nützlich.

Wir werden in der nächsten Zeit genau beobachten, ich denke, da werden wir uns treffen, wie sich die strukturellen Veränderungen auf die Sicherheitslage, auf die Aufklärungsquote auswirken werden. Ich bin sicher, dass die positive Entwicklung weitergehen wird. Wir werden darüber zu sprechen haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Körner.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2267. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Bitte die Gegenstimmen. – Danke. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltungen gab es nicht. Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2267 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zum Eingehen einer Beteiligung an der BioCon Valley GmbH gemäß § 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern sowie Zustimmung zum Gründungswirtschaftsplan 2001. Dazu liegt Ihnen vor die Drucksache 3/2260.

Antrag der Landesregierung:

Zustimmung des Landtages zum Eingehen einer Beteiligung an der BioCon Valley GmbH gemäß § 63 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern sowie Zustimmung zum Gründungswirtschaftsplan 2001 – Drucksache 3/2260 –

Das Wort zur Begründung hat der Wirtschaftsminister. Bitte sehr, Herr Dr. Ebnet. Sie haben das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vieles spricht dafür, dass die Biotechnologien wohl die Zukunftsbranche sind, die das 21. Jahrhundert bestimmen wird. Die Biotechnologien haben das Potential, drängende Probleme in unterschiedlichen Bereichen unseres Lebens zu lösen. Ernährung, Gesundheit, Umwelt, Energie und Rohstoffe sind hier nur die Stichworte.

Gerade auf dem Gebiet der Gesundheit eröffnen die Ergebnisse der Medizintechnik, der Gen- und funktionellen Genomforschung völlig neue Perspektiven bei der Behandlung unheilbarer Krankheiten. Neue Wirkstoffe können Krankheitserreger beim Menschen wie auch bei Tieren und Pflanzen bekämpfen.

Deutschland hat im vergangenen Jahr die britische Biotechnologieindustrie bei der Anzahl der Biotechnologieunternehmen überholt und nimmt damit in Europa die Spitzenposition ein. Man rechnet deutschlandweit innerhalb der nächsten fünf Jahre mit einer Verdoppelung der Arbeitsplätze in der Branche.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat gute Chancen, von der Entwicklung der Biotechnologiebranche zu profitieren und sich ein ordentliches Stück vom Kuchen abzuschneiden. In über 70 Unternehmen dieser Branche in unserem Land sind zurzeit etwa 1.400 hochqualifizierte Arbeitnehmer beschäftigt. Im deutschen Ländervergleich liegt Mecklenburg-Vorpommern damit pro Einwohner nach Berlin bundesweit an zweiter Stelle und das ist ein Potential, aus dem wir etwas machen müssen. Nach einer Umfrage des Arbeitsamtes Rostock werden allein in diesen Unternehmen in den nächsten zwei Jahren 200 neue Arbeitsplätze geschaffen. In den letzten Jahren konnten wir jährlich sechs bis sieben Neugründungen registrieren. In den Forschungseinrichtungen unseres Landes arbeiten in diesem Bereich etwa 700 Wissenschaftler. Unsere beiden Universitäten haben auch international einen guten Ruf und sind in nationale und internationale Forschungsnetzwerke integriert.

Meine Damen und Herren, um die Chancen zu nutzen, brauchen wir jedoch ein optimales Zusammenspiel von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Wir brauchen eine Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten, ein aktives Standortmarketing und die Initiierung und Begleitung von Neugründungen und Ansiedlungen.

Die Landesregierung hat daher schon im letzten Jahr die Gründung des BioCon Valley e. V. initiiert. Diesem Verein gehören insgesamt 20 Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen, Geldinstitute, die Ärztekammer, die Krankenhausgesellschaft und verschiedene Krankenkassen an.

Mit der nunmehr geplanten Gründung der BioCon Valley GmbH will die Landesregierung klare und effiziente organisatorische Strukturen schaffen, um eine neue Qualität bei der Entwicklung des Landes zu einem attraktiven Biotechnologiestandort zu erreichen. Die geplante BioCon Valley GmbH soll Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen unterstützen, Ansiedlungsvorhaben und Neugründungen begleiten und Kooperationen initiieren.

Meine Damen und Herren, für den Erfolg eines Standorts hat sein Ansehen und sein Bekanntheitsgrad große Bedeutung. BioCon Valley soll daher zum Markenzeichen

für Mecklenburg-Vorpommern werden. Wer Mecklenburg-Vorpommern hört, soll nicht nur an Meer und Strand, sondern auch an Hochtechnologie denken.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die BioCon Valley GmbH wird die Kooperationen mit anderen Biotechnologieregionen im Ostseeraum und darüber hinaus intensivieren. Vor einem Jahr haben wir eine Übereinkunft über die künftige Zusammenarbeit mit dem MediCon Valley, dem größten skandinavischen Zentrum der Biotechnologie in der dänisch-schwedischen Öresund-Region, unterzeichnet. Unser Land hat gute Chancen, zu einem Bindeglied der Zusammenarbeit im Ostseeraum im Bereich der Biotechnologie zu werden,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und was ist dabei rausgekommen?)

gerade auch aufgrund unserer Nähe zu Berlin als zentralem Wissenschafts- und Technologiestandort im politischen Zentrum Deutschlands. Die Landesregierung hat daher gemeinsam mit dem MediCon Valley den so genannten Biotech Business Club bei unserer Landesvertretung in Berlin ins Leben gerufen. Der soll dort die Interessen unserer Unternehmen, Wissenschaftler und ihrer Partner bei Bundes- und EU-Behörden sowie Verbänden vertreten. Die Betreuung des Clubs soll durch die BioCon Valley GmbH erfolgen.

Weil die BioCon Valley GmbH auch Wirtschaftsförderung betreiben soll und weil wir die Interessen aller Partner berücksichtigen wollen, schlägt die Landesregierung vor, dass das Land Mehrheitsgesellschafter der BioCon Valley GmbH wird. Weitere Gesellschafter werden der BioCon Valley e. V., also der schon existierende Verein, die Nord/LB, die Deutsche Bank AG sowie die Herrn Professoren Klinkmann und Metelmann sein. Vor wenigen Tagen haben darüber hinaus die Ostseesparkasse und die Sparkasse Vorpommern erklärt, Gesellschafter der BioCon Valley GmbH zu werden.

Bis sich die GmbH selbst trägt, werden Gesamtkosten für das Land in Höhe von etwas über 1,1 Millionen Euro für Stammkapital und Verlustausgleich erwartet. Dafür ist aus Mitteln des Zukunftsfonds und im Haushaltsplanentwurf 2003 sowie der Mittelfristigen Finanzplanung 2001 bis 2005 Vorsorge getroffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was tragen die anderen Gesellschafter, Herr Minister?)

Durch Erträge aus der Geschäftstätigkeit werden in den kommenden Jahren steigende Erlöse erwartet. Die Unterdeckungen werden sich mit den kommenden Jahren voraussichtlich degressiv entwickeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir vom Landesgesundheitsamt auch schon mal gehört.)

Die Landesregierung empfiehlt, Herr Riemann, nach fünf Jahren über die weitere Beteiligung des Landes zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bittet den Landtag, der Beteiligung des Landes an der BioCon Valley GmbH mit 51 Prozent und dem Gründungswirtschaftsplan der BioCon Valley GmbH zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Wenn Sie damit einverstanden sind, eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anlässlich der 44. Sitzung des Landtages am 20. September 2000 haben wir die Problematik des BioCon Valley aus Anlass einer Aktuellen Stunde ausführlich behandelt. Ich habe mir in diesem Zusammenhang mit dem heutigen Antrag der Landesregierung diese Debatte auch noch einmal ausführlich zu Gemüte geführt.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist gut. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Was heißt denn hier ausführlich?)

Und, Herr Minister Ebnet, ich sage es so deutlich: Wir haben Erwartungen geweckt, auch mit dieser Debatte. Und wenn man sich einmal die Entwicklung der Betriebe anguckt, so sind diese Erwartungen leider nicht ganz so eingetroffen. Ich denke da insbesondere an die Anleger eines der ersten an die Börse gegangenen Betriebes hier in unserer Region.

(Zurufe von Hannelore Monegel, SPD,
und Torsten Koplin, PDS)

Und es waren schon stolze Worte, die damals der Ministerpräsident und der Fraktionsvorsitzende der SPD für das BioCon Valley fanden. Der Ministerpräsident sprach damals von einem Erfolg für die Bioregion Greifswald/Rostock und kündigte an – das kann diese Landesregierung besonders gut –, dass folgende Runden uns noch viel, viel erfolgreicher machen werden. In der Debatte wurden dann Entwicklungszahlen der Betriebe und Beschäftigten genannt und auf eine prosperierende Entwicklung verwiesen. Und dann muss man sich schon mal angucken, wo gehen denn Betriebe in diesem Bereich hin. Gehen sie nach Mecklenburg-Vorpommern oder gehen sie eher nach England?

(Angelika Peters, SPD: Dass Sie noch
nicht weg sind, das wundert mich. –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Das sollte man sich auch einmal angucken. Und mit welchen Mitteln gehen wir dieses Problem an, damit diese Betriebe hierher kommen? Ist eine Gesellschaft das richtige Mittel? Auch das müssen wir uns natürlich hinterfragen.

Schon zum damaligen Zeitpunkt wurde auf die Problematik der Förderung hingewiesen. Und da sind wir wieder beim Geld. Herr Dr. König sprach damals an, dass das Institut für Diabetes in Karlsburg, ein erfolgreiches Unternehmen der Biotechnologie, Probleme in der Finanzierung für die nächsten Jahre hat, weil im Nachfolgeprogramm des HSP III des Kultusministeriums eine entsprechende Planung nicht mehr enthalten ist. Und es wurde auch angesprochen, und das ist bis heute nicht gelöst, dass es ein Kompetenzgerangel in der Förderung der Biotechnologie zwischen den beteiligten Ministerien – Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Kultusministerium – gibt. Auch das hätte ich erwartet – und auch das ist eine Problematik, die wir sicherlich beim Haushalt mitzuberaten haben –, dass wir hier klare Strukturen schaffen, damit die Betriebe auch wissen, wo gibt es welches Geld in welcher Höhe, und nicht von Pontius zu Pilatus laufen müssen oder dort hin verwiesen werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die Ausführungen von Herrn Vierkant zum InnoRegio-Wettbewerb, wo sich das Wirtschaftsministerium dahin gehend geäußert hat, dass keine finanzielle Unterstützung zugesagt werden kann. Sie können das hier auch an der geeigneten Stelle nachlesen.

Es wurden also bereits vor einem Jahr die inhaltlichen Schwerpunkte der Problematik BioCon Valley angesprochen, auch vor dem Hintergrund der notwendigen finanziellen Begleitung. Und da sollten wir uns genau die Haushaltszahlen angucken. Ist diese Begleitung ausreichend, die wir hier eingestellt haben? Denn mit einem Zukunftsfonds'chen werden wir hier den Erfolg nicht erreichen.

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

Heute, ein Jahr nach dieser Debatte, liegt der Antrag der Landesregierung zur finanziellen Absicherung der BioCon Valley GmbH vor. Ich denke, es ist gut und richtig zu überlegen, wie geeignet diese Struktur und diese Zukunftsperspektive sinnvoll flankiert werden können. Die Position der CDU hierzu ist klar. Sie richtet sich eindeutig auf alle notwendigen Unterstützungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem Bereich aus.

Was mit dem Antrag der Landesregierung vorgelegt wird, ist im Haushalt im Einzelplan 06, Kapitel 0602 bereits im Titel 682.13 „Zuschuss für BioCon Valley“ enthalten. Allerdings, meine Damen und Herren – und das macht auch deutlich, wie in der Landesregierung gearbeitet wird –, unterscheiden sich die Zahlen des Ansatzes im Haushalt und in der Vorlage der Landesregierung. Im Haushalt ist lediglich ein Zuschuss von 17.900 Euro vorgesehen, auch erst im Jahr 2003. Der Antrag der Landesregierung auf der Landtagsdrucksache stellt ausführlich einen Zuschussbedarf im Jahr 2001 von 128.800 Euro und von 243.100 Euro im Jahr 2002 vor, und das dann fortlaufend bis in das Jahr 2005. Und die Umsetzung zu Lasten des Zukunftsfonds entsprechend der Vorlage steht noch aus. Warum hat man sie nicht gleich in den Haushalt hineingeschrieben?

Dieser hausgemachte Konflikt liegt eben auf der Hand. Gelder, die wir eigentlich in einem Zukunftsfonds zur Verstärkung von Technologie und Biotechnologie fördernden Projekten gelegt haben, sollen stattdessen in Personalausgaben umgewandelt werden. Ob dieses zukunfts-führend ist?!

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und, meine Damen und Herren, man sollte sich auch einmal die Frage stellen, ob Silicon Valley deshalb so erfolgreich war, weil die Amerikaner eine staatliche Gesellschaft oben draufgesetzt haben, die dann alles leitet und lenken soll.

(Torsten Koplin, PDS: Die haben
das so hoch subventioniert. Fahren
Sie hin und gucken Sie sich das an!)

Das sollte man sich schon einmal in diesem Zusammenhang fragen.

Inhaltlich stellt der Antrag der Landesregierung einen Gesellschaftsvertrag vor, bei dem das Land sich zu 51 Prozent an der Gesellschaft beteiligt und damit auch die relativ bescheidene Summe von 12.750 Euro als Übernahme für das Stammkapital geplant ist. Da muss man sich dann schon mal fragen, wenn man sich die Zuschüsse anhört, inwieweit die beteiligten Gesellschafter – auch das geht aus der Vorlage nicht hervor und auch Sie haben

dazu keine Ausführungen gemacht, Herr Minister –, die Sie hier heute genannt haben, sich mit an dem Verlustausgleich beteiligen.

Also, zunächst mal ist das Stammkapital relativ bescheiden, aber der Verlustausgleich – wir haben es heute gehört – ist dann natürlich schon eine Größenordnung. Und im Wirtschafts- und Finanzplan ist deutlich sichtbar, dass ab 2001 vier Arbeitskräfte finanziert werden, die im Schnitt jährlich 343.000 Euro Kosten verursachen werden. Entgegen der 51-prozentigen Beteiligung des Landes liegt die gesamte Finanzlast dieser Gesellschaft, zumindest nach dem, was uns vorgestellt wurde, beim Land. Lediglich aus der EU können Zuwendungen ausgemacht werden in Höhe von 10.000 Euro und 15.000 Euro in den Jahren 2002/2003.

Das heißt auf den Punkt gebracht, das Land ist 51-prozentiger Gesellschafter, es trägt aber die Kosten. Und wir werden darüber zu diskutieren haben und ich mache darauf aufmerksam, diese Vorlage ist finanzrelevant. Und da sie finanzrelevant ist, muss sie in den Finanzausschuss überwiesen werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Riemann!)

Sie sollte aber auch im Wirtschaftsausschuss mitberaten werden, denn auch die Frage der Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen, die Frage, die dort diskutiert wird in der Vorlage, ob es nicht möglich ist, diese Aufgabe auch durch eine andere landeseigene Gesellschaft lösen zu lassen, sollte dort gestellt werden. Und in diesem Zusammenhang darf ich dann daran erinnern, dass wir im Finanzausschuss sehr wohl über die Konstruktion vieler Gesellschaften diskutiert haben, die sich dann für das Land zu einer Belastung entwickeln und deren Bedeutung dann auch zumindest in manchen Belangen angezweifelt werden kann und bei denen wir dann festgestellt haben, dass sich nach und nach die Beteiligten zurückgezogen haben.

Und wenn es denn so ist, meine Damen und Herren, dass die Betriebe, die sich zum BioCon Valley zugehörig fühlen, derartig prosperieren, Herr Minister, wie Sie das eben dargestellt haben, dann müsste man zunächst davon ausgehen, dass hier eine zunehmend selbst tragende Struktur möglich wäre, die auch die Präsentation und Außendarstellung tragen könnte. Offensichtlich, die Vorlage zeigt es, ist dies nicht so. Und ich hatte anfangs ja schon das Beispiel eines Teterower Betriebes hier genannt, dass hochtrabende Pläne gegenwärtig wohl eher nicht so angesagt sind.

(Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

Darüber sollten wir nachdenken, ob diese Struktur geeignet ist, um einer geeigneten Förderung von Wirtschaftsstrukturen in den Betrieben und den Anliegen der Betriebe dieser Branche gerecht zu werden.

Und es ist schon vor einem Jahr deutlich gefordert worden, dass die Landesregierung auf dem Wege der Einzelförderung der Betriebe den Förderdschungel beseitigen muss und den Weg bereiten muss, durch eine umfassende Bereitstellung von Mitteln eine erfolgreiche Entwicklung nachhaltig zu garantieren. Im Einzelplan 06, Kapitel 0602, Maßnahmegruppe 05 sind eine Reihe von Titeln enthalten, die auch in den Folgejahren eine sinnvolle Förderung der Einzelbetriebe ermöglichen, bezogen auf Innovation und Technologieentwicklung. Ich erwähne hier in diesem Zusammenhang auch Messezuschüsse, Technologie- und Innovationsförderung, Managementverbesser-

rung, Markteinführungsprogramme. Die Frage aber, Herr Wirtschaftsminister, bleibt für uns, ob diese Förderprogramme ausreichend dotiert sind, denn eine Gesellschaft allein wird es nicht bringen.

Vor dem Hintergrund der Ansatzhöhe dieser Programme gestatte ich mir schon die Frage, warum der Finanzierung einer neuen Gesellschaft der Vorzug gegeben werden soll, anstatt die Förderung der Einzelbetriebe weiter voranzutreiben. Ich glaube, dass in erster Linie die Produktion innovativer Produkte neue Marktchancen erschließen wird. Insofern erscheint mir die Gründung einer zu fördernden oder zu begleitenden Gesellschaft doch eher zweitrangig oder vielleicht auch durch eine andere Landesgesellschaft leistbar.

(Die Abgeordnete Hannelore Monegel meldet sich für eine Anfrage.)

Und dann gibt es natürlich noch die Diskrepanz, die hier auch besprochen werden sollte, das ist der Förderverein, der seit 19. April 2000 existiert, mit Sitz in Rostock. Die Gesellschaft soll ihren Sitz in Greifswald haben. Nichts gegen diese beiden Städte, aber man sollte sich schon überlegen, ob man, wenn man einen Verein und eine Gesellschaft hat, dort nicht enger zusammenrückt. Und wenn man darüber nachdenkt, eine Gesellschaft mit den Aufgaben zu betrauen, wie die Landesregierung sie beschrieben hat, dann ist zumindest die Frage gestattet, warum die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung eine solche Aufgabe mit entsprechender Ausstattung und entsprechender Manpower nicht mit übernehmen kann.

(Torsten Koplin, PDS: Das steht in der Begründung drin.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter, ...

Wolfgang Riemann, CDU: In der Begründung steht drin, die Gesellschaft kann es nicht übernehmen, weil sie das nicht kann.

(Torsten Koplin, PDS: Aus fachlichen Aspekten heraus. Sie haben es nicht gelesen.)

So, und ich habe gesagt, dann muss man darüber nachdenken, ob man nicht diese Gesellschaft mit entsprechender Manpower ausstattet, damit sie dieses kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Vielleicht hat sie ja eine ganz andere Aufgabe, die Wirtschaftsfördergesellschaft.)

Dann braucht man nicht noch eine neue Gesellschaft zu gründen.

Und, meine Damen und Herren, ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter Riemann, Ihre Redezeit ist beendet.

(Peter Ritter, PDS: Ein Glück!)

Wolfgang Riemann, CDU: Gut.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Sie haben aber noch die Möglichkeit, auf eine Frage von Frau Monegel zu antworten. Möchten Sie das tun?

Wolfgang Riemann, CDU: Ja, einen letzten Satz: Vielmehr sollten wir uns in den Ausschüssen hierzu eine Meinung bilden

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

und ich rege an, dass damit auch die Diskussion über die Direktförderung der beteiligten Unternehmen aufgenommen wird.

Frau Monegel, bitte.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Frau Monegel, stellen Sie Ihre Frage.

Hannelore Monegel, SPD: Herr Riemann, ist Ihnen bekannt, dass dieses Unternehmen aus Teterow, das Sie erwähnt haben, plant, die Produktion zu erweitern, und jetzt entsprechendes Baurecht für die Erweiterung der Produktionsanlagen geschaffen wird?

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Wolfgang Riemann, CDU: Mir ist zumindest bekannt, dass die Firma von der Verwaltungsseite her ihren Sitz nach Hamburg verlegt hat. Das ist mir bekannt, Frau Monegel.

(Heinz Müller, SPD: Das ist aber keine Antwort auf die Frage.)

Es ist mir auch zu Ohren gedungen, dass die Firma sich in Teterow ausbreiten will.

(Heinz Müller, SPD: Beantworten Sie doch mal die Frage!)

Ja, habe ich doch gesagt.

Hannelore Monegel, SPD: Ist Ihnen das bekannt?

Wolfgang Riemann, CDU: Das ist mir bekannt.

Hannelore Monegel, SPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ehrlich gestehen, dass mein politisches Koordinatensystem heute doch um einiges erschüttert wurde. Vermutete ich eigentlich bei diesem Thema, dass die Partei der Wirtschaft, die selbst erklärte, die CDU, diesem Antrag durchaus viel mehr Positives als Bedenkliches abgewinnen kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es gibt für uns zumindest noch eine Reihe von Fragen, die zu beantworten sind.)

Dass dem nicht so ist, verwundert mich sehr, zumal die Begründung doch aus meiner Sicht, Herr Riemann, recht schmalbrüstig war.

Ich bleibe noch mal bei diesem Teterower Unternehmen, denn Sie haben ja gleich gesagt – das war sozusagen Ihr Einstieg –, die Erwartungen der Unternehmen einer nicht näher bezifferten Anzahl wären nicht erfüllt, blieben dann aber bei dem Teterower Unternehmen stehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe aber auch Karlsburg genannt.)

Und ich halte es aus betriebswirtschaftlicher Sicht ganz einfach nicht für zulässig, und zwar aus dem Grunde, weil, wie Sie ja selber wissen müssten, die Werthaltigkeit, die Substanz eines Unternehmens nicht allein aus dem Aktienwert abzulesen ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ah, ist klar!)

denn Aktien haben ja immer ein spekulatives Moment. Insofern halte ich das nicht für zulässig, was Sie dort getan haben. Sie haben dann versucht, den Schlenker zu kriegen, und gesagt, Sie unterstützen alles Positive. Aber was positiv ist, definieren Sie, scheint mir.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nö.)

Was aus meiner Sicht bleibt an Ihrem Redebeitrag,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe vieles positiv im Haushalt vom Wirtschaftsminister erwähnt.)

ist der Vergleich, der sich mir da aufdrängt, zwischen einem Pessimisten und einem Optimisten. Der Optimist sieht in jedem Problem eine Chance und ein Pessimist sieht in jeder Chance ein Problem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Mir scheint, Herr Riemann, Sie sind ein Pessimist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur bei dieser Landesregierung geht mir der Optimismus aus.)

Und in einem zweiten Fall ist mein politisches Koordinatensystem ins Wanken geraten, als Herr Rehberg heute Lenin zitierte.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Weil ich ihm zumindest in der Kenntnis von Zitaten nicht nachstehen wollte, habe ich dann mal nachgeschaut, was Brecht zu diesem Thema beisteuern könnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir können ja bei Lenin noch mal nachlesen.)

Und er schreibt in seinen philosophischen Schriften: „Die Form des gesellschaftlichen Lebens ist die beste, die den meisten Menschen den größten Erfolg gewährleistet.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Zumindest die haben Erfolg, die eine Anstellung finden in der Gesellschaft.)

Und wenn man daraus ableiten kann – das würde ich dann schon machen wollen –, dass das Zusammenleben der Menschen an Qualität gewinnt, wenn durch politische Rahmensetzung der Erfolg der Menschen im Sinne von mehr Selbstbestimmung und im Sinne des Humanismus gewährleistet wird, dann haben wir mit der Beteiligung an der BioCon Valley GmbH einen kleinen, aber aus meiner Sicht doch beachtlichen Teil einer solchen Rahmensetzung heute vor.

Die BioCon Valley GmbH ist in mehrfacher Hinsicht eine Chance für den Erfolg vieler Menschen. Zum einen ist es eine Chance direkt für die Unternehmen, die durch die BioCon Valley Förderung und Unterstützung erfahren werden, immerhin 74, hat der Minister gesagt, mit 1.200 Beschäftigten. Und ich halte es schon für beachtlich, dass zumindest bei der Vereinsgründung vor einem reichlichen Jahr 20 Unternehmungen dabei waren. Jetzt sind es 74, die sich sozusagen unter dem Dach weiterentwickeln können. Allein das ist zahlenseitig schon eine rasante Entwicklung.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Zum Zweiten ist es eine Chance durch den Nutzen, den die in Begleitung der BioCon Valley GmbH verbundenen Firmen stiften. Der Nutzen ist immens, denke ich an die vielen potentiellen Nutznießer der angewandten Diabetes-

forschung. Ich denke an die Nutznießer von Biomaterialien, wie sie für Implantate verwendet werden, und ich denke an Nutznießer von künstlichen Organen der Biosystemtechnik. Zum Dritten ist es Chance für den Lebensstandard Mecklenburg-Vorpommern, denn durch die BioCon Valley GmbH erhalten wir, es ist gesagt worden, ein weiteres Markenzeichen, was unseren Lebensstandort Mecklenburg-Vorpommern noch attraktiver machen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, die PDS erkennt nicht, dass Biotechnologie wie alles im Leben Chancen und Risiken beinhaltet. Wir meinen, dass im Zusammenhang mit der Biotechnologie im alltäglichen Politikprozess Grundprinzipien zum Tragen kommen müssen, so das Grundprinzip, dass die Würde des Menschen unantastbar und unteilbar sein muss – und das hätte ich vor allem gern nach dem gestrigen Redebeitrag Herrn Thomas ins Gesicht gesagt –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

so das Prinzip, dass eine Anwendungsfolgenabschätzung Bestandteil jedes Vorhabens sein muss, und so das Prinzip, dass alle Prozesse transparent und demokratisch kontrollierbar zu gestalten sind. Insofern wird letzterem Prinzip durch die Kontroll- und Fachbeiräte der zu gründenden GmbH entsprochen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident hat gestern die Prioritäten der Landespolitik benannt. Forschungs- und Technologiepolitik, so sagte er, stehen da an zweiter Stelle. Die BioCon Valley GmbH ist Ausdruck und Umsetzung einer solchen Prioritätensetzung, die wir als PDS-Fraktion mittragen. Das ist aus unserer Sicht eine ausgesprochen vernünftige Prioritätensetzung, denn Technologiepolitik ist ein entscheidendes Instrument zur mittel- und langfristigen Zukunftsgestaltung. Wir werden dem Antrag der Landesregierung zustimmen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat uns hier einen Antrag vorgelegt, der die Landesbeteiligung an der BioCon Valley GmbH zum Ziel hat. Nicht zum ersten Mal befassen wir uns in dieser Runde mit dem Thema und, Herr Riemann, auch Sie haben das ja gemacht, das haben Sie uns ausführlich geschildert.

Die BioCon Valley GmbH soll vielfältige Aufgaben übernehmen. Sie soll Partnerschaften und Kooperationen zwischen den Mitgliedern befördern, das heißt im Wesentlichen zwischen der Landesregierung, privaten Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Sie soll deren Interessen bündeln und nach außen artikulieren und vertreten. Dabei nimmt die Kooperation mit ausländischen Regionen, Unternehmen und Verbänden eine besondere Rolle ein. Wer heute im harten globalen Wettbewerb bestehen will, der muss sich frühzeitig nach Partnern umschauen. Grenzübergreifende Zusammenarbeit ist dabei die Grundlage für den Erfolg. Die Zusammenarbeit mit MediCon Valley ist hier ein sehr guter Schritt. Aber nicht nur Regionen wie Hamburg, München und Schleswig-Holstein sollten ins Auge

gefasst werden, die baltischen Staaten – ich schaue auch in Richtung Polen, in Richtung EU-Osterweiterung – dürfen dabei nicht vergessen werden.

Die bereits existierenden und die derzeit in der Gründung befindlichen Technologiezentren bieten eine hervorragende Grundlage für Forschung, Entwicklung und daraus resultierende Unternehmensausgründungen. In den nächsten fünf Jahren ist deutschlandweit eine Verdoppelung der Arbeitsplätze in dieser Branche zu erwarten. Und diese Chance sollten wir auch in Mecklenburg-Vorpommern nutzen. Es dürfte allen hier Anwesenden klar sein, dass der Tourismus, die maritime Industrie und die Ernährungsindustrie langfristig als wirtschaftliche Standbeine für unser Land allein nicht ausreichen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Es müssen hier auch moderne Branchen wie Bio- und Informationstechnologie Fuß fassen, denn nur innovative Produkte können auch dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und damit hochwertige Arbeitsplätze sichern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Die Biotechnologiebranche bietet dabei mit ihren Erfolgen eine sehr gute Perspektive. Und ich unterstreiche das Wort „Erfolge“, auch wenn es mal kleine Tiefs gibt. Eine ganze Reihe Erfolg versprechender Ausgründungen aus den Hochschulen unseres Landes haben es geschafft, schnell innovative Produkte am Markt zu etablieren.

(Nils Albrecht, CDU: Falsch, das ist falsch.)

Nicht von ungefähr soll die BioCon Valley GmbH eine Anlauf- und Kontaktstelle für Investoren, Unternehmensansiedlungen und Existenzgründer darstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, gerade eben haben Sie die Notwendigkeit einer ... Entschuldigung, das haben Sie nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, doch!)

Nein. Sie sprechen von einer Standortoffensive. Sie haben den Antrag ja zurückgezogen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber ich meine, Sie haben die Bedeutung erkannt, wie unser Land nach vorn gebracht werden muss. BioCon Valley ist eines der besten Beispiele dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern sein Profil auch als Technologiestandort schärft. BioCon Valley soll zu einem Markenzeichen für Mecklenburg-Vorpommern werden, gewissermaßen ein Logo, mit dem Mecklenburg-Vorpommern als Standort für Biotechnologie über die Landesgrenzen hinaus werben kann und muss. Hierfür ist ein professionelles Standortmarketing notwendig, wozu auch der Business Club, der gemeinsam von BioCon und MediCon Valley in Berlin geführt wird, gehört. Dieser ist wie auch die Landesbeteiligung eine der Maßnahmen, die mit dem Zukunftsfonds ermöglicht werden. Und es sind keine Peanuts, Herr Riemann. Es ist wichtig. Es ist ein Part, der belegt werden muss.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das Fonds'chen habe ich gesagt.)

Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, Biotechnologie als eines der tragenden Standbeine der Wirtschaft des Landes weiterzuentwickeln. Jeder Investor, der in Europa über einen Standort nachdenkt, muss immer auch Mecklenburg-Vorpommern im Blick haben.

(Harry Glawe, CDU: Es gibt auch England.)

Mecklenburg-Vorpommern kann sich bereits jetzt und muss sich auch der Konkurrenz mit anderen Regionen im In- und Ausland stellen.

Und es wird auch Aufgabe der Landesregierung sein, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Wissenschaft zu gewährleisten, um weitere Wachstumschancen zu nutzen. Mit der Gründung der BioCon Valley GmbH ist es geglückt, dass die drei Akteure Wirtschaft, Wissenschaft und Politik am gleichen Strang ziehen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Es wird sich in der Zukunft zeigen, ob diese Kooperation weiter ausgebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist ein kleines Land mit begrenzten Kapazitäten und Möglichkeiten. Diese müssen optimal genutzt werden. Wir müssen die Chance nutzen, die BioCon Valley bietet. Daher werden wir einer Überweisung des vorliegenden Antrags in die Ausschüsse zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schildt.

Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/2260 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich möchte Sie noch aufmerksam machen auf die zwischenzeitlich verteilten Einladungen zum Tag der offenen Tür. Wenn Sie den Plenarsaal verlassen, können Sie sich weitere Exemplare dieser Einladung für die Wahlkreise mitnehmen. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Montag, den 24. September 2001, 10.00 Uhr ein und wünsche Ihnen ein friedliches Wochenende.

Schluss: 12.47 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Till Backhaus, Barbara Borchardt, Sylvia Bretschneider, Martin Brick, Dr. Martina Bunge, Lorenz Caffier, Claus Gerloff, Friedbert Grams, Helmut Holter, Sigrid Keler, Dr. Henning Klostermann, Beate Mahr, Bärbel Nehring-Kleedehn, Georg Nolte, Stefie Schnoor, Dr. Arnold Schoenenburg, Birgit Schwebs und Karla Staszak.